

# Spurensuche I: „Eine Volksgemeinschaft“

zusammengestellt von Rainer Pasta

Vorkommnisse an der bayerisch-tschechoslowakischen Grenze  
im Bereich Niederbayern/Oberpfalz aus den Jahren 1933-1938



Projekt der Regionalgruppe der Seliger Gemeinde Niederbayern/Oberpfalz auf den  
Spuren der DSAP im Grenzgebiet Niederbayern/Oberpfalz und der angrenzenden  
Tschechischen Republik



<b>Inhaltsverzeichnis:</b>	<b>Seite</b>
Reibungsloser Übergang in den NS-Staat	5
Die letzten „freien Wahlen“	6
Begleichung „alter Rechnungen“	7
Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Niederbayern	8
Machtübernahme in den Kommunen	9
Verbot der SPD	14
„Propaganda-Arbeit“	15
Konflikte mit der Kirche	20
„Der Kleine Widerstand“	27
Die Juden: Aus Bürgern wurden „NichtBürger“	34
Mehr Sittlichkeitsvergehen - NSDAP-Mitglieder oder Geistliche?	38
Schikanen an der deutsch-tschechischen Grenze	46
Der Anschluss Österreichs	54
„Mitbürger! Es geht um alles!“	61
„Heim ins Reich“	62
Das Sudetendeutsche Freikorps	63
Sudetendeutsche Sozialdemokraten: Exil oder KZ	66
Niederbayern/Oberpfalz bekommt drei tschechische Bezirke	70
Reichskristallnacht	71



# Spurensuche I: „Eine Volksgemeinschaft“

zusammengestellt von Rainer Pasta

## Vorkommnisse an der bayerisch-tschechoslowakischen Grenze im Bereich Niederbayern/Oberpfalz aus den Jahren 1933-1938

aus den geheimen Monatsberichten des Regierungspräsidenten Niederbayern/ Oberpfalz 1933 –1938, mit Ergänzungen aus verschiedensten im Internet zugänglichen Quellen. Die Berichte an den Bayerischen Ministerpräsidenten bzw. die Bayerische Staatskanzlei wurden in der in Frage kommenden Zeit zunächst halbmonatlich, ab August 1934 bis März 1945 monatlich erstattet. Gebräuchlich war diese Berichterstattung schon seit der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts und über 1945 hinaus. Auf Grund ihres Geheimhaltungsgrades konnte auf eine propagandistische Darstellung verzichtet werden; die konkreten Fakten, Vorfälle und Vorgänge dürfen als zuverlässig angesehen werden. Neben amtlichen Meldungen sind es vor allem Berichte unzähliger Denunzianten, die verarbeitet und zu Verfolgung führten. Doch finden sich auch viele politische und persönliche Einschätzungen des höchsten lokalen Regierungsbeamten, die viel zur damaligen Lage beitragen. Die Regierungspräsidentenberichte sind beim Bayer. Hauptstaatsarchiv, Abt. II Geheimes Staatsarchiv (MA 106 672) vom Januar 1933 bis März 1945 lückenlos archiviert.

*(Anm: Für die Zeit von 1934-1939 war Wilhelm Freiherr von Holzschuher, Regierungspräsident von Niederbayern/ Oberpfalz mit Sitz in Regensburg. Er wurde am 2. September 1893 in Almoshof bei Nürnberg geboren; war ab 1. Dezember 1934 Regierungspräsident im Rang eines SS-Gruppenführers. Er war von 9. November 1938 bis 20. Januar 1939 beurlaubt und ab 27. Februar 1939 bis 8. April 1941 im Reichsinnenministerium tätig, da er sich seit langem mit dem zuständigen Gauleiter, Fritz Wächtler in Bayreuth, überworfen hatte. Holzschuher starb am 31. März 1965. Sein Vorgänger war Heinrich Wirsching (1875 – 1950), der am*

*1. Juni 1934 von den Nationalsozialisten in den Ruhestand versetzt wurde.*

---

## Reibungsloser Übergang in den NS-Staat

Adolf Hitler wurde am 30.1.1933 zum Reichskanzler ernannt. Nach seiner eigenen Aussage beruhte die Existenz des nationalsozialistischen Staates auf der „Revolution der Bewegung“. Binnen kürzester Zeit wurde die demokratische Republik — zunächst mit Hilfe der in der Weimarer Reichsverfassung vorgesehenen Notverordnungen, bald aber auf Grund der nationalsozialistischen „Staatslehre“ und Parteidoktrin — zu einem totalitären Staat umgebaut, dessen Staatsorgane keiner anderen Legitimation bedurften als der NS-Ideologie. Der fast reibungslose Übergang in den NS-Staat 1933 bestärkt in der Annahme, dass die Weichen in den Nationalsozialismus bereits weit früher gestellt wurden und der Widerstand sich nur lokal und rein propagandistisch äußern konnte. Alles was sich zwischen 1933 und 1938 auf bayerischer Seite abspielte, war eine Vorausschau auf die Verhältnisse im Sudetenland nach dem Anschluss 1938. Die zusätzlichen fünf Jahre Propaganda und parteipolitische/ weltanschauliche Schulung der nationalsozialistisch eingestellten Sudetendeutschen führte 1938 in einen bedingungslosen Jubel eines Großteils der Bevölkerung über. Den Sudetendeutschen Sozialdemokraten und andere Widerstandsgruppen blieb lediglich die Flucht ins Exil oder der Rückzug in die Resignation.

---

Noch am 20.2.33 berichtet der Regierungspräsident Niederbayern/Oberpfalz F. Frhr. von Holzschuher über die in der zweite Hälfte des Vormonats Januar bestehende Hoffnung der Opposition auf eine politische Kehrtwende: „Vereinzelt zeigen sich Bestrebungen, die auf die Einigung der SPD mit der KPD abzielen. Sie scheinen aber daran zu scheitern, dass die KPD eine Leitung durch die bisherigen Führer der SPD ablehnt. In den Reihen der SPD rechnet man offensichtlich mit einer bevorstehenden Auflösung des Bayerischen Landtags, da ange-

lich bei einer am 5.2.33 in Regensburg stattgehabten Tagung die Kandidaten für eine Landtagsneuwahl bereits aufgestellt worden seien.“

Der 27. Februar 1933 ändert alles. Warum der Reichstag an diesem Tag in Flammen steht, ist bis heute nicht restlos geklärt. Für Adolf Hitler stehen die Kommunisten als Brandstifter fest. Schon am nächsten Tag setzt der neue Reichskanzler mit Billigung Hindenburgs die so genannte "Notverordnung zum Schutze von Volk und Staat" ein und damit die Grundrechte außer Kraft. Der Regierungspräsidenten dazu in seinem Bericht am 5.3.33: „Der Brand des Reichstagsgebäudes hat in allen Volkskreisen, die der KPD fern stehen, große Bestürzung hervorgerufen. Das Ereignis im Zusammenhang mit dem Ergebnis der Durchsuchung des Liebknechthauses in Berlin ließ auch den politisch gemäßigt eingestellten Volksteil erkennen, welch hohe Gefahr für Ruhe und Sicherheit im Lande die Wühl- und Hetzarbeit der KPD bereits gezeitigt hat. Das scharfe Vorgehen gegen die Unruhestifter hat die geängstigte Bevölkerung befriedigt und war wohl nicht ohne Einfluss auf das starke Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen bei der Reichstagswahl.“

Der Wahlkampf wurde lt. weiterem Bericht im Regierungsbezirk Niederbayern/Oberpfalz mit besonderer Heftigkeit zwischen der BVP und der NSDAP ausgefochten. Diese Parteien wiesen auch die weitaus größte Anzahl von öffentlichen Veranstaltungen auf. Recht hitzig gestaltete sich vor allem die Werbetätigkeit in der Presse, die zu mehreren Zeitungsverboten führte. „Starke Zurückhaltung zeigte die SPD, die nur in den Amtsbezirken Deggendorf, Grafenau und Tirschenreuth eine nennenswerte Anzahl von Wahlversammlungen abhielt. Man vermutet, dass es der Partei an Geld fehlt“. – „Auch der Bauern- und Mittelstandsbund entfaltete keine besondere Rührigkeit. So hat er z.B. im Amtsbezirk Viechtach, wo er im Vorjahr einmal die Mehrzahl aller abgegebenen Stimmen erreichte, seine Rolle ausgespielt. Gewinner dürfte in der Hauptsache die NSDAP sein“, so die vorausschauende Einschätzung.

---

### **Die letzten „freien Wahlen“**

Die letzten halbwegs freien Reichstagswahlen am 5. März werden begleitet von Aufmärschen der SA und einem immensen Propagandaaufwand der Nationalsozialisten, die die Ausschaltung der Demokratie durch die Streuung von Gerüchten über kommunistische Putschpläne als Akt der Staatsräson inszenieren. Dennoch verfehlt die NSDAP in Bayern wie im Reich die absolute Mehrheit. Hohe Resultate erzielt sie außer in ihren Hochburgen Ober- und Mittelfranken und der bayerischen Pfalz jetzt auch in Niederbayern und Schwaben; in Oberbayern, Unterfranken und der Oberpfalz liegt sie meist hinter der BVP. Hitler aber arbeitet zielstrebig daran, seinen halben Sieg zu vervollkommen.

---

Weiter berichtet der Regierungspräsident am 5.3.33: „Wenn es im Verlauf der Wahlveranstaltungen auch wiederholt zu leichten Zusammenstößen zwischen den politischen Gegnern kam, so gelang es den Sicherheitsbeamten im allgemeinen, größere Ausschreitungen hintanzuhalten. Nur in Tittling, BezA Passau, kam es am 2.3.33, durch die Schuld der Kommunisten zu einer schweren Schlägerei, wobei mehrere Nationalsozialisten und Kommunisten schwer verletzt wurden. Zur Wiederherstellung der Ordnung und Verhütung weiterer Unruhen wurde ein Kommando der Schutzpolizei Regensburg abgeordnet. Mehrere Schuldige wurden festgenommen, während der Anstifter, ein Münchner Kommunist, inzwischen wieder nach München zurückgekehrt war.“ „Der Wahltag selbst ist – soweit bis jetzt bekannt geworden – ohne besondere Vorkommnisse verlaufen“.

Aus dem angrenzenden Sudetenland wurde dem Regierungspräsidium zugetragen: „Am Montag, den 20. Februar 33 fand in Reichenbach, Tschechoslowakei, ein kommunistischer Kongress statt. Es waren von sämtlichen Ländern Europas Vertreter anwesend. Auch der

Kommunistenführer Adam Licha von Plöß (nahe der Bayer. Landesgrenze) – (*Anm: Plöß (heute Pleš) Gemeinde Weißensulz (heute Belá nad Radbuzo), Bezirk Domažlice*) - hat dem Kongress angewohnt. Angeblich wurde dabei die Parole ausgegeben, dass am 5.3.33 in ganz Europa losgeschlagen und die Revolution ausgerufen werden sollte“.

---

### **Begleichung „alter Rechnungen“**

Jüdische Würdenträger und "Linke" werden zu dieser Zeit brutal gequält, viele in den kommenden Wochen ermordet: Am 20. März 1933 werden die ersten Gefangenen ins erste deutsche Konzentrationslager eingeliefert: Dachau. Doch man schreckte auch vor Mord nicht zurück, um „alte Rechnungen“ zu begleichen.

---

In Niederbayern ist dafür die Ermordung des Juden Otto Selz aus Straubing beispielhaft: „Am 15. 3.1933 früh gegen 6 Uhr erschienen in einem Kraftwagen mehrere Männer in dunkler Uniform vor der Wohnung des israelitischen Güterhändlers Otto Selz in Straubing. Selz wurde von ihnen in Nachtkleidern aus der Wohnung geholt und im Kraftwagen entführt. Etwa um 9.30 wurde Selz in einem Wald bei Weng, BezA Landshut, erschossen aufgefunden. Der Kraftwagen soll aus der Richtung München-Landshut gekommen und auf der gleichen Strecke wieder zurückgefahren sein. Er war mit 6 Uniformierten besetzt und trug das Zeichen II A. Die Nummer konnte nicht festgestellt werden. Mehrere Landleute wollen bei einigen Insassen des Wagens die rote Armbinde mit dem Hakenkreuz bemerkt haben . . . ”.

Ende Mai 1933 hieß es im Bericht des Regierungspräsidenten „In den nationalsozialistischen Kreisen der Stadt Straubing besteht große Missstimmung gegen Rechtsanwalt Dr. Siegfried Pfeiffer, den früheren Rechtsberater des anfangs März ermordeten jüdischen Güterhändlers Selz. Da mit Ausschreitungen gegen Dr. Pfeiffer gerechnet werden musste, wurde er in Schutzhaft genommen“. (*Anm: Der Rechtsanwalt Siegfried Pfeiffer emigrierte nach seiner Entlassung 1933 nach Frankreich und war seit 1935 in Nizza ansässig. 1943 wurde er erneut verhaftet und ins Internierungslager Gurs am Fuß der Pyrenäen nach Majdanek bei Lublin deportiert und ist dort unter unbekanntem Umständen ermordet worden*).

Sofie, die Frau von Otto Selz, sowie seine Schwester Recha wurden 1942 mit 19 weiteren Juden aus Straubing deportiert und in Piaski ermordet. Der Selz-Familie wird vor ihrem Wohnhaus in Straubing mit Stolpersteinen gedacht. Der Vieh- und Gemüsehändler Otto Selz wurde auf dem Jüdischen Friedhof in Regensburg bestattet, sein Grabstein fällt noch heute auf.

Ermittlungen in der „Mordsache Selz“ nach 1945 bestätigten, was Verwandte und Freunde von Selz bereits vermutet hatten: Drahtzieher der Ermordung war offenbar Julius Streicher, NSDAP-Gauleiter von Franken und Herausgeber der nationalsozialistischen Propagandazeitung „Der Stürmer“. Hier waren im Oktober und November 1932 zwei Artikel erschienen, in denen Selz als Betrüger und Wucherer angegriffen wurde mit dem Tenor: „In einem Hitlerdeutschland hätte ihn schon längst sein Schicksal ereilt“. Selz stellte erfolgreich Strafanzeige gegen das antisemitische Hetzblatt, das Anfang Februar 1933 den Schuldspruch des Landgerichts Regensburg wegen Diffamierung auf seiner Titelseite veröffentlichen musste. Am Mord beteiligte Personen, vermutlich Angehörige der SA,SS oder der Gestapo, konnten nach Kriegsende nicht mehr aufgespürt werden.

Im Oktober 1933 hat ein Vorfall im Zusammenhang mit der „Mordakte Selz“ im Amtsbezirk Straubing die Bevölkerung stark beunruhigt: „Ein schlecht wirtschaftender Landwirt Dirscherl hatte vor etwa 1 ½ Jahren seinen Besitz, den „Reithof“ an den im März des Jahres ermordeten jüdischen Güterhändler Selz durch Zwangsversteigerung verloren. Dirscherl bemühte sich nun, verschiedene Parteistellen der NSDAP zu bewegen, ihn mit Gewalt wieder in den Besitz des Hofes zu setzen. Sein Ansinnen wurde überall abgewiesen. Am 8.10.33 erschien nun Dirscherl mit zwei Unbekannten, die angeblich Stahlhelmuniform trugen, auf dem Reithof. Die Fremden vertrieben den Verwalter und die Haushälterin und setzten Dirscherl unter

Hissung der Hakenkreuzfahne als Eigentümer ein. Die angeblichen Stahlhelmer waren in einem Kraftwagen gekommen, der mit den Münchener Erkennungszeichen versehen war und entfernten sich auch wieder in der Richtung nach München. Der Kraftwagen soll dem Wagen ähnlich gewesen sein, in dem seinerzeit Selz entführt worden ist. Dirscherl wurde verhaftet, Strafanzeige ist erstattet“.

1936 wurde mit dem Bau des Fliegerhorsts Straubing-Mitterharthausen begonnen. Das betreffende Areal gehörte angeblich vorher zum Teil dem enteigneten jüdischen Vieh- und Güterhändler Otto Selz.

Am 20.2.33 berichtet der Regierungspräsidenten Niederbayern/Oberpfalz über die erste Hälfte des Februars nach München: "Der politische Umschwung vollzog sich in der Hauptsache ohne größere Störungen. Weite Volkskreise hoffen nunmehr auf ein Zusammengehen aller aufbauwilligen Kräfte. Allgemein begrüßt wurde das scharfe Vorgehen gegen die Kommunisten und sonstige Unruhestifter. Das Ergebnis der Haussuchungen wäre zweifellos ein weit höheres geworden, wenn nicht durch die vorherige Ankündigung im Rundfunk die Möglichkeit geschaffen worden wäre, Material beiseite zu schaffen.

In den Reihen der Anhänger der KPD und SPD ist es still geworden. Verschiedentlich wird über freiwillige Auflösung von Ortsgruppen der KPD und des Reichsbanners berichtet.

Das Zusammenarbeiten der Behörden mit den Führern der SA vollzieht sich nach Bereinigung einiger missverständlicher Auffassungen reibungslos. Die Wiederherstellung der alten Reichsfarben hat den Beifall der überwältigenden Volksmehrheit gefunden.“

---

### **Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Niederbayern:**

Josef Laumer, seit 1919 SPD-Mitglied und seit 1920 Ortsvorsitzender in Straubing war seit 1925 Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und seit 1932 dessen Vorsitzender in Straubing. Bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 verlor er seine Ämter und war 19 Monate im KZ Dachau interniert, worauf vier Jahre Zuchthaus wegen Vorbereitung zum Hochverrat folgten. Auch seine Frau war 29 Monate und seine älteste Tochter neun Monate in Schutzhaft.

Ebenso war Konrad Kübler aus Landau an der Isar, Herausgeber des „Landauer Volksblattes“ Mitglied der Reichsleitung im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Er war mit Karl Gandorfer im Bayerischen Bauernbund aktiv und gehörte der Eisernen Front an. Er wurde am 10.3. 1933 inhaftiert (s. hierzu auch den Bericht vom 4.5.33). Bis 1934 wurde auch er im KZ Dachau festgehalten. Nach dem Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 wurde Kübler erneut verhaftet, kam erst ins Gestapo-Gefängnis nach Regensburg und anschließend ins KZ Flossenbürg.

---

Mit dem "Ermächtigungsgesetz" vom 23. März erklärt Hitler mit Billigung der bürgerlichen Parteien den Verfassungsbruch für vier Jahre zum Normalzustand; damit wird das Gesetz der Straße amtlich. Hier sei erinnert an den SPD Fraktionsführer im Reichstag Otto Wels und die anderen 93 SPD-Abgeordneten, die an jenem 23. März 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz stimmten. Gleiches gilt für die bayerischen Abgeordneten, die im Landtag gegen die Ratifizierung des Gesetzes stimmten.

Am 5.4.33 berichtet der Regierungspräsident Niederbayern/Oberpfalz über die zweite Hälfte des Februar nach München: „Der 21. März, als Tag der Eröffnung des Reichstags, wurde im Regierungsbezirk unter starker Anteilnahme aller Volkskreise durch reiche Gebäudebeflagung sowie in allen größeren Orten durch Fackelzüge und sonstige Feiern festlich begangen. Täglich melden die Zeitungen, dass Stadt- und Landgemeinden führenden Männern der Reichs- und Staatsregierung das Ehrenbürgerrecht verliehen oder Straßen und Plätze nach ihnen benannt haben.“ – „Die Bevölkerung hat sich in ihrer großen Mehrheit hinter die nationale Regierung gestellt. Man erhofft sich von ihr eine Besserung der außenpolitischen Lage

und vor allem der wirtschaftlichen Verhältnisse. Insbesondere ist es die übergroße Zahl der stark bedrängten Landwirte, die aus den angekündigten Maßnahmen der Reichs- und Landesregierung und der Osthilfe neuen Mut zum Durchhalten und weiteren Schaffen schöpfen“.

Am 20.4.33 wird gemeldet, „dass große Betriebsamkeit in den Gemeinden wegen der Neubildung der Gemeinderäte und der Bürgermeisterwahlen herrscht. Es wird befürchtet, dass in Rücksicht auf die veränderten politischen Verhältnisse Bürgermeister, die sich in langjähriger Tätigkeit durch Tüchtigkeit und objektive Amtsführung das Vertrauen der Bevölkerung erworben haben, nunmehr anderen Persönlichkeiten Platz machen müssen, weil sie sich noch nicht entschließen konnten, Mitglied der NSDAP zu werden.

Mehrere Amtsvorstände haben in Bürgermeisterversammlungen mit Zustimmung der Sonderkommissare und der beigezogenen Parteivorstände daraufhingewiesen, dass die nach Geist und Charakter Tüchtigsten der Gemeinde Bürgermeister werden sollen, wenn sie national denken und sozial fühlen.

---

### **Machtübernahme in den Kommunen**

Konsterniert statt konzertiert reagierten fast überall in Bayern die demokratischen Funktionsträger auf das Wahlergebnis. In vielen Gemeinderäten war die NSDAP bisher eine Splitterpartei. In München stellte sie seit den Kommunalwahlen von 1929 gerade mal 16 von 170 Stadträten; auch im "roten Nürnberg" waren die Nazis eine laute Minderheit. Kaum anders sah es in Augsburg, Würzburg und Regensburg aus. Nur in einer größeren Stadt stellte die NSDAP vor 1933 den Oberbürgermeister: in Lindau ist der langjährige BVP-Amtsinhaber - und nachmalige NS-Ministerpräsident - Ludwig Siebert (*Anm.: 1932/33 im Bayerischen Landtag sowie ab November 1933 im Reichstag. Am 12. April 1933 wurde er zum bayerischen Ministerpräsidenten ernannt*) übergetreten. Im März 1933 bekam nun er jede Menge Gesellschaft. Unvermeidlich war Hitler nicht. Selbst die unrechtmäßige Übertragung des Reichstagswahlergebnisses auf die Rathäuser bescherte ihm nur relative Mehrheiten. Dennoch gelang es der Partei, unter Duldung oder Mithilfe großer Teile der alten Eliten die Macht an sich zu reißen. Ende März sind fast überall NS-Bürgermeister im Amt und neue Fahnen aufgezogen.

---

Es meldet der Regierungspräsident am 20.4.33 nach München: „Waffen wurden weiterhin in großer Zahl abgeliefert, verhältnismäßig wenige aus „marxistischen“ (*Anm.: = sozialdemokratischen*) Kreisen. Die Zählung ist noch nicht abgeschlossen, doch ist mit etwa 20.000 Gewehren zu rechnen“. – „Die Gendarmeriebeamten von Zwiesel haben in einem Wald bei Spiegelhütte, GemA Regen, ein Waffen- und Sprengstofflager der KPD ausfindig gemacht. Vier Leute wurden in Haft genommen. Gegen sie wurde Anzeige wegen Vorbereitung zum Hochverrat bei dem zuständigen Sondergericht erstattet“ – „Ein größerer Waffenfund (Handgranaten, Sprengstoffe, zerschnittene Gewehre u.a.) erfolgte auch in einem Bach im Amtsbezirk Regensburg. Vermutlich wurden die Gegenstände im Hinblick auf die angeordnete Waffenablieferung von auswärtigen Kommunisten abgesetzt“. – „Die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei (*Anm.: DSAP - Die sudetendeutsche Sozialdemokratie existierte bereits seit 1919 als organisatorisch selbstständige Einheit und besaß in den Sude-tenländern ein dichtes Netz aus 10 Kreisorganisationen. Sie besaß in den Dreißiger Jahren bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1938 circa 80.000 Mitglieder und konnte noch auf eine Ju-gendorganisation mit 8.000 Aktiven, diverse angeschlossene Organisationen wie den Arbeiter-Turn- und Sportverband (ATUS), 400.000 sozialdemokratisch orientierte Gewerkschaftler und mit der Republikanischen Wehr auf eine eigene Selbstverteidigungsorganisation zurück-greifen. Nicht zu vergessen, die Naturfreunde, einer Unterorganisation der DSAP, die mit ihren Berghütten eine wichtige Rolle spielten*) betreibt

in den tschechischen Grenzorten eine starke Hetze gegen die neue deutsche Regierung und versucht auch im bayerischen Grenzgebiet Hetzschriften zu verbreiten. Auch wurde beobachtet, dass hier Hausierer sich mit kommunistischer Propaganda befassen und dann wieder über die Grenze (Österreich) verschwinden. Andererseits wird berichtet, dass in der Tschechei gegen die vermutlichen Anhänger der NSDAP in rigoroser Weise vorgegangen wird“.

Am 4.5.33 berichtet der Regierungspräsident aus Niederbayern/Oberpfalz: „Die Umstellung der Bevölkerung in nationalem Sinne macht weiterhin Fortschritte. Der Geburtstag des Reichskanzlers Adolf Hitler wurde durch reiche Gebäudebeflaggung und in vielen Orten durch festliche Veranstaltungen gefeiert. Der Feiertag der nationalen Arbeit verlief unter stärkster Beteiligung aller Volkskreise in würdiger Weise“.

Ganz so reibungslos scheint aber die Übernahme der Macht zumindest in den Kommunen nicht gewesen zu sein: „Der Bericht über die Neubildung der Gemeinderäte und Bezirkstage sowie über die Wahl der 1. Bürgermeister lauten recht verschieden. Während eine Reihe von Bezirksämtern hervorhebt, dass die Gleichschaltung mehr oder minder erhebliche Erregung in die Gemeinden und Bezirke hineingetragen hat, melden andere völlig ruhigen Verlauf. Mehrere Ämter erblicken die Hauptursache für die Erregung darin, dass in den meisten Gemeinden bisher nicht nach politischen, sondern nach örtlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten gewählt wurde. Dadurch, dass auf die politische Einstellung das Hauptgewicht gelegt wurde, sind in verschiedenen Gemeinden eines Amtsbezirkes nicht die steuer- und umlagenzahlenden Stände, insbesondere die Landwirte, sondern die Unterstützungsempfänger in den Gemeinderat eingezogen. Vielfach wurden auch infolge der Uneinigkeit in den Parteien, auch der NSDAP, ungeeignete Persönlichkeiten gewählt; in diesen Fällen kann nur durch Versagung der Bestätigung geholfen werden. Schwierigkeiten werden auch dadurch entstehen, dass an die Kreisleiter Weisung ergangen sein soll, grundsätzlich nur mit der Bestätigung von Mitgliedern der NSDAP einverstanden zu sein“.

Eine ausführliche Nachricht widmete der Regierungspräsident dem Ende des Bayerischen Bauernbunds: „Wie schon die Zeitungen meldeten, hat die Bezirksgruppe Straubing des Bauern- und Mittelstandsbundes einstimmig beschlossen zur nationalsozialistischen Bauernschaft überzutreten. Damit hat der Bauernbund in seinem Gründungsbezirk ein Ende gefunden. Auch die bauernbündlerische Bezirksgruppe Landau a.d.Isar hat sich aufgelöst und ihren Mitgliedern empfohlen, sich der nationalsozialistischen Bauernschaft anzuschließen. Der bezügliche Beschluss der Obmännerversammlung erstrebt u.a. die Freilassung des in Schutzhaft befindlichen geistigen Führer der Landauer Bauernbündler Konrad Kübler (Anm.: s.S.6) und den Weiterbezug des Kübler'schen „Landauer Volksblattes“ als Publikationsblatt für die bisherigen Bauernbündler. Die seitherigen Bauernbundsführer glauben scheinbar mit einer großen Duldsamkeit der NSDAP rechnen zu können. Es dürfte kaum ein Blatt bürgerlicher Richtung in Bayern gegeben haben, in dem in nicht verjährter Zeit nicht nur die Autorität des Staates, sondern gerade auch die nationalsozialistische Bewegung schärfer angegriffen worden ist, wie im Landauer Volksblatt“.

Weiter wird berichtet: „Die Hitler-Jugend unter Bannführer Karl Schäfer in Regensburg (Anm.: die HJ, die in Regensburg die Bücherverbrennung am Freitag, 12. Mai 1933, auf dem Neupfarrplatz – also mitten in der Altstadt – initiierte) hielt in den letzten Tagen auf der Rosenburg bei Riedenburg einen Geländesportkurs ab. Auf Ersuchen des nationalsozialistischen Sachverwalters des Brauereibesitzers Frischeisen gab der Bezirk einen Zuschuss von 125 RM zu den Kurskosten. Die Gemeinde Riedenburg hat das größte Interesse daran, die Rosenburg als dauerndes Heim für weitere ähnliche Veranstaltungen bestimmt zu sehen; die Versorgung

der Burg mit Wasser und elektrischem Licht ist hierfür allerdings notwendig. Wegen Beschaffung der erforderlichen Mittel (etwa 40.000 RM) sind Verhandlungen im Gange“.

Am 19.5.33 berichtet der Regierungspräsident Niederbayern/Oberpfalz: „Die Neubesetzung der Gemeindepardamente halten immer noch einen Teil der Bevölkerung in Erregung. Das Bestätigungsverfahren begegnet vielfach erheblichen Schwierigkeiten, die sich aus der politischen Zusammensetzung der Gemeinderäte ergeben“ - „Die Gemeindewahlen und die Bürgermeisterbestätigungen haben stellenweise in die Bevölkerung eine Beunruhigung hineingetragen. Im Bezirksamt Regensburg führten sie zu Demonstrationen vor dem Bezirksamtsgeläude und zur Verhaftung der Demonstranten durch die Polizei; im Anschluss hieran wurde der Bezirksamtsvorstand vom Sonderkommissar der Obersten SA-Führung bei der Regierung, Arthur Rakobrandt, in Schutzhaft genommen“.

Die Verfolgung von Regimegegnern nahm Tag für Tag zu. So der Bericht aus Straubing: „In der Stadt kam es in den letzten Wochen zweimal zur Ansammlung von größeren Menschenmassen. In dem einen Falle wurde die Festnahme des Hauptschriftleiters des „Straubinger Tagblattes“, Dr. Kapfinger, verlangt, der sich durch seine Angriffe gegen die NSDAP in der Zeit vor der nationalen Erhebung missliebig gemacht hatte. Zur Verhinderung von Gewalttätigkeiten der Menge und zur eigenen Sicherheit wurde Dr. Kapfinger in Schutzhaft genommen. Inzwischen wurde das Vertragsverhältnis des Genannten mit seiner Firma gelöst und die Schutzhaft aufgehoben“. *(Anm.: Kapfinger arbeitete seit 1927 als Redakteur beim Straubinger Tagblatt. Kapfinger hatte in einem Artikel geschrieben, man solle das Kabinett von Adolf Hitler auf dessen Geisteszustand untersuchen. Er wurde wieder freigelassen. Zweifelhaft erscheint Kapfingers weitere Rolle im Dritten Reich. Er soll Grundstücke jüdischer Eigentümer, die im Rahmen der „Arisierung“ beschlagnahmt worden waren, unter Marktwert erworben haben. Laut einem rechtskräftigen Urteil des Amtsgerichts München ist es erweislich wahr, dass Kapfinger sich als „Angehöriger eines bevorzugten Personenkreises an beschlagnahmtem jüdischen Besitz bereichert“ habe. In einem anderen Urteil hat das Landgericht Passau die von dem damaligen SPD-Bundestagsabgeordneten und späteren Bundeskanzler Helmut Schmidt aufgestellten Behauptungen, „dass Kapfinger sich damals [nach dem Einmarsch der Russen] aus den Häusern ehemaliger Nationalsozialisten wertvolle Möbel, Teppiche und sonstige Einrichtungsgegenstände in sein Haus tragen ließ“, als erwiesen bestätigt.)*

„Im anderen Falle wurde die Inhaftnahme des Direktors der Straubinger Gewerbebank Tremmel gefordert. Die Menge wurde aber zerstreut. Die Leitung der NSDAP verhandelte darauf mit dem Direktor Tremmel über gewünschte Änderungen im betrieb der Gewerbebank, deren Erfüllung zugesichert wurden“ – „Am 12.9.33 versammelte sich nachts in Straubing erneut eine größere Anzahl von SA-Leuten vor der Wohnung des Gewerbebankdirektors Tremmel, um ihn in Schutzhaft zu nehmen, weil er angeblich einen Beamten, der Mitglied der SA ist, entlassen haben soll. Durch das Dazwischentreten des Sonderbeauftragten und der Polizei wurde weiteres verhütet. Die für den nächsten Tag geplante Fortsetzung des Auflaufs in größerem Umfang unterblieb auf ein fernmündliches Verbot des Staatssekretärs Ludwig Stocker, der inzwischen von den Vorgängen Kenntnis erhalten hatte. *(Anm.: Tremmel war vor 1933 Mitglied der BVP. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs war er Mitbegründer der CSU in Straubing und vom 3. Mai 1945 bis 3. Juli 1945 Oberbürgermeister der Stadt. Er wurde von den US-amerikanischen Besatzungsbehörden wegen fördernder Mitgliedschaft in der SS des Amtes enthoben, aber später aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Von 1948 bis 1949 war er 2. Bürgermeister)*

Außerdem wurde berichtet: „Weiter scheint in Straubing eine starke Stimmung für die Verhaftung des Leiters der katholischen Baugenossenschaft „Arbeiterwohl“, Diözesansekretärs Pongratz bestanden zu haben. Pongratz hat seit einiger Zeit anscheinend Straubing verlassen“. *(Anm.: In der zweiten Maihälfte erklärte Diözesansekretär Pongratz seinen Rücktritt aus dem*

*Stadtrat. Joseph Pongratz wurde am 25.1.1923 hauptamtlicher Religionslehrer in Weiden, anschließend als III. Kooperator nach Straubing-St. Jakob versetzt; am 1.8.1933 wurde Pongratz, inzwischen Diözesansekretär der katholischen Arbeitervereine („der rote Kaplan“), nach seiner Flucht aus Straubing wurde Pongratz Pfarrer von Eschlkam; am 28. April 1946 konstituierte sich der erste Nachkriegskreistag in Kötzing, der im Mai 1946 in seiner ersten Sitzung den Eschlkamer Pfarrer Josef Pongratz zum Landrat wählte. Zuvor war es Franz Backmund, der dann nach Mallersdorf ging; BGR Pongratz ist am 16. Sept. 1978 als fr. Pfarrer von Eschlkam und Kommorant in Furth im Wald gestorben).*

Und ein Bericht aus Pilsting: „Ein im Interesse der öffentlichen Sicherheit und der nationalen Bewegung besonders bedauerlicher Vorfall ereignete sich in Landau a.d. Isar. Dort nahmen vier SS-Leute in einem gut besuchten Kaffeehaus einen als Kommunisten verdächtigten Buchhalter fest. Sie brachten ihn in dem Auto, in welchem sie gekommen waren, aus der Stadt. Auf der Staatsstraße in der Nähe von Pilsting hielten sie an, ließen den Festgenommenen sich nackt ausziehen und in das Licht der Scheinwerfer stellen. Aus den Reden der Täter und ihrem Gebaren glaubte der festgenommene entnehmen zu können, dass ein Anschlag auf sein Leben geplant sei. Er lief davon und hielt sich längere Zeit in einem Kornacker verborgen. Es wurde ihm nachgeschossen. In den ersten Morgenstunden suchte er in dem nahegelegenen Markt Pilsting Zuflucht und erstattete Anzeige. Seine Angaben scheinen sich nach den polizeilichen Erhebungen und den Feststellungen eines gerichtlichen Augenscheintermins zu bestätigen. Inzwischen wurde der Tatbestand auch durch das Geständnis eines der Täter bestätigt, Tötungsabsicht wird bestritten“.

Am 6.6.33 berichtet der Regierungspräsident Niederbayern/Oberpfalz: “In politischer Hinsicht herrscht im allgemeinen Ruhe. Die außen- und innenpolitischen Maßnahmen der neuen Regierung finden in immer weiteren Volkskreisen Zustimmung. Bei den Bauern herrscht eine gehobene und zuversichtliche Stimmung. Die Landarbeiter auf den größeren Gütern, die zu meist der SPD angehörten, gliedern sich großenteils in die nationale Front ein“

Über weitere Verfolgungen in Straubing wird berichtet: „In den Kreisen der NSDAP in Straubing herrscht Missstimmung gegen den Studienrat Wirthmüller am dortigen Gymnasium. Er gilt als Pazifist und soll vor längerer Zeit an einem Pazifistenkongress in Paris teilgenommen und sich auch in neuerer Zeit vor Schülern abfällig über Reichskanzler Hitler geäußert haben. In der Nacht vom 27./28.5.33 versammelten sich etwa 50-60 Leute vor der Wohnung des Wirthmüller und forderten seine Festnahme. Dabei wurden einige Türen und Fenster eingeschlagen, es fielen auch mehrere Schüsse. Da keine Gewähr für die Sicherheit des Wirthmüller bestand, verfügte der Stadtkommissär über ihn die Schutzhaft“. - „Nach einer Versammlung der Funktionäre der NSBO und der freien Gewerkschaften am 29.5.33 in Straubing ordnete der Sonderbeauftragte des Kommissars des A.D.G.P. die Inschutzhaftnahme des Geschäftsführers des Straubinger Fabrikantenverbandes Dürmer an. Dieser soll im Betrieb der Dachziegelwerke Ergoldsbach den Arbeitsfrieden gestört haben“.

Im Bericht nach München hieß es am 19.5.33 weiter: „Von der östlichen Landesgrenze wird berichtet, dass in der Tschechoslowakei Grenzschutz und Gendarmerie verstärkt wurden und der Grenzverkehr besonders scharf überwacht wird; strenge Maßnahmen waren für den 1. Mai getroffen. Wer nach Bayern übertrat, wurde notiert, was aber nicht hinderte, dass sich in Waldsassen zahlreiche Nationalsozialisten aus Eger eingefunden hatten. Ein Gerücht, dass die tschechische Grenzbevölkerung bewaffnet worden sei, hat sich bisher nicht bestätigt. Die Absicht aber soll bestehen“. - „Von der Ostgrenze wird gemeldet, dass die Tschechen bei allen nationalen Veranstaltungen in Bayern eine verschärfte Grenzüberwachung durchführen“. - „Die in der Tschechoslowakei unter den Sozialdemokraten stark verbreiteten Zeitschrift „Der Land- und Forstarbeiter“ hetzt in unverschämtester Weise gegen die deutsche Reichsregie-

rung und deren Kanzler. Dem zu erwartenden Versuch, das Hetzblatt auch in Bayern zu vertreiben, wird eintretenden Falls mit aller Entschiedenheit begegnet werden“.

Am 20.6.33 berichtet der Regierungspräsident Niederbayern/Oberpfalz: „Die durch die Bürgermeisterwahlen in die Bevölkerung getragene Erregung hat sich zwar noch nicht überall gelegt, beginnt aber allmählich abzuflauen“.

Dafür geht aber die Jagd auf Regimegegner weiter – es sind nicht junge unbedachte Leute oder „die Bevölkerung“, sondern gezielte Aktionen der Nationalsozialisten: „Die revolutionäre Stimmung verleitet immer noch in manchen Fällen jüngere Leute zu unbedachten Handlungen. Ein besonders schwerer Fall hat in der vergangenen Woche die Landshuter Bevölkerung stark aufgeregt. Dort drangen einige SA-Männer in die Wohnung des volksparteilichen Landtagsabgeordneten Dr. Schlögl, der im Urlaub abwesend war, ein und zerstörten die gesamte Wohnungseinrichtung. Nachdem die Leute etwa  $\frac{3}{4}$  Stunden in der Wohnung gewütet hatten, fuhren fünf von ihnen mit Kraftwagen nach Tittling, BezA Passau, wo sich Dr. Schlögl z.Z. aufhält und misshandelten diesen so, dass er das Krankenhaus aufsuchen musste“. (*Anm.: Nach Wiederherstellung und Ausweisung aus Landshut eröffnete Schlögl in München eine betriebswirtschaftliche Kanzlei. Er wird Mitbegründer des Bayer. Bauernverbandes im Jahre 1945 und Gründer des Bayer. Landwirtschaftsverlages. Von 26.02.1948 bis 14.12.1954 war Schlögl Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten*)

Auch an der Grenze zu Österreich und der Tschechoslowakei tut sich was: „An der östlichen Landesgrenze mehren sich die Fälle von Grenzübertritten politischer Flüchtlinge aus Österreich. Am 1. und 3. Juni wurden im Amtsbezirk Wolfstein von tschechischer Seite her auf SS-Leute, die der Grenzwachstation Georgenberg zugeteilt sind, Schüsse abgegeben, die aber nicht trafen. Erhebungen über den näheren Sachverhalt sind im Gange.“ – „Am Sonntag, den 11. Juni 1933 hat auf dem Dreisessel unter zahlreicher Beteiligung der Bevölkerung eine Schlageter-Gedenkfeier stattgefunden, die in erheblicher Weise ohne jede Störung verlaufen ist. Auch aus Österreich und der Tschechoslowakei waren Besucher erschienen.“ - „Einige ledige Waldsassener Kommunisten, tschechische Staatsangehörige, wurden vor die Wahl gestellt, die Stadt zu verlassen oder in Schutzhaft genommen zu werden; sie entschieden sich für das erstere und zogen in die Tschechoslowakei ab.“ – „Jenseits der Landesgrenze schließt man sich stark gegen das Deutsche Reich ab. Die Deutschen von dort dürfen sich nicht mehr so recht in das Reich wagen. Die Grenzwirte machen keine Geschäfte mehr. Die deutsche Landbevölkerung in der Tschechoslowakei ist größtenteils nationalsozialistisch eingestellt. Reichsdeutsche, die im Besitz eines Grenzscheins sind, werden beim Grenzübertritt von den tschechischen Behörden nicht beanstandet, wenn sie kein nationalsozialistisches Abzeichen tragen“.

Ende Juni folgte ein Schlag gegen die Amtsträger der BVP, der viel Aufsehen erzeugte. So meldete der Regierungspräsident am 5.7.33 nach München: „Die Massenverhaftungen, die aus Anlass der Aktion der politischen Polizei gegen die Bayer. Volkspartei (BVP) stattfanden, haben in weiten Volkskreisen erhebliches Aufsehen erregt. Die große Zahl von Verhaftungen – in verschiedenen Amtsbezirken über 100, in Neunburg vorm Wald etwa 230 – ist darauf zurückzuführen, dass sämtliche Gemeinderatsmitglieder dieser Partei in Schutzhaft genommen wurden. Es handelte sich offenbar um eine irriige Auslegung des Befehls des Politischen Polizeikommandeurs, der über den Sonderkommissar an die Beauftragten bei den Bezirksämtern unter Ausschaltung der Regierung und der Bezirksämter ergangen ist. Am Abend konnte ein großer Teil der Verhafteten wieder entlassen werden, weil inzwischen der Sonderkommissar entsprechende Anweisungen an die Beauftragten gegeben hatte.“ – „Die Verhaftungen hatten den Rücktritt der meisten volksparteilichen Bürgermeister, Gemeinde- und Be-

zirkstagsmitglieder von ihren Ämtern zur Folge. Ein erheblicher Teil der Gemeinden und Bezirke war daher zunächst ohne beschlussfähige Vertretung“.

---

## **Verbot der SPD**

Bereits im Mai 1933 hatte die SPD-Parteileitung ihren Sitz nach Prag verlegt. Von dort aus konnte sie den Widerstand im Deutschen Reich unterstützen. Der sozialdemokratische Widerstand wurde von ungezählten Männern und Frauen sowie von Mitgliedern der Arbeiterjugend und mit Hilfe der DSAP und den Naturfreunden getragen. Nach zahlreichen Verhaftungen kam dieser breite Widerstand immer mehr zum Erliegen. Auf politischen Druck Hitlers gegenüber der Tschechoslowakei musste der SPD-Parteivorstand Prag 1937 verlassen und ging nach Paris.

---

Am 22. Juni 1933 wurde die SPD verboten, ihre Organisationen wurden zerschlagen. Mit dem Verbot der SPD war die letzte tragende Säule der Demokratie in Deutschland zerstört. Dazu erging die Meldung: „Die von den Verwaltungsbehörden durchgeführten Maßnahmen gegen die SPD verliefen reibungslos“. – „Ein einigen Amtsbezirken wurden vereinzelt Leute wegen Verdachts kommunistischer Wühlereien oder wegen ausfälliger Äußerungen über die nationale Revolution festgenommen“.

Ab 19.7.33 berichtet der Regierungspräsident Niederbayern/Oberpfalz, dass es sich abzeichnet, dass die Machtübernahme vor allem in den Gemeinden nicht so verlaufen wird, wie erwartet: „Es ergibt sich hierbei in verschiedenen Gemeinden die Tatsache, dass für die Besetzung der durch den Rücktritt der BVP-Gemeinderatsmitglieder freigewordene Plätze nicht genügend geeignete Parteigenossen der NSDAP vorhanden sind. Die Bürgermeister sind deshalb teilweise für die Bestellung von einwandfreien, auch bei der NSDAP angesehenen bisherigen BVP-Mitgliedern eingetreten“.

Auch ein Blick über die Grenze folgte: „Die Tschechoslowakei verfolgte die außenpolitischen Schritte des deutschen Nachbarn mit Misstrauen. Deutschland blieb trotz einer Halbierung seines Anteils von 32 % (1924) auf 16 % (1937) wichtigster Handelspartner der Tschechoslowakei“. – „In letzter Zeit kommt es nicht selten vor, dass im Bezirk Tirschenreuth deutschstämmige Böhmen die Grenze überschreiten und bei einer Kontrolle die Ausrede gebrauchen, geflüchtet zu sein, weil sie in der Tschechei als Angehörige der NSDAP verfolgt würden. Kürzlich tauchte in Tirschenreuth ein gewisser Gruber aus Karlsbad auf und behauptete, er sei von den tschechoslowakischen Gerichten zu sechs Monate Kerker verurteilt worden, weil er böhmischen Flüchtlingen Wäsche und andere Gebrauchsgegenstände über die Grenze gebracht habe. Die tschechische Polizei habe ihn unter der Bedingung freigelassen, dass er über die Grenze gehe und Spionagedienste leiste, worauf er zum Schein eingegangen sei. Da seine Angaben Misstrauen erregten und weil er keinen genügenden Ausweis hatte wurde er in Haft genommen“.

Berichte aus dem Nachbarland gibt der Regierungspräsident auch am 7.8.33 bzw. 19.8.33 weiter: „Die tschechischen Behörden haben nach einem Bericht der Grenzgendarmierstation Neualbenreuth, BezA Tirschenreuth, entgegen den Grenzabkommen die Anordnung getroffen, dass Leute, die die Grenze zum Zwecke des Beerensuchens überschreiten wollen, den Grenzschein durch die tschechische Gendarmerie visieren lassen müssen. Das Visum erhalten aber nur Leute, die gut tschechisch gesinnt sind, wogegen es den deutschgesinnten Teil der Bevölkerung verweigert wird. Leute die durch die Not gezwungen, die Grenze ohne Visum überschreiten, müssen die mitgebrachten Beeren verzollen und werden außerdem bestraft. Um

diese Schikane der deutschen Bevölkerung entgegenzuwirken, ist Vorsorge getroffen, dass die Beerensucher, die auf dem Grenzschein ein Visum der tschechischen Gendarmerie haben, sofort wieder über die Grenze zurückgewiesen werden“. – „Nach Gendarmeriemeldungen müssen die Sudetendeutschen beim Grenzübertritt nach Böhmen das in den bayerischen Waldungen gesammelte Leseholz verzollen. Dieser Maßnahme der tschechischen Regierung liegt wohl die Absicht zugrunde, den Verkehr ihrer Leute mit dem Reiche zu erschweren und womöglich zu unterbinden“.

Auch am 5.9.33 drehen sich die Berichte um Geschehnisse im Nachbarland: „Im Amtsbezirk Tirschenreuth flüchteten drei Burschen aus der Tschechoslowakei über die Landesgrenze nach Bayern. Sie hatten sich nach einer Versammlung der NSDAP in Maiersgrün (Tschechei) auf der Straße über die tschechische Regierung abfällig geäußert und sollten deshalb von der tschechischen Gendarmerie verhaftet werden“. – „An der tschechisch-deutschen Landesgrenze fanden in letzter Zeit größere Truppenübungen statt. Sie bewegten sich in dem Gebiet zwischen Bischofsreut und Haidmühle bayerischerseits und Kuschwarda, Böhmisches-Röhren, Schönberg-Neuthal tschechischerseits. Am 2., 5. und 6. September wurde je ein tschechisches Flugzeug beobachtet, das aus der Richtung des Übungsgeländes kam und bayerisches Gebiet überflog.“ – „Die Erschießung des Professors Lessing in Marienbad hat in der Tschechoslowakei große Aufregung verursacht. Die Grenzüberwachung wurde erheblich verstärkt. Die Kommandos stehen unter Führung von Offizieren und sind mit Kraftwagen ausgerüstet“. *(Anm.: Karl Theodor Richard Lessing, geb. 8.2.1872, ein deutscher Philosoph, Schriftsteller und Publizist emigrierte wenige Wochen nach Hitlers Machtübernahme über Prag in das böhmische Marienbad, nachdem er mehrfach Anpöbelungen der SA ausgesetzt war und diese just in der Nacht seiner Flucht sein Haus in Anderten verwüstete und durch Jauche unbewohnbar machte. Von hier aus setzte er seine publizistische Tätigkeit in deutschsprachigen Auslandszeitungen fort. Am 20. April 1933 wurde ihm aufgrund des Berufsbeamtengesetzes der Lehr- und Forschungsauftrag mit sofortiger Wirkung entzogen. Genau sieben Monate nach Hitlers Machtübernahme wurde Theodor Lessing in der Nacht vom 30. auf den 31.8. 1933 im tschechischen Marienbad von drei Attentätern aus dem Hinterhalt erschossen. Joseph Goebbels, der auf Lessings Kopf eine Prämie von 80.000 Reichmark ausgesetzt hatte, verwies zwei Tage nach dessen Tod am 2. September 1933 auf dem Nürnberger Parteitag auf die erfolgreiche „Abschüttelung dieses Jochs“. Lessing saß in der Villa Edelweiß in Marienbad, als er von außen durch das geschlossene Fenster durch zwei Schüsse in den Kopf getroffen wurde. Er erlag wenige Stunden später im Alter von 61 Jahren im Krankenhaus von Marienbad den Verletzungen. Lessing wurde am 2. September 1933 ohne öffentliches Aufsehen auf dem jüdischen Friedhof in Marienbad bestattet. Lessing gilt als das erste Todesopfer des Nationalsozialismus auf tschechischem Boden. Lessings Grab wurde bei den Novemberprogromen 1938 verwüstet, sein Grabstein erst nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgestellt. Seine Frau Ada, die mit ihm in die Tschechoslowakei geflohen war, emigrierte 1938 nach England).*

---

### **„Propaganda-Arbeit“**

An der Grenze zwischen Westböhmen und Bayern verrichteten Sozialdemokraten, Kommunisten und Mitglieder kleinerer linker Parteien propagandistische Grenzarbeit. Man konnte sich gut vorstellen, wie in der Gegend die Grenze auf vielen heimlichen Waldwegen unmerkelt überschritten wurde, um Zeitungen, Flugblätter, Klebezettel, Bücher, kurz illegale Druckerzeugnisse jeglicher Art, gegen das Hitlerregime ins Deutsche Reich zu schmuggeln und verfolgte Hitlergegner in umgekehrter Richtung in Sicherheit zu bringen. Furth i.W., Waldmünchen, Schwandorf, ebenso wie die weiter nördlich gelegenen Orte Hof, Selb, Wieden, Schwarzenfeld, Silberhütte oder, auf tschechischer Seite, Aš, Cheb, Karlovy Vary, Stríbro, Nýrsko – alle diese Namen tauchen auf in den Schilderungen über die „Grenzarbeit“

der Hitler-Gegner. In weiteren Berichten werden Weiden und Schwandorf als Knotenpunkte der Literaturverteilung in der Oberpfalz genannt. Amberg, Straubing, Landshut – fast jeder Ort kommt in dieser Geschichte vor. Die Kuriere mussten selbst illegal die Grenze überschreiten, um an ihr Material zu kommen. Sie tarnten sich dabei als Wanderer oder Skiläufer und transportierten die Zeitungen in ihren Rucksäcken oder Brustbeuteln über die Grenze zurück an ihren Bestimmungsort. - Um den Widerstand im Deutschen Reich zu unterstützen schuf die SPD-Parteiführung im Exil (Sopade) am 28. Mai 1933 in den Nachbarländern des Deutschen Reiches Grenzsekretariate, fünf davon in der Tschechoslowakei. Hans Dill in Mies (später in Winterberg), das günstig an der Bahnlinie Prag-Nürnberg lag, war für Nordbayern (Franken, Niederbayern/ Oberpfalz), Waldemar von Knoeringen in Neuern, an der Bahnstrecke Eisenstein-Pilsen, war für Südbayern verantwortlich.

Auf der sudetendeutschen Seite waren vor allem der Parteivorsitzende Ludwig Czech und sein Nachfolger Wenzel Jaksch sowie der Generalsekretär Siegfried Taub und dessen Stellvertreter Ernst Paul für den Kontakt verantwortlich.

Dies war umso wichtiger, als der Schmuggel von Informationen und Literatur über die bayerisch-tschechische Grenze die letzte und zentrale Tätigkeit des sozialdemokratischen Widerstandes darstellte. Auf der bayerischen Seite übernahmen Widerstandszellen in den ehemaligen, sozialdemokratischen Zentren die Organisation.

Auch die DSAP engagierte sich mit ihren Mitgliedern in diesem Bereich. Sie unterstützte die Grenzsekretariate mit Anlaufstellen und Kurieren, obwohl auch die sudetendeutschen Sozialdemokraten im Deutschen Reich oft in Haft kamen. So bekamen über die grenznahen Häuser der Naturfreunde Kuriere der reichsdeutschen Sozialdemokratie Material und reisten im Winter auf Skiern in das Deutsche Reich, um Material zu überbringen. Auf diese Weise profitierten die Grenzsekretäre von der Ortskenntnis der Einheimischen über illegale Grenzwege.

---

Der Regierungspräsident berichtete am 5.10.33 nach München: „Der Grenzverkehr an der bayerisch-tschechischen Grenze wird tschechischerseits nach wie vor streng überwacht, namentlich an den Tagen, an denen auf bayerischer Seite vaterländische Veranstaltungen stattfinden. Zur Zeit wird von der Tschechei aus versucht, die gegen Deutschland hetzenden Zeitschriften „Aufruf“ und „Die neue Weltbühne“ in Bayern zu vertreiben“. (*Anm.: Die ‚Weltbühne‘ wurde am 15. März 1933 in Berlin, wo sie neunundzwanzig Jahre erschienen ist, verboten. Sie setzt ihre Arbeit zuerst in Wien und ab 6. April unter dem Namen „Die neue Weltbühne“ in Prag fort*)

Und am 19.10.33 hieß es im Bericht: „Verschiedene Wahrnehmungen lassen darauf schließen, dass sich die Kommunisten noch nicht endgültig als erledigt betrachten. Eine Hausdurchsuchung bei dem früheren kommunistischen Führer Baumgartner in Tann, BezA Pfarrkirchen, förderte eine Menge kommunistischen Materials, darunter auch Briefe aus Moskau, zutage. Baumgartner wurde in Haft genommen. Im Amtsbezirk Neunburg v. Wald wurde öfter beobachtet, dass ähnlich wie früher, kommunistisch gesinnte Leute in Gruppen auf der Straße beisammenstehen und sich im Flüsterton unterhalten. Man vermutet, dass sie von auswärts nachts durch Radfahrer mit Werbematerial versorgt werden. Vorkehrungen dagegen wurden getroffen“. – „In Waldsassen, BezA Tirschenreuth, wurden am 11.10.33 zwei Leute aus Eger verhaftet, die im Verdacht stehen, kommunistische Zersetzungsschriften aus der Tschechoslowakei eingeschmuggelt zu haben. Ob es sich um die gleichen Personen handelt, die am 9.10.33 in Arzberg kommunistische Schriften (in einem Fass als Rindertalg) nach Frankfurt verfrachten wollten, steht noch nicht fest“.

Doch auch die Vorgänge an der Grenze wurden im Bericht vom 19.10.33 thematisiert: „Von der Landesgrenze wird berichtet, dass die Tschechoslowakei am 8.10.33 Maßnahmen gegen die dortigen nationalsozialistischen Organisationen eingeleitet hat. Die Gendarmerie hat bei allen Stützpunktleitern, Schriftführern und Kassierern eine Durchsuchung vorgenommen und das in den Kassen vorgefundene Geld beschlagnahmt“. – „Bei einer Kundgebung in Tirschen-

reuth am 8.10.33 wurde die Grenze von tschechischen Gendarmerie- und Zollbeamten streng abgesperrt“. – „Nach Bericht des Bezirksamtsvorstands von Tirschenreuth hält der starke Zu- zug von angeblichen und wirklichen Flüchtlingen aus Böhmen an. Offenbar glauben manche Leute, sich durch eine mit politischen Gründen verbrämte Flucht ein gutes Unterkommen in Deutschland verschaffen zu können. Die Leute kommen mit der Behauptung, dass sie in der Tschechoslowakei wegen ihrer politischen Haltung Verfolgung und Strafe zu gewärtigen haben. können aber ihre Angaben nur in den seltensten Fällen belegen. Die Behandlung dieser Flüchtlinge, die fast immer mittellos sind, ist recht schwierig. Man kann sie nicht ohne weiteres wieder an die Grenze überstellen, weil ihre Angaben vielleicht doch wahr sind; andererseits besteht auch keine Sicherheit, dass die Tschechen nicht auf diese Weise Spitzel herüberbringen“.

Gleiches gilt für den Bericht am 3.11.1933: „Nach Erhebungen der Gendarmerie sollen in letzter Zeit durch tschechische Kommunisten Flugblätter auf abseitigen Wegen über den Dreisessel nach Passau verbracht worden sein. Diese Nachricht erhielt die Gendarmeriestation Haidmühle von den tschechischen Gendarmerieposten Neuthal übermittelt. Auf den Dreisessel sollen sich immer noch Fremde zeigen, obwohl der gewöhnliche Fremdenverkehr längst ruht. Die sämtlichen bayerischen Grenzstationen im Waldgebiet wurden zur entsprechenden Überwachung verständigt“.

Und am 20.11.33 hieß es: „An mehreren Orten tauchte vor der Wahl Hetzzettel marxistischen (*Anm.: = sozialdemokratischen*) Inhalts in geringem Umfang auf, wogegen die einschlägigen Behörden das Entsprechende vorkehrten.“ – „Am 4.11.33 nach Einbruch der Dunkelheit hielten ein deutsches Auto nahe an der tschechischen Grenze bei Grenzhäusl und ein tschechischer Wagen jenseits der deutschen Grenze. Eigentümer des tschechischen Autos sind bekannte Juden aus Rosshaupt in der Tschechoslowakei. Man vermutet, dass aus dem tschechischen Auto verbotene Druckschriften in das deutsche Auto verbracht wurden, die Insassen des deutschen Kraftwagens gaben an von Essen zu sein. Ein Versuch, den deutschen Kraftwagen am Zollamt bei Waidhaus zu stellen, blieb erfolglos.“

In den September-Berichten geht es vor allem um die Vorbereitungen und Durchführung der Volksabstimmung und der anstehenden Reichstagswahl: „(3.11.33) Die Werbeversammlungen für Volksabstimmung und Reichstagswahl haben eingesetzt und weisen fast durchweg guten Besuch auf. Nicht ganz glücklich ist das Vorgehen einiger Redner zu nennen, die ihren Ausführungen anfügen, dass diejenigen, die der Wahl fernbleiben, nachträglich durch Anschlag an ihrem Hause als Volksverräter gebrandmarkt würden. Diese Bemerkung dürfte ausenpolitisch nicht bedenkenfrei sein“. – „(20.11.33) Die Werbeveranstaltungen für Volksabstimmung und Reichstagswahl gestalten sich recht lebhaft und verliefen durchaus in Ordnung. Angenehm empfunden wurde das Fehlen eines hetzenden Wahlkampfes und die Ruhe, mit der sich der Wahlgang abwickelte. Wahlbeteiligung und Ergebnis überstiegen die an sich nicht geringen Erwartungen. Auch in Gegenden mit ärmerer Bevölkerung, in denen früher die KPD und die SPD auffallend stark vertreten waren, war diesmal die Zahl der Gegenstimmen verhältnismäßig gering. So wurden z.B. in St. Englmar, BezA Bogen, bei der Reichstagswahl am 5.3.33 noch 105 kommunistische Stimmen abgegeben, während diesmal nur fünf mit „Nein“ stimmten. Es hat sich die staatspolitische Einsicht durchgesetzt, dass die NSDAP und die Reichsregierung in ihrer derzeitigen Zusammensetzung unter Führung des Kanzlers tatsächlich die große, aber auch die letzte Hoffnung Deutschlands seien und dass deshalb alles darangesetzt werden müsse, dieser Regierung innen- und vor allem außenpolitisch den Rücken zu decken“.

Einzelne Berichte beweisen, dass die Wahlen alles andere als frei und geheim waren: „(20.11.33) In Pocking, BezA Griesbach, sind 12 Personen trotz ausdrücklicher Aufforderung

nicht zur Wahl gegangen. Vor ihren Wohnungen erschienen am Abend des Wahltags Sprechchöre, die ihren Unwillen gegen die fehlende vaterländische Gesinnung durch den ruf „Hier wohnen Vaterlandsverräter“ Ausdruck gaben, Steine in die Wohnungen warfen und vor den Häusern entsprechende Plakate anbrachten“. – „In Siegenburg, BezA Kelheim, kam es vor dem Anwesen des Feuerwehrkommandanten Pickl zu einer großen Demonstration, weil Pickl trotz wiederholter Aufforderung nicht gewählt hatte“.

Weiter wird am 20.11.33 berichtet: „Im Amtsbezirk Tirschenreuth hat der Zuzug von Flüchtlingen aus der Tschechoslowakei nachgelassen, was wohl mit der Auflösung der NSDAP in der Tschechei zusammen hängen dürfte. Dagegen wurden drei tschechische Fahnenflüchtige aufgegriffen, die sich vorläufig in Polizeihaft befinden“.

Die Besetzung der Bürgermeisterposten und Gemeinderatsmitglieder sorgt auch weiterhin für Verdruss, so dass am 4.12.33 berichtet wird: „In sieben von neun unmittelbaren Städten des Regierungsbezirks sind die Stellen der rechtskundigen 1. Bürgermeister nach Ausscheiden der bisherigen Stelleninhaber durch berufsmäßig oder ehrenamtlich gewählte, nicht rechtskundige Mitglieder der NSDAP besetzt worden. Die Wahl der 1. Bürgermeister in Deggen-dorf und Neumarkt i.d. Opf. ist noch nicht erfolgt. Wenn dadurch auch erfahrene rechtskundige Stadtratsvorstände ausgeschieden und durch nicht rechtskundige Kräfte ersetzt wurden, die sich erst einarbeiten müssen, so ist dies in der Verwaltung solcher Städte noch tragbar, weil rechtskundige 2. Bürgermeister oder doch rechtskundige berufsmäßige Gemeinderatsmitglie-der vorhanden sind. In letzter Zeit sind aber Bestrebungen im Gang auch die berufsmäßigen rechtskundigen Bürgermeister mittelbarer Städte durch andere Personen zu ersetzen (Plattling, Tirschenreuth). Haben diese Bestrebungen Erfolg, dann ist zu befürchten, dass die Verwal-tung dieser Städte ernstlich leidet, wenn der rechtskundige durch einen nicht rechtskundigen Bürgermeister abgelöst wird“.

Die Geschehnisse jenseits der Grenze werden auch am 4. und 12.12. thematisiert: „Die in der Tschechoslowakei herrschende Kriegsfurcht scheint wieder abgeflaut zu sein. Die Grenz-sperre wurde wieder aufgehoben, die scharfe Überwachung hat nachgelassen. In verschiedenen tschechischen Gemeinden sollen anlässlich einer Gedenkfeier Hakenkreuze angefertigt und dann im Beisein der Gemeindebehörden auf einem Reisighaufen verbrannt worden sein. In Wallern wird stark für die Bildung einer Ortsgruppe der „Sudetendeutschen Heimatfront“ geworben. Die vorläufige Führung hat ein Tischlermeister, früheres Mitglied der aufgelösten NSDAP, übernommen.“ – „Wiederholt kamen Angehörige der Tschechoslowakei in den Amtsbezirk Vohenstrauß und suchten um Arbeit nach, weil sie als Nationalsozialisten aus der Tschechoslowakei hätten flüchten müssen und nicht mehr zurückkehren könnten, da sie sonst strenge Bestrafungen zu erwarten hätten. Meist befinden sich die Flüchtlinge nicht im Besitz der vorgeschriebenen Ausweispapiere. Bisher ist es noch gelungen, die Leute zur Rückkehr in die Tschechoslowakei zu bewegen“.

Am 4.1.34 berichtet der Regierungspräsident aus Niederbayern/Oberpfalz nach München: „Aus dem Amtsbezirk Wolfstein wird berichtet, dass die Bevölkerung der Grenzgemeinden Schimmelbach, Lackenhäuser und Klafferstraß abseits der Zollstraße häufig nach Schwarzen-berg übertritt, um den Gottesdienst in der dortigen Kirche zu besuchen. Ein Bedürfnis hiezu besteht nicht, da in den zuständigen Kirchen in Breitenberg und Lackenhäuser Gottesdienste stattfinden. Dieser Zustand ist wegen der Hetze, die in der Tschechoslowakei namentlich in der Kirche gegen Deutschland und die NSDAP getrieben wird, unerwünscht. Die Einschränkung des kleinen Grenzverkehrs wird zu erwägen sein.“ – „Im Amtsbezirk Kötzing haben unbekannte Täter die neugesetzten weißgestrichenen Grenzsteine auf einer Länge von 4 km sowohl auf der deutschen als auf der tschechischen Seite mit Hakenkreuzen bemalt, worüber es bei der tschechischen Gendarmerie große Aufregung gab“.

Und am 19.1.34 heißt es: „Am 16.1.34 wurde der Hilfsgrenzangestellte Fischer von Frauenu, BezA Wolfstein, auf tschechoslowakischem Boden verhaftet, weil er in SS-Uniform die Grenze überschritten hatte. Er ist inzwischen wieder heimgekehrt und hat sich über seine Behandlung durch die tschechischen Beamten lobend ausgesprochen“. – „Der Sturmführer Heß der in Passau befindlichen Dienststelle der Brigade Oberösterreich begab sich am Neujahrstag mit der Eisenbahn von Haidmühle (BezA Wolfstein) aus in Begleitung einer Frauensperson in die Tschechoslowakei. Dort wurden die beiden wegen Unstimmigkeiten in ihren Ausweispapieren festgenommen. Die tschechischen Behörden sollen durch zwei in Haidmühle stationierte tschechische Zollbeamte auf Heß aufmerksamgemacht worden sein. Tatsächlich sind die beiden Zollbeamten aus Haidmühle verschwunden. Heß ist inzwischen nach Bayern entlassen worden, seine Begleiterin aber nicht.“

Interessant auch die Einschätzung vom 6.2.34 zu den wirtschaftlichen Zuständen jenseits der Grenze: „Aus der Tschechoslowakei hört man immer wieder, dass die wirtschaftliche Not dort immer größer werde. Die tschechischen Sägewerke an der Grenze stehen still, während die deutschen arbeiten“.

Doch auch im Inland geht die Verfolgung ehemaliger Gegner weiter. Neben dem Kübler'schen „Landauer Volksblatt“ gab es auch noch den Bayerischen Volksboten aus Griesbach an der Rott: „(20.2.34) In Griesbach i.R. wurde in der Nacht vom 1./2.Februar von unbekanntem Tätern an einer Türe zu den Räumen der Druckerei der Tageszeitung „Bayer. Volksbote“ ein Sprengkörper zur Entladung gebracht; hiedurch wurden die Türe und der dahinter befindliche Vorrat an Schreibbedarf soweit die Fenster mehrerer Nachbarhäuser beschädigt. Der „Bayer. Volksbote“ war früher Nachrichtenblatt des Bayer. Bauern- und Mittelstandsbunds. Der Herausgeber und Schriftleiter Luft hat vor den nationalem Umschwung in seinem Blatt die NSDAP wiederholt scharf angegriffen und gilt heute noch als ihr Gegner. Da hiewegen gegen Luft in der Bevölkerung eine ziemlich starke Erregung besteht, die ein weiteres tätliches Vorgehen gegen ihn befürchten ließ, wurde er vorläufig in Schutzhaft genommen“.

Im Bericht vom 20.2.34 gab es auch noch drei Kapitel zu den Zuständen an bzw. jenseits der Grenze: „Im Januar soll ein tschechischer Zollbeamter hart an der Landesgrenze bei Furth i. Wald auf tschechischem Gebiet einen Mann mit Hörnern in den Schnee gezeichnet und darunter geschrieben haben: Hitler parem“. – „Dem Vernehmen nach ist in der Tschechoslowakei eine weitere Herabsetzung des Goldgehalts der Währung und eine vorübergehende Sperre der Einfuhr von Rohstoffen geplant. Diese dürfte für die deutschen Industrieunternehmen an der Grenze sich ungünstig auswirken und die tschechische Konkurrenz stärken.“ - „Am ersten Sonntag im Februar hatte Eisenstein einen starken Fremdenverkehr aufzuweisen. drei Sonderzüge aus München und Regensburg brachten 3.000 Personen. Dazu kamen fünf Sonderzüge aus der Tschechei, sodass gegen 8.000 Personen das Arbergebiet besuchten. Zeitungsnachrichten zufolge beabsichtigt der Tatra-Hotel-Konzern die Erbauung weiterer Hotels an der Grenze“.

Am 5.3.34 berichtet der Regierungspräsident aus Niederbayern/Oberpfalz nach München: „Auch in manchen ländlichen Gemeinderäten bestehen wenig erfreuliche Zustände insofern, als einzelne Gemeinderatsmitglieder andere bekämpfen und wenig Sinn für Zusammenarbeit haben. Meist sind es junge unerfahrene Leute, die ihre Ansichten um jeden Preis durchsetzen wollen“.

Die Vorgänge im Nachbarland finden in den weiteren Berichten Erwähnung: „(5.3.34) Aus der Tschechoslowakei wird gemeldet, dass dort eine Inflation befürchtet werde. Die Sparkassen seien im abgelaufenen Monat von zahlreichen Sparern umlagert gewesen, die ihre Einlagen abheben wollten, aber nur geringe Teilbeträge erhielten.“ – „(19.3.34) Von der tsche-

choslowakischen Grenze waren in letzter Zeit Nachrichten über umfangreiche tschechische Truppenbewegungen an der Grenze verbreitet. Die Gerüchte stellen sich als Übertreibungen heraus. Es handelte sich um mehrtägige Übungen der Standorte Winterberg und Prachatitz. Zur Zeit sind alle Grenzorte wieder von Militär frei. Bemerkenswert ist lediglich der Umstand, dass die am 1.3.34 zur Entlassung bestimmten Mannschaften ohne nähere Zeitbestimmung zurückgehalten werden.“ – „(5.4.34) Zeitungsnachrichten zufolge haben die Tschechen im Grenzgebiet bei Schachten größere militärische Übungen abgehalten, an denen viele junge Offiziersanwärter teilnahmen.“ – „Nach Wallern (Tschechoslowakei) soll eine größere Zahl von Marxisten kommen, die aus Österreich geflohen sind (Schutzbundlager). Die dortige Bevölkerung, die schon früher mit Emigranten schlechte Erfahrungen machte, soll darüber stark erregt sein.“ – „Wegen Spionageverdachts wurde ein jüngerer Mann aus Buchwald (Tschechei), der durch seine häufigen Besuche im Bayer. Grenzgebiet aufgefallen war, von deutschen Zollbeamten festgenommen.“ – „In der tschechischen illustrierten Zeitschrift „A.J.Z.“ (*Anm.: Die Arbeiter-Illustrierte-Zeitung (A-I-Z) war eine zwischen 1921 und 1933 in Berlin und von 1933 bis 1938 im Prager Exil wöchentlich erschienene Zeitschrift*) erscheinen fortlaufend Artikel mit der Überschrift „Ein SS-Mann desertiert; Enthüllungen aus dem Leben eines SS-Mannes, von ihm selbst erzählt“. Das Bezirksamt Vohenstrauß hat der Polizeidirektion Regensburg mehrere Stücke der Zeitschrift zugesandt. In Frage stehen soll der frühere im Grenzschutzdienst in Georgenberg gestandene SS-Mann Haimerl, der nach Hohenfels versetzt, sich von da nach der Tschechoslowakei begeben haben soll.“

Am 4.5.34 berichtet der Regierungspräsident aus Niederbayern/Oberpfalz: „Die politische Lage ist im allgemeinen unverändert, es mehren sich aber die Anzeichen dafür, dass die Stimmung der Bevölkerung nicht mehr allenthalben so freudig und hoffnungsfroh ist als im vorigen Jahre.“

Doch die Nationalsozialisten stürzen sich nach der Ausschaltung der politischen Gegner nun auf die Kirche und ihre Anhänger: „Am 22.4.34 kam es in Wörth a.d. Donau zu Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der NSDAP und der D.J.K., die Tötlichkeiten zur Folge hatten. Der Sonderbeauftragte beim Bezirksamt Regensburg erließ – ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Bezirksamt – ein Tätigkeitsverbot für sämtliche katholischen Vereine.“ – „In der Stadt Straubing ist aufgefallen, dass aus Anlass der Anwesenheit des Diözesanbischofs fast ausschließlich in den bayerischen Landesfarben beflaggt war. Die einseitige Art der Beflaggung wurde auch in der Landbevölkerung abfällig beurteilt.“

Doch so ganz scheinen die politischen Gegner nicht mundtot gemacht zu sein. Die kleinsten Vorkommnisse werden strikt verfolgt: „In Regendorf, BezA Regensburg, wurde in der Nacht vom 21. auf den 22.4.34 ein Anschlag des Inhalts gemacht, dass die Schikane und Tyrannei bald zu Ende sein werde. Die Revanche sei vorbereitet und die Genossen hätten unter Einsatz ihres Lebens ihre Pflicht zu tun. Unterzeichnet war der Anschlag mit: „Vereinigte Oberleitung der SPD und KPD“. Der Täter ist unermittelt.“

Die Hochstimmung im Land schien etwas zu bröckeln, so ist zumindest der Bericht vom 18.5.34 zu interpretieren: „Gleichwohl ist die bereits im Gange befindliche Aufklärungsarbeit gegen die Kritiker und Miesmacher dringend notwendig.“ – „Auf dem Lande wird die Stimmung ungünstig beeinflusst durch schlechten Absatz und niedrige Preise der Erzeugnisse, Unzufriedenheit mit der Regelung des Eierabsatzes, die angeblich eine Verzögerung der Zahlungen für die Eier mit sich brachte, sowie mit der Schlachtsteuer und dem Erbhofgesetz. Die Geschäftsleute klagen z.T. über flauen Geschäftsgang und die Arbeiter über niedrige Löhne, die bei ungelerten Arbeitern nur wenig über den Unterstützungssätzen liegen.“

## Konflikte mit der Kirche

*„Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten habe ich geschwiegen; ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Jude. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“* – Das bekannte Zitat von Pfarrer (seit 1931) Martin Niemöller macht die Haltung der Kirche deutlich – Wenn Proteste, dann gegen Übergriffe der Nazis auf kirchliche Belange.

Niemöller war im Ersten Weltkrieg U-Boot-Kommandant, 1920 Freikorps-Kommandant in Münster und erst im Kirchenkampf und ab 1938 als Häftling im KZ Sachsenhausen (ab 1941 in Dachau) entwickelte er sich allmählich zum Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus.

---

Der Bericht am 4.6.34 stellt klar die Konfliktlinie gegenüber der Kirche dar: „Ein Teil der katholischen Geistlichkeit füge sich immer noch schwer in die neuen Verhältnisse und gibt Anlass zu unliebsamen Auseinandersetzungen. Demgemäß befriedigt auch das Verhältnis zwischen Hitlerjugend und konfessionellen Jugendverbänden nicht überall. Einige Vorfälle dieser Art haben in Straubing dazu geführt, dass der Stadtrat seine Beteiligung an der Fronleichnamsprozession und eine Schmückung der städtischen Gebäude bei diesem Anlass ablehnte. Nach Meldung des Bezirksamtsvorstands wird der dortige Sonderbeauftragte an die Bayer. Politische Polizei in München über die Vorgänge mündlich berichten“.

Und immer wieder geht es um Propagandamaßnahmen, die aus der Tschechoslowakei unterstützt werden: „In Waldmünchen wurde am 13.5.34 ein Sägearbeiter wegen Hochverrats festgenommen. Er ist an einer unter dem Betreff „Berhold u. Gen.“ Anhängigen Hochverrats-sache insofern beteiligt, als er marxistische Druckschriften, die aus der Tschechoslowakei eingeführt wurden, weitergab. Die Untersuchung in der Angelegenheit wird von der LKP Nürnberg geführt. Auch in der Stadt Weiden wurden acht Leute wegen gleicher Handlung inhaft genommen.“ – „Am 13.5.34 unternahm die H.J. Vohenstrauß eine Grenzfahrt nach Neudorf. Auf der Grenzstraße hielten die Führer eine Ansprache. Die jungen Leute wurden von jenseits der Grenze stehenden tschechischen Einwohnern, unter denen sich zwei aus Bayern Geflüchtete besonders hervortaten, belästigt. Das Bezirksamt hat die Gendarmeriemeldung über den Vorgang der Bayer. Politischen Partei vorgelegt“.

Im Gegensatz zur Ausschaltung der politischen Parteien, nimmt die katholische Bevölkerung die Angriffe auf die Kirche weniger gelassen hin. So heißt es im Bericht vom 20.6.34: „In einigen Orten hat die Beeinträchtigung der Fronleichnamsprozession durch das Verbot der Fahnen und Abzeichen der katholischen Verbände die Bevölkerung verstimmt.“

Auch die Sicherheitslage wird zunehmend schlechter, wobei die Sittlichkeitsvergehen besonders auffallen – und der einsetzende Schmuggel an der tschechischen Grenze: „Der bisher recht günstige Sicherheitsstand wurde in der Berichtszeit durch Zunahme der Zahl der Einbruchdiebstähle und Sittlichkeitsverbrechen beeinträchtigt.“ – „Wie früher das Bettlerunwesen, so bildet jetzt die Unmenge der Hausierer eine Plage für Stadt und Land. Ihr treiben ist nichts anderes als verkappte Bettel, den sie mit größter Unverschämtheit ausüben.“ – „Der Pferdeschmuggel an der tschechischen Grenze geht trotz verschiedener Aufgriffe weiter, da drüben alles weit billiger ist.“

Am 19.7.34 berichtet der Regierungspräsident aus Niederbayern/Oberpfalz: „Das scharfe Durchgreifen des Führers gegen die Verräter sowie seine rückhaltlose Aufklärungen über die Vorgänge vom 30.6.34 (Anm.: „Röhm-Putsch“) haben das Vertrauen der Bevölkerung zu ihm gesteigert und zahlreichen umlaufenden Gerüchten den Boden entzogen. Man erwartet, dass

mit der Säuberung der SA von unlauteren Elementen Ernst gemacht wird.“ – „Auf dem Lande wird die weitere Zusammenführung des Volkes zu nationalsozialistischem Denken noch manche Widerstände überwinden müssen. Diese gründen sich zum Teil auf frühere persönliche und politische Gegnerschaften und zum Teil auf Selbstsucht und Gleichgültigkeit der ländlichen Bevölkerung. Diesen Kreisen ist schwer beizukommen, da sie Aufklärungsveranstaltungen nicht besuchen und die nationalsozialistische Presse nicht lesen. Eine Besserung wäre wohl möglich, wenn die Geistlichkeit den Kampf des deutschen Volkes um den nationalsozialistischen Staat mehr als bisher fördern würde, statt – wie dies häufig der Fall ist – durch Wort und Tat ein Verhalten zu zeigen, das einer Ablehnung gleichkommt oder doch so ausgelegt werden kann.“

Im Bericht vom 5.9.34 geht es um die Volksabstimmung vom 19.8.34 – sowohl die Propagandamaßnahmen der politischen Gegner als auch die Verfolgung der „Nein“-Sager sind kennzeichnend: „Nach Bericht der Gendarmeriestation Eisenstein, BezA Regen, sind die deutschen Emigranten der KPD und SPD gegenwärtig wieder eifrig tätig in der Herstellung von Gräuel- und Hetzschriften gegen Deutschland. Gerade im Grenzgürtel entfalten sie eine rege Tätigkeit.“ – „Die Volksabstimmung am 19.8.34 ist im allgemeinen ruhig und ungestört verlaufen. Von den früheren politischen Parteien wurde keine Tätigkeit beobachtet. Die gegenüber dem November 1933 erhöhte Zahl der Nein-Stimmen dürfen nicht als Folge der Vermehrung der Gegner anzusehen sein, sie ist vielmehr in der Hauptsache zurückzuführen auf Missstimmungen gegen örtliche Unterführer und Maßnahmen der Reichsregierung, mit denen die Landwirtschaft noch nicht allgemein einverstanden ist, wozu z.B. das Reichserbhofgesetz und die Getreide-, Butter- und Eierwirtschaft zu rechnen ist.“ – „Bürgermeister, Lehrer Stockhammer in Essenbach, dessen Amtsführung Unzufriedenheit und Erregung hervorgerufen hat, der aber eine Unfähigkeit nicht erkannte, sich verfolgt glaubte und eine Opposition gegen die Bewegung vermutete, ist auf Veranlassung der Gauinspektion als Bürgermeister zurückgetreten.“ – „(5.10.34) Im Amtsbezirk Regensburg ließ ein Bürgermeister, der vom Bezirksamtsvorstand über die Ursachen der vielen Nein-Stimmen in seiner Gemeinde befragt wurde, durchblicken, dass ihm bekannt sei, welche Gemeindeangehörigen mit Nein gestimmt hätten. Zur Rede gestellt, berief er sich auf die Ausführungen des Gauleiters in einer Bürgermeisterversammlung in Regensburg, wo der Gauleiter ausdrücklich gesagt habe, die Bürgermeister sollten dafür sorgen, dass sie die Nein-Stimmen heraus bringen. Er habe dazu den Gemeindegeschreiber und den Gemeindediener ins Vertrauen gezogen. Der Bezirksamtsvorstand hat den Bürgermeister ernstlich darauf hingewiesen, dass nach dem Willen des Führers und Reichskanzlers die geheime Abstimmung unter allen Umständen zu gewährleisten war und dass ausser den drei Beteiligten niemand davon erfahren dürfe. Von einem Disziplinarverfahren glaubte der Bezirksamtsvorstand nach Sachlage absehen zu sollen.“ – „Auch in einer anderen Gemeinde des Amtsbezirks Regensburg seien die Ausführungen des Gauleiters im gleichen Sinne wie oben ausgelegt worden zu sein, was zu einer Beschwerde gegen den Wahlleiter und Bürgermeister sowie gegen den Stützpunktleiter Anlass gab.“

Weiterhin sorgen Regimegegner für Unruhen – wenn auch nur vereinzelt und meist unter Alkoholeinfluss: „(9.11.34) In St.Englmar, BezA Bogen, wurde gegen einen Vorarbeiter Strafanzeige erstattet, weil er sich in einem Gasthause dahin ausließ, dass der Bürgerkrieg nicht ausbleiben werde und dass die Kommunisten bald wieder zur Rettung und Schaffung von Ordnung kommen müssten.“ – „In Bach, BezA Regensburg, wurde ein unverbesserlicher Kommunist, der erst Ende August aus dem Lager Dachau entlassen worden war, in Schutzhaft genommen, da er in einer Wirtschaft äußerte, in einem Jahr kämen die Kommunisten wieder ans Ruder.“ – „In Regen musste ein früheres Mitglied der NSDAP wegen Hetzreden in Schutzhaft genommen werden.“

Am 9.11.34 meldet der Regierungspräsident Niederbayern/Oberpfalz nach München: „Von der Landesgrenze wird gemeldet, dass z.Z. im Forsthaus Böhmisches Rachelhaus und in der Ortschaft Mader eine Abteilung tschechischer Sokols (ca. 200 Mann) .(Anm.: *Sokol = nationaler, patriotisch geprägter tschechischer Turnerbund*) Geländeübungen abhält. Ob die Abteilung mit Waffen versehen ist, konnte nicht festgestellt werden.“ – Am 1.11.34 meldeten sich auf der Gendarmeriestation Neukirchen hl. Blut, BezA Kötzing, zwei tschechische Deserteure. Sie wurden bis zum Entscheid der zuständigen militärischen Stelle in Polizeigewahrsam genommen. Beide sind im Deutschen Reich geboren; der eine ist von Hamborn, der andere von Weichs bei Regensburg. Sie sind dem Artillerie-Regiment in Pilsen entlaufen.“

Gleichzeitig laufen Manöver auf bayerischer Seite, die beim Regierungspräsident Niederbayern/Oberpfalz für Unmut sorgen: „Die SA des Standortes Weiden hielt am 14.10.34 in der Umgegend eine größere Geländeübung mit Kavalleriespitze, Sanitätseinrichtungen, Vernebelung, Gasmasken usw. ab. Artillerie und Minenwerfer wurden mit großem Krachen und Rauchaufwand angedeutet. Solche Übungen, die sicher gut gemeint sind, sollten in der Nähe der Landesgrenze unterbleiben, da sie im Ausland falsche Vorstellungen über die Aufgaben und Verwendung der SA erwecken. Der Prager Sender soll übrigens diese Übung schon eine Woche vorher angekündigt haben.“

Die Aktivitäten an der bayerisch/tschechischen Grenze bleiben weiter im Fokus des Regierungspräsidenten. So meldet er am 7.12.34 nach München: „Am 14.11.34 traf die kommunistische Emigrantin Irmgard Besier (Anm.: *geb. 5.6.1902 in Maffendorf CSR, gest. 23.3.42 Auschwitz-Birkenau*) aus der Tschechoslowakei auf ihrer Durchreise in Zeitlarn bei Regensburg mit einheimischen Kommunisten (aus Zeitlarn und Regendorf) zusammen, wobei kommunistische Belange erörtert wurden. Die Tschechin wurde einige Tage darauf festgenommen und in das Landgerichtsgefängnis Regensburg überstellt. Das Bezirksamt hat hierüber der Bayer. Politischen Polizei ausführlich berichtet.“ – „Am 28.11.34 meldete sich in Wegscheid ein tschechischer Deserteur. Aus seinen Aussagen ist von besonderem Interesse, dass am 26. Juli in der Tschechoslowakei an alle Gemeinden ein Mobilmachungsbefehl hinausgegeben worden ist, der alle gedienten Soldaten innerhalb 24 Stunden zu den Waffen rief. Die Aktion soll sich gegen Österreich gerichtet haben (Anm.: *26.7.34 Anschlag auf Dollfus, 27.7.34 Grenzzwischenfall bei Kollerschlag an der deutsch-österreichischen Grenze*)“

Am 8.1.35 meldet der Regierungspräsident Niederbayern/Oberpfalz nach München: „Im Amtsbezirk Vohenstrauß wurde an einem Grenzflusstieg eine Menge Flugblätter aufgefunden, die in der Tschechoslowakei hergestellt und vermutlich von einem dort ansässigen bekannten sozialdemokratischen Agitator verbreitet wurden.“ – „(7.3.35) In Hirschau, BezA Amberg, kamen drei ehemalige Mitglieder der SPD in begründeten Verdacht, Militärwaffen in der Absicht verwahrt zu haben, sie zu hochverräterischen Plänen verfügbar zu halten. Nach Durchführung der Erhebungen fand jedoch die Staatsanwaltschaft keinen Anlass zur Einleitung eines Strafverfahrens wegen versuchten Hochverrats.“ – „Es fällt schwer, Anhänger der KPD und sonstiger Staatsfeinde festzustellen, da diese Leute ihre wahre Gesinnung meist nur unter Alkoholeinfluss kund tun.“

Schon Ende 1934 flog die Regensburger SPD-Gruppe auf. Im „großen Spionage- und Hochverratsprozess in München“ wurden 45 Sozialdemokraten zu jahrelangen Freiheitsstrafen verurteilt. Der 23-jährige Regensburger Hans Weber musste für vier Jahre ins Zuchthaus. Danach kam er ins KZ Esterwegen. Der Bericht des Regierungspräsident aus Niederbayern/Oberpfalz am 7.3.35 dazu: „Seit einiger Zeit werden am Obersten Landgericht in Teilverhandlungen ein Hochverratsprozess gegen SPD-Anhänger durchgeführt, die es unternommen haben, von der Tschechoslowakei aus eingeschmuggeltes Zersetzungsmaterial in Nordbayern zu verbreiten. Die Flugschriften sind bei Furth i. Wald (BezA Cham) über die grüne Grenze gebracht worden. Nach langer Beobachtung durch die Politische Polizei der Polizeidirektion

Nürnberg-Fürth war es gelungen, die Beteiligten aus Furth i. Wald und Fichtenbach (Tschechoslowakei) zu ermitteln.“

In diesem Zusammenhang beklagt sich Regierungspräsident F. Frhr. von Holzschuher: „Durch Errichtung einer Grenzpolizei-Kontrollstelle in Furth i. Wald, die zur Grenzpolizei-stelle Eger gehört und unmittelbar der Bayer. Politischen Partei untersteht, ist das Bezirksamt und die Regierung von vielen Nachrichtenangelegenheiten ausgeschaltet. Meldungen und beschlagnahmte Zeitungen gehen unmittelbar nach München. Für ein Grenzamt und für die Regierung ist es unerlässlich, von den Vorgängen wenigstens durch Abdruck der Berichte unterrichtet zu werden.“

Ein Schwerpunkt regimekritischer Aktivitäten ist immer wieder das Eisenwerk Maxhütte. Hierzu auch der Bericht vom 7.5.35: „Anhaltspunkte für die Geheimarbeit der KPD ergeben sich aus folgendem: Bei den Vertrauensratswahlen im Eisenwerk Maxhütte, BezA Burglengenfeld, haben von 1460 Wahlberechtigten 350 überhaupt nicht abgestimmt, 188 weitere Stimmen waren zweifellos absichtlich ungültig gemacht. Nach diesem Ergebnis hängt etwa 1/3 der Belegschaft noch dem Kommunismus an. Dies ergibt sich auch aus der Geheimagitation innerhalb des Werks durch Anbringung von Anschriften, wie „Rotfront“ Arbeiterinnen und Arbeiter, Adolf Hitler ist gegen uns!“ Über der Abschriften war ein Sowjetstern. Die Täter konnten nicht ermittelt werden. Möglicherweise war das Abstimmungsergebnis durch den Umstand nachteilig beeinflusst, dass der Werksbetrieb der Maxhütte in Haidhof im April und vor Ostern in erheblichem Umfang zur Kurzarbeit übergehen musste, wodurch es im Zusammenhang mit den bei der Maxhütte üblichen Abrechnungsverfahren vorkam, dass viele Arbeiter an den Zahltagen nur einige Mark ausbezahlt erhielten. Es ist angezeigt zu prüfen, ob nicht in der Form der Abrechnung der Gefolgschaft entgegengekommen werden kann.“ – „(7.6.35) Als Ausfluss staatsfeindlicher Bestrebungen ist die Tatsache zu verzeichnen, dass immer wieder über führende Personen des Staates und der Bewegung bösertige Gerüchte in Umlauf gesetzt werden; in einigen Fällen konnten die Verbreiter festgestellt werden; die Urheber der Gerüchte werden in der Tschechei zu suchen sein. Es ist aber zweifellos auch innerhalb der Reichsgrenzen noch eine Gegnerschaft vorhanden, die nicht zu unterschätzen ist. Ein Bezirksamtsvorstand bemerkt dazu: „Die Tatsache, dass die meisten Arbeiter jetzt der Deutschen Arbeitsfront angehören, darf nicht überschätzt werden. Es wurde berichtet, dass die Arbeiter unter sich und innerlich oft anders eingestellt seien, dass innerlich auch heute noch etwa 50 v.H. Gegner des Nationalsozialismus seien.“ Nach dem Ergebnis der Vertrauensratswahlen im Eisenwerk Maxhütte, BezA Burglengenfeld, sind von 1460 Wahlberechtigten noch immer ein Drittel Anhänger der KPD.“

Doch auch die ehemaligen SPD-Anhänger werden weiterhin überwacht und schikaniert: „In Erbdorf, BezA Neustadt a.d. Waldnaab, hat eine am 4.4.35 auf Anregung des Kreisleiters durch zehn aus der Umgebung zusammengezogener Gendarmeriebeamte schlagartig durchgeführte Haussuchung bei zehn ehemaligen „Marxisten“ nichts Belastendes ergeben; der Verdacht der heimlichen Fortführung der SPD fand keine Bestätigung.

Am 7.6.35 meldet der Regierungspräsident Niederbayern/Oberpfalz zur Stimmung im Nachbarland: „Die Befürchtung kriegerischer Verwicklungen, die mancherorts namentlich in Grenzgemeinden herrschte, ist zerstreut. Ebenso hat die Verkündigung des Wehrgesetzes allenthalben freudigen Widerhall ausgelöst. Der Wahlerfolg der Sudetendeutschen Heimatfront in der Tschechei wurde mit großer Befriedigung aufgenommen; er wird als ein Erfolg der Entwicklung der innerdeutschen Verhältnisse gewertet. Infolge des Kampfes gegen das Deutschtum in der Tschechei, der auch mit Flugblättern und Klebezetteln geführt wird, stellen sich bei den deutschen Grenzbehörden zahlreiche Flüchtlinge ein, deren Vorbringen allerdings mit der nötigen Vorsicht aufgenommen wird und die meist unauffällig wieder überstellt

werden.“ – „Der Schmuggel blüht, wiederholt ist es schon zu Zusammenstößen zwischen Beamten und Schmugglern gekommen. Vom Amtsgericht Passau wurden am 28.5.35 zehn Schmuggler aus Wegscheid und Umgebung verurteilt, an Strafen wurden ausgesprochen 70 Monate Gefängnis und rund 80.000 RM Geldstrafen. Die Haupttäter sind vermögenslos, die Anwesen gehören meist den Frauen und Kindern.“

Ein Feuerbestattungsverein als Tarnorganisation! Der Regierungspräsident berichtet am 8.7.35: „In Amberg wurde kürzlich festgestellt, dass so ziemlich alle ehemaligen KPD- und SPD-Funktionäre Mitglieder des großdeutschen Feuerbestattungsvereins sind, sodass der Verdacht besteht, in dem Verein werde illegal gegen den Staats gearbeitet: zwei Personen wurden verhaftet.“ – „Auch in Sulzbach-Rosenberg wurde eine Werbestelle für den Verein festgestellt; die Mitglieder im Bezirk Sulzbach setzen sich fast ausschließlich aus früheren Mitgliedern der KPD zusammen.“

Auch über eine tschechische Diebesbande wird am 8.7.35 berichtet: „Im Bezirk Vohenstrauß haben die nächtlichen Diebstähle stark zugenommen; der Verdacht richtet sich gegen eine Diebesbande in Böhmischn-Neuhäusl, Tschechei, die aber trotz der Zusammenarbeit der reichsdeutschen und der tschechischen Gendarmerie noch nicht auf frischer Tat ertappt werden konnte; die Gendarmerie des Bezirks wurde um sechs Mann verstärkt.“

Weiter hieß es aus dem Grenzgebiet: „Ein Mechaniker aus Furth i. Wald, der in Vollmau, Tschechei, mit „Heil Hitler“ grüßte, wurde verhaftet und in das Bezirksgericht Taus eingeliefert.“ – „Der Zugang der Flüchtlinge aus der Tschechei hält noch an, sie werden meist sofort wieder über die Grenze gestellt.“ – „(9.8.35) An der Grenze bei Wegscheid blüht der Schmuggel, namentlich mit Pferden und mit Schmalz, vor allem infolge der großen Preisunterschiede diesseits und jenseits der österreichischen Grenze. Ein tschechisches Remontedepot (militärische Einrichtung zur Ausbildung junger Pferde) in Hostau und dessen Zweigstellen wurden am 12. Juli 35 von zwei russischen Generälen in Zivil zusammen mit mehreren tschechischen Offizieren besichtigt.“

Der Bericht vom 9.8.35 dreht sich wieder einmal um die Propaganda-Aktionen aus der Tschechoslowakei: „In Amberg wurde der frühere Landtagsabgeordnete Christian Endemann (*Anm.: SPD-Landtagsabgeordneter und Leiter der Eisernen Front wurde nach dem Krieg Oberbürgermeister der Stadt Amberg, Ab 1933 war er in verschiedenen Gefängnissen und in den KZ Dachau und Flossenbürg*) und in der dortigen Gegend der frühere Kommunist Georg Heuberger (Bauhilfsarbeiter) mit einigen Genossen festgenommen, weil sie verdächtig sind, mit ausländischem Propagandastellen in Verbindung zu stehen. Besonders über die tschechoslowakische Grenze scheinen diese Verbindungen der marxistischen Kreise sehr rege zu sein. Eine starke Tätigkeit entfaltet der frühere sozialdemokratische Parteisekretär Eckert in Tachau (Tschechoslowakei), der außer mit ehemaligen Marxisten auch mit Angehörigen der Schwarzen Front Verbindung unterhalten soll. Das gleiche gilt für den früheren (marxistischen) SPD-Funktionär Fritz Schopper aus Floß (*Anm.: schon im März 1933 wurden Georg Weig, Michael Wolfelner, Georg Münchmeier, Kurt Ledermann, Hans Röckl und Fritz Schopper als Mitglieder der "Eisernen Front" verhaftet*).“ – „Der reichsverwiesene Kommunist Franz Spießl, der sich gewöhnlich in Karlsbad aufhält, soll kürzlich in Altenstadt a.d. Waldnaab gesehen worden sein; er konnte aber flüchten. Eine lebhaft kommunistische Tätigkeit, namentlich in Versammlungen, wird aus dem Grenzgebiet in der Tschechoslowakei berichtet. Die Grenzsicherung gegen diesen Nachbarstaat scheint nicht ganz zu genügen, es werden immer wieder Personen getroffen, die ohne Pass zu Fuß oder mit dem Fahrrad sich in das Reichsgebiet begaben. In Weiden wurde ein Tscheche festgenommen, der nach seinem Geständnis von tschechischen Nachrichtenagenten beauftragt war, die Kaserne in Weiden und die militärischen Anlagen in Grafenwöhr zu fotografieren“ – „Berichtet wird auch, dass

sich in der Deutschen Arbeitsfront radikale Elemente befinden, die die Arbeiterschaft aufhetzen“.

Am 9.9.35 meldet der Regierungspräsident Niederbayern/Oberpfalz: „Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, dass unter der Arbeiterschaft namentlich unter den Notstandsarbeitern kommunistische Hetzer am Werke sind. Jenseits der Grenze hat eine große kommunistische Agitation eingesetzt, die sich offenbar auch im Grenzgebiet bemerkbar macht.“ – „Nach vertrauenswürdigen Nachrichten werden Hetzschriften aus der Tschechei eingeschmuggelt; die Fahndung nach den Schmugglern war bisher erfolglos, es werden auch keine Wahrnehmungen gemacht, dass die Flugschriften in reichsdeutschen Grenzorten verteilt wurden. Es besteht die Möglichkeit, dass die Flugschriften sofort durch Kuriere in das Innere des Reichs geschafft werden oder dass die Schmuggler mehr an der sächsischen Grenze arbeiten.“

Doch auch im Inland gibt es weitere Versuche von Sozialdemokraten, sich wieder zu organisieren: „Die Polizeidirektion Regensburg hat den „Madrigalverein Regensburg“ aufgelöst, dem viele Mitglieder der aufgelösten sozialdemokratischen „Regensburger Volkschores“ angehörten. Sie hat nach zweijähriger Beobachtung festgestellt, dass der Madrigalverein sich zwar mit der Pflege des deutschen Lieder befasste, dass aber unter seinen Mitgliedern, die zu mehr als 2/3 aus ehemaligen Marxisten bestanden, alte Verbindungen angeknüpft und aufgenommen wurden und unter dem Deckmantel des Madrigalvereins Ausflüge, Kegel- und Kartenabende veranstaltet wurden. Der Verein war ein Sammelbecken ehemaliger Marxisten (Anm.: =Sozialdemokraten)“. (Anm.: Der Madrigalverein Regensburg wurde anschließend verboten)

Über einen weiteren Fall der Gleichschaltung regionaler Presse berichtet der Ministerpräsident auch am 9.9.35: „Der Verleger der „Bayerischen Wald-Zeitung“ Ludwig Dötsch in Zwiesel, der die SA beleidigt hatte, verließ am 17.8.35 wegen der Erregung der Bevölkerung fluchtartig Zwiesel; die Zeitung hat ihr Erscheinen eingestellt. (Anm.: Dötsch wurde bereits 1933 vorübergehend inhaftiert und nun von August bis Dezember in Stadelheim inhaftiert. Dötsch kam wegen Verweigerung der Teilnahme am Volkssturm auch Nov/Dez 1944 in Haft. Er war Mitbegründer der CSU in Ndb. 1945 und wurde von den Amerikanern als Bürgermeister in Zwiesel eingesetzt, anschließend war er kurzzeitig Landrat in Regen) – Kurze Zeit später wurde auch der Erbdorfer Volksbote (Schriftleiter und Verleger Josef Ponnath) und die Tageszeitung „Bote vom Hohen Bogen“ in Neukirchen b. hl. Blut, BezA Kötzing eingestellt, ebenso das Neumarkter Wochenblatt.

Die Berichte des Regierungspräsidenten Niederbayern/Oberpfalz werfen auch oft ein Licht auf die Lebensumstände in der Region. So auch der am 9.9.35: „Erwähnenswert ist der Bericht über die Musterung in einem Bezirk des Bayerischen Waldes: „Auffällig war, dass etwa 75% der Gemusterten mehr oder minder an Fußbeschwerden (Plattfüßen) leiden. Zum Teil dürfte dies auf das hier allgemein übliche Holzschuhtragen zurückzuführen sein. Fast 90% der Gemusterten kennen anscheinend eine Zahnpflege überhaupt nicht. Bei vielen Wehrpflichtigen war der Zustand der Zähne derart schlecht, dass sie nur für bedingt tauglich erklärt werden konnten. Auffallend war auch, dass ziemlich viele in der Landwirtschaft beschäftigte Wehrpflichtige körperlich unterentwickelt sind, was anscheinend von zu schwerer körperlicher Arbeit in früher Jugend herrührt.“

Auch aus dem Grenzgebiet zu Tschechien wurde berichtet: „Im Juli waren in Furth i. Wald, BezA Cham, elf uniformierte tschechische Jungen der Sokol-Jugend Taus, die in Besitz eines Tagesausweises waren, der zum Grenzübertritt berechtigte. Es wird von der Bevölkerung nicht verstanden, dass uniformierte Sokol-Jugend in Deutschland geduldet wird. (Anm.: Sokol = nationaler, patriotisch geprägter tschechischer Turnerbund)“ – „In St. Katharina (Böh-

misch-Luft) in der Tschechoslowakei – etwa 300 m von der Reichsgrenze entfernt – soll eine tschechische Schule errichtet werden, obwohl die Bevölkerung außer den Zollbeamten ganz deutsch ist.“ ( *Anm.: Am 9.10.36 wird die Fertigstellung der Schule gemeldet, mit der Folge dass tschechische Zollbeamte mit mehreren Kindern an die Grenze versetzt wurden.*)

Der Regierungspräsident Niederbayern/Oberpfalz berichtet am 8.10.35 über weitere „staatsfeindliche“ Aktionen: „Die Polizeidirektion Nürnberg-Fürth ist mit Erhebungen wegen der Einfuhr marxistischer (*Anm.: = sozialdemokratischer*) Schriften aus der Tschechoslowakei befasst; eine Reihe von Verhaftungen soll bevorstehen.“ - „Ein Kommunist aus Fürth i.Wald, der schon über zwei Jahre im Konzentrationslager Dachau interniert war, wurde am 26.9.35 festgenommen, weil er im Verdacht steht, einen wegen illegaler Umtriebe verfolgten Kommunisten von Regensburg auf der Flucht begünstigt zu haben.“

Außerdem wird berichtet: „In Passau wurde am 22.10.35 auf der Feste Oberhaus die erste Thingstätte der Ostmark eingeweiht“. (*Anm.: Als Thingplätze oder Thingstätten werden Freilichttheater bezeichnet, die zwischen 1933 und 1936 für die Thingbewegung der Nationalsozialisten errichtet und später auch für politische Kundgebungen verwendet wurden – die in Passau gibt es noch heute.*)

Am 7.11.35 meldet der Regierungspräsident Niederbayern/Oberpfalz: „Der unbefugte Grenzübertritt deutschstämmiger tschechoslowakischer Staatsangehöriger nimmt stark zu; in einer Woche im September wurden im Bezirk Wegscheid allein vier Fahnenflüchtige und mehrere sonstige tschechische Flüchtlinge angehalten.“ - „Der Schmuggel von Böhmen nach Deutschland ist sehr zurückgegangen, der Hauptgrund soll darin liegen, dass für eine Reichsmark jetzt nur noch sechs tschechische Kronen bezahlt werden gegen bisher etwa acht cKr. und dem amtlichen Kurs von über zehn cKr. weshalb ein Gewinn nicht mehr zu erzielen sei.“ - „Schwer belastend wirkt sich aber die Braunkohleneinfuhrsperre bzw. die Kontingentierung der böhmischen Braunkohle aus. Die deutschen Braunkohlenbriketts sind zwar an Heizkraft und Güte gleichwertig, doch ist der Preis fast doppelt so hoch wie der der böhmischen Braunkohle.“

Im Bericht vom 9.12.35 ist erstmals die Verknappung von Lebensmitteln und der Schleichhandel ein wichtiges Thema: „Die Verknappung einzelner Lebensmittel hat anscheinend Gegner von Staat und Bewegung die Zunge gelöst: gegen mehrere Personen wurde Strafanzeige wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz erstattet.“

---

### **„Der Kleine Widerstand“**

Mehr als 12.000 Verfahren gab es allein in Südbayern gegen mutige Bürgerinnen und Bürger, die während der NS-Zeit wegen kritischer Äußerungen gegen den Nationalsozialismus oder das Abhören von Fremdsendern beschuldigt wurden. Es handelte sich zwar nicht um Widerstandskämpfer vom Kaliber eines Dietrich Bonhoeffer, aber es ist wichtig aufzuzeigen, dass es auch in unserer Region Widerstand gegen den NS-Staat gab. Jeder Fall ist – gemessen an der Quantität der Unterlagen – bemerkenswert und es gibt ein mehr oder weniger dickes Buch an Aktenunterlagen. Vor allem Bauern und einfache Arbeiter, aber auch einige Geistliche und Akademiker äußerten sich kritisch gegenüber dem NS-Unrechtsstaat - sie wurden angezeigt, vielen von ihnen wurde der Prozess vor einem Sondergericht gemacht und eine ganze Reihe wurde zu drastischen Strafen verurteilt. Die ausführlichen Akten dokumentieren das Schicksal der Betroffenen und deren Familien. Die Unterlagen zeigen aber auch auf, dass es vielfach Gesuche von Nachbarn, und Unternehmern aus der Region gegeben hat, die sich - trotz der eigenen Gefährdung - für die Beschuldigten eingesetzt haben, meist jedoch ohne Erfolg. Wichtig ist es aber auch aufzuzeigen, dass Presse- und Meinungsfreiheit, zwei Grundrechte, die für uns heute selbstverständlich sind, in einer Diktatur

---

wie es der NS-Staat war und wie ihn die Nationalisten heute wieder installieren wollen, nicht geboten sind.

---

Am 9.12.35 wird über weitere „staatsfeindliche“ Aktionen berichtet: „Die Kommunisten versuchen ihre Wühlarbeit fortzusetzen. In Reichenberg, BezA Grafenau, hat am 10.11.35 ein Hausierer aus München in einer Wirtschaft für den Kommunismus geworben; der Wirt und acht Gäste wurden wegen Teilnahme an einer kommunistischen Versammlung festgenommen, sind aber inzwischen wieder aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Nach dem Hausierer wird noch gefahndet.“ - „Im Keller eines Hauses in Straubing wurden marxistische (*Anm.: =sozialdemokratische*) Hetzschriften aus jüngster Zeit gefunden; eine Person wurde von Beamten der politischen Polizei Nürnberg festgenommen und nach Nürnberg überführt“ - „Neuerdings wurde festgestellt, dass eine Verbindung kommunistischer Kreise im Grenzgebiet mit Emigranten in der Tschechei besteht; die Untersuchung ist noch im Gange.“ - „Im Bezirk Bogen wurde ein Kommunist festgenommen und nach Dachau überführt, weil er eine Versammlung des Winterhilfswerks durch Zwischenrufe wie „Heil Moskau“ und beleidigende Äußerungen gegen den Führer, Partei und Staat gestört hatte.“ - „Auch gegen einen Porzellanarbeiter aus Selb, der bei Verwandten im Bezirk Grafenau kommunistische Ideen vertreten hatte, wurde Strafanzeige erstattet.“ - „In Straubing waren am 14.12.35 an verkehrsreichen Plätzen Karikaturen aus Zeitungen angeklebt, die eine Verhöhnung des Führers und der NSDAP enthielten.“

Am 7.1.36 meldet der Regierungspräsident Niederbayern/Oberpfalz nach München: „Zur 15. Jahresfeier der Ortsgruppe Landshut der NSDAP am 8.12.35 fand sich – begeistert begrüßt – der Führer ein und sprach in längeren, immer wieder von stürmischem Beifall unterbrochenen Ausführungen über die gegenwärtige politische Lage und die dem deutschen Volke gestellten großen Aufgaben. Der Feier wohnte auch der neue Gauleiter bei.“ (*Anm.: Mit der Gründung einer Ortsgruppe der NSDAP im Oktober 1920 sollte Landshut in den nächsten Jahren zu einer Hochburg kerngerechter Ideologie werden. Als fünfte Ortsgruppe außerhalb Münchens entwickelte sie sich zur stärksten und aktivsten Gruppe Südbayerns. 1921 gab es die ersten beiden Auftritte Adolf Hitlers in Landshut. Das prominenteste Mitglied der Landshuter Ortsgruppe trat 1922 in Erscheinung: Der Apotheker Georg Strasser wurde nur wenige Wochen nach seinem Beitritt zum stellvertretenden Vorsitzenden der Partei gewählt. Strasser, damals der zweite Mann der NSDAP nach Hitler, entwickelte sich zu dessen stärkstem Konkurrenten – wenige Wochen vor der Jubelfeier fiel er den Säuberungen bei der SA („Röhm-Putsch“) zum Opfer.*)

Außerdem stellt der Regierungspräsident am 7.1.36 klar: „Gegen Hamsterer und Schleihändler wird scharf durchgegriffen. Zur nachdrücklicheren und rascheren Unterbindung von Gesetzesübertretungen bei Preisforderungen wäre eine Änderung in der Strafandrohung wünschenswert. Das Ordnungsstrafverfahren gemäß §5 der Anordnung über Butterpreise vom 12.1.35 – GVBl.S.28 – mit Art. 21 PStGB hat keine genügende abschreckende Wirkung. Zu einem wirksamen und eindrucksvollen Vorgehen gegen Volksschädlinge dürfte eine klare und bestimmte Strafnorm nötig sein, die das staatsfeindliche Verhalten, z.B. die Höchstpreisüberschreitung usw. in allen Fällen mit strenger gerichtlicher Strafe bedroht. Dann kann ohne weiteres zur Verhinderung dieser strafbaren Handlung Polizeihaft verfügt werden, was wohl in vielen Fällen besonders landwirtschaftlichen Erzeugern gegenüber zweckmäßiger wäre als sofortige Einschaffung ins Konzentrationslager. Mit der Strafnorm sollte eine gesetzliche Bestimmung verbunden sein, wonach die gehamsterte Ware beschlagnahmt und z.B. dem Winterhilfswerk überwiesen werden kann.“

Auch folgender Bericht wurde am 7.1.36 weitergeleitet: „Bei Verfolgung von Schmugglern wurde am 21.12.35 im Gemeindebezirk Vorderbuchberg, BezA Kötzing, der als geriebener

Schmuggler schon längst verfolgte Häusler Alois Iglhaut von Grauhof, Gem. Atzlern, von einer Grenzwachpatrouille angeschossen. Er ist am 24.12.35 an den Folgen der Schussverletzung gestorben. Bei der Beerdigung war eine derart starke Beteiligung, wie sie seit Jahren selbst bei den angesehensten Verstorbenen nicht beobachtet worden ist. Nach Ansicht des Bezirksamts war wohl eine Anzahl Neugieriger darunter, ein großer Teil aber sei bestimmt demonstrativ mitgegangen. Bei der Kranzniederlegung fielen keinerlei abfällige Äußerungen. Am 22.12.35 erwiderte ein Gesinnungsgenosse des Erschossenen einem Zollbeamten auf den Gruß „Heil Hitler“ mit den Worten „Nichts mehr Hitler“. In Rittsteig wurde ein Zettel angeschlagen des Inhalts: „Frankentaler und Stolz (das sind die Zollbeamten der fraglichen Grenzwachpatrouille) sind die Mörder, mit diesen kann sich das Dritte Reich groß machen.“ Die Erhebungen sind noch im Gange. Der erschossene Iglhaut war Inhaber eines Grenzscheines. Im abgelaufenen Jahre sind wiederholt Grenzscheininhaber als Schmuggler festgestellt worden. Die Verschärfung der Bestimmungen über Grenzscheine ist zur Bekämpfung des Schmugglerunwesens dringend notwendig.“

Am 6.2.36 meldet der Regierungspräsident Niederbayern/Oberpfalz nach München: „Gegen mehrere Metzger, Händler und Aufkäufer wurden wegen Überschreitung der zulässigen Verkaufspreise und Vergehen gegen die Gewerbepolizei mit Strafanzeige vorgegangen.“ - „Im Bezirk Eggenfelden wurden zwei Lebensmittelhändler wegen Höchstpreisüberschreitungen in Schutzhaft genommen; in Straubing wurde der Inhaber einer Lebensmittelgroßhandlung wegen erheblicher Überschreitung der Höchstpreise für Butter, Butterschmalz, Speck und Fett in Schutzhaft genommen“.

Auch die fortschreitende Gleichschaltung der Presse ist dokumentiert: „Der Gauverlag Bayerische Ostmark GmbH in Regensburg hat in folgenden Erscheinungsorten die Tageszeitung übernommen: Cham, Furth, Eggenfelden, Landau a.d. Isar, Griesbach, Neumarkt, Regen, Viechtach und Vilsbiburg.“

Schließlich folgen noch Berichte über die Grenzregion: „Über den Grenzvorfall am 13.1.36 - Verhaftung von zwei deutschen Gendarmen, die bei der Verfolgung von Holzfrevlern die Grenze überschritten und Alarmschüsse abgegeben hatten, durch zwei tschechoslowakische Gendarmen – wurde gesondert berichtet. Die tschechoslowakische Bevölkerung jenseits der Grenze lebt teilweise in elenden Verhältnissen; in den reichsdeutschen Ortschaften und Einöden wurden immer wieder Diebstähle und Einbrüche von Bewohnern jenseits der Grenze ausgeübt.“ - „In der Nacht vom 17. auf 18. Januar wurde wieder ein Einbruchdiebstahl in Altglashütte, BezA Tirschenreuth, verübt, die Täter sind jedenfalls in Böhmen zu suchen. Die Gendarmerie, die verstärkt wurde, ist angewiesen, mit aller Strenge gegen das Diebsgesindel vorzugehen.“

Am 6.3.36 meldet der Regierungspräsident Niederbayern/Oberpfalz weiteres Vorgehen gegen Preisüberschreitungen: „Wegen Preisüberschreitung musste wiederholt vorgegangen werden. In Schutzhaft kamen: Ein Lebensmittelgroßhändler und ein Metzgermeister aus Straubing, ein Viehaufkäufer im Bezirk Dingolfing, ein Großviehhändler in Vilsbiburg, fünf Butter- und Butterschmalzhändler im Bezirk Eggenfelden und acht Personen im Bezirk Bogen.“

Außerdem werden wieder zahlreiche Delikte nach dem Heimtückegesetz, vermehrt gegen kirchliche Würdenträger, aufgeführt: „Das Amtsgericht Landau a.d.Isar hat einen Gütler, der 1919 Rädelsführer der Kommunisten war, wegen Beleidigung des Bürgermeisters von Landau a.d. Isar, des Kreisleiters und des Gauleiters Streicher zu 8 Wochen Gefängnis verurteilt.“ - „In Vilsbiburg wurden am 10. Februar 36 2 herumziehende Personen verhaftet wegen Bettelns und hetzerischer Äußerungen gegen Staat und Partei, wobei sich einer auch zu Drohun-

gen gegen den Führer hatte hinreißen lassen.“ - „Wegen Beleidigung des Reichsleiters Rosenberg wurde Reichenberger Gottfried, Pfarrer von Wetzelsberg, BezA Bogen, am 27.2.36 zu 300 RM Geldstrafe verurteilt.“ - „Wegen Beleidigung des Reichsjugendführers wurde am 27.2.36 eine klösterliche Lehrerin vom Amtsgericht Passau zu 500 RM Geldstrafe, ersatzweise 50 Tage Gefängnis verurteilt.“ - „Wegen Kanzelmissbrauchs wurde am 20.2.36 Kraus Michael, Pfarrer in Wenzenbach, BezA Regensburg, zu 150 RM Geldstrafe verurteilt.“

Am 27.3.36 meldet der Regierungspräsident Niederbayern/Oberpfalz über Vorkommnisse im Grenzraum: „Das Bezirksamt Kötzing berichtet über den Grenzverkehr, der fast vollständig unterbunden sei und bemerkt: „Die Tendenz der Tschechoslowaken geht mehr wie je dahin, der deutschstämmigen Bevölkerung den Grenzübertritt zu erschweren und jede Verbindung mit der reichsdeutschen Bevölkerung abzuschneiden. Das zeigte sich deutlich wieder vor der Wahl. Man hat dort die Anhörung der Rede des Führers verboten und die Rundfunkteilnehmer durch Gendarmerie und Grenzbeamte überwachen lassen. Als die Bevölkerung zum Anhören der Rede in benachbarte reichsdeutsche Orte gehen wollte, wurden die Grenzen streng überwacht, sodass ein Übertritt fast nicht möglich war.“ (Anm.: *„Oft wanderten viele Volksgenossen zur Grenze, um einen SA-Mann nur von der Ferne sehen zu können und sahen in ihm die Verkörperung des Reiches. Und wenn über der Grenze Wehrmacht oder SS zu sehen war, kehrten sie voll Begeisterung heim und waren glücklich, erzählen zu können, SA, SS oder Wehrmacht gesehen zu haben. Trotz verschiedener Gefahren wanderten viele Volksgenossen Sonntag für Sonntag auf den Osser usw.“*) - „Der Schmuggel von Vieh lässt trotz der verschärften Überwachung und der nachdrücklichen und erfolgreichen Verfolgung bekannt gewordener Fälle nicht nach. Nicht selten beantworten die Schmuggler den vorgeschriebenen Anruf der Grenzwaache sofort mit Pistolenschüssen.“ - „Am 24.2.36 fand eine solche Schießerei zwischen Lam und Neukirchen b.Hl. Blut statt, bei welcher der Begleithund des Zollbeamten erschossen wurde und dieser selbst ein größter Gefahr war, getroffen zu werden.“ - „Am 14.3.36 gegen 22 Uhr entwickelte sich ungefähr an der gleichen Stelle ein längeres Feuergefecht, bei welchem offenbar niemand verletzt wurde. Die Schmuggler entkamen mit einem Ochsen in den Waldungen; den anderen Ochsen im Lebendgewicht von acht Ztr. mussten sie zurücklassen.“ - „Nach Bericht des BezA Oberviechtach wurden am 23.3.36 von der Gendarmerie in Weißensulz CSR der Händler Johann Grötsch von Moosbach, BezA Vohenstrauß, und der Gastwirt Georg Stöhr von Weißensulz wegen Münzverbrechens verhaftet und in das Kreisgerichtsgefängnis Pilsen eingeliefert. Beide haben im Schlafzimmer des Stöhr in Weißensulz deutsche und tschechische Silbermünzen und zwar 1-, 2- und 5- Markstücke und 10- und 20-Kronenstücke hergestellt und in Verkehr gebracht.“

Die Reichstagswahl vom 29. März 1936 fand zugleich mit der nachträglichen Volksabstimmung über die Ermächtigung zur Rheinlandbesetzung statt. (Anm.: *Zugelassen war wie bei der Wahl im November 1933 nur eine Einheitsliste der NSDAP. Es handelte sich damit um eine Scheinwahl deren Ergebnis bereits von vornherein feststand.*) Dazu berichtet der Regierungspräsident Niederbayern/Oberpfalz am 7.4.36: „In Vilsbiburg wurden nachts auf den Straßen Zettel mit der Aufschrift verstreut: „Wer den Frieden will, wähle nein“, Zettel ähnlichen Inhalts wurden in Passau geklebt.“ - „In Amberg wurden am Tage vor der Wahl von den Empfängern Briefe abgeliefert, die verschiedene kommunistische Hetzflugblätter und die „Rote Fahne“ Nr. 2/1936 enthielten, weitere solcher Briefe konnten beschlagnahmt werden.“ - „Das Wahlergebnis im Regierungsbezirk: 99,2% für die Liste übertrifft bei weitem die Erwartungen.“ - „Am Vorabend der Wahl fanden allerorts große Kundgebungen mit Fackelzügen durch die festlich geschmückten Straßen statt. Die Wahl wickelte sich im allgemeinen rasch und reibungslos ab, in der neu erstandenen Schottenheimsiedlung in Regensburg konnte die Wahl um 8.05 Uhr mit 100%igem Beteiligungs- und Abstimmungsergebnis für beendet erklärt werden.“ - „In Pilsting, BezA Landau a.d. Isar, behauptete Pfarrer Schabl im Wahllokal, der ihm zur Verfügung gestellte Wahlumschlag sei gekennzeichnet; die gleiche Behauptung wurde von einem Bauern bei der Wahl in Penzenreuth, BezA Kennath, aufgestellt, die Erhe-

bungen sind noch im Gange. In der Gemeinde Hintereben, BezA Wolfstein, wurden 15 unbeschriebene Stimmzettel abgegeben, die als gültige Stimmen zu behandeln waren. Nach Mitteilung des Stützpunktleiters wird nun in der Gemeinde davon gesprochen, dass es bei der Wahl nicht richtig zugegangen sei. Für Aufklärung wird gesorgt. In Ränkam, BezA Cham, wurde der frühere Bürgermeister (BVP) der nicht gewählt hatte, zu seiner Sicherheit in Schutzhaft genommen, weil ihn die SA am Abend des Wahltages aus seiner Wohnung holen wollte.“

Am 7.4.36 meldet der Regierungspräsident Niederbayern/Oberpfalz über Vorkommnisse im Grenzraum: „Welche Nervosität in der Tschechoslowakei herrscht, zeigt ein Artikel im Prager Tagblatt vom 31.3.36: „Gendarmerie-Alarm an Böhmerwald-Grenze. Unbestätigten Gerüchte über Expedition nach Österreich.“ Offenbar ist das Nationalverteidigungsministerium, wie auch im VB vom 2.4.36 Nr. 93 unter „Gefährliche Stimmungsmache in Prag“ ausgeführt ist, auf einen plumpen Schwindel hereingefallen. Dem Staatsministerium des Innern wurde hieüber am 3.4.36 fernmündlich berichtet.“ – „Im Bezirk Wegscheid wurden zwei Wanderer verhaftet, die das Gerücht weiterverbreitet hatten, 40.000 Russen hätten bei Eisenstein die deutsche Grenze überschritten.“ – „Auf einem Grenzweg im Bezirk Vohenstrauß wurden Hetzflugblätter gefunden, die wahrscheinlich aus der Tschechoslowakei stammten, Flugblätter gleichen Inhalts waren am 20.3. im Zug 382 Hof - Eger hinter einem Fenstervorhang versteckt. Die Reichsbahndirektion Regensburg hat sofort die Betriebsämter angewiesen, die Züge in den Grenzstationen auf Flugschriften und Zeitungen zu durchsuchen; für die D-Züge Eger – Marktredwitz wurden Streifen in Zivil eingesetzt.“

Am 6.6.36 meldet der Regierungspräsident: „Über die Stimmung unter den sudetendeutschen Volksgenossen mag folgender Vorfall ein Bild geben: „In dem Eisenschmelzwerk des Juden Bernt in Neuern, ČSR (*Anm.: Nach der „Entjudung“ erwarb der SS-Mann Zettl und sein Bruder das Stahlwerken Bernt, Neuern, mit mindestens einem kleinen Arbeiterhaus (1 Küche, 1 Schlafraum, 1 Stall für 2 Ziegen).* ereignete sich anfangs Mai eine Explosion. Zwei Arbeiter sind dabei tödlich verunglückt. Der eine, 21 Jahre alt, sagte kurz vor seinem Ableben zu seinen ihn umgebenden Arbeitskameraden: „Kameraden, grüßt den Führer der Deutschen Adolf Hitler“ und verschied mit den Worten „Heil Hitler“.“

Wie die Meldung am 7.7.36 wird die Lage der Juden auch in Niederbayern/Oberpfalz immer schwieriger: „In Straubing wurden am 30. Juni 36 die Auslagen einer Reihe jüdischer Geschäfte dicht mit Zetteln verklebt mit der Aufschrift. „Wer beim Juden kauft, ist ein Volksverräter“. Auch wurde vor diesen Geschäften die kauflustige ländliche Bevölkerung, die an diesem Dulttag zahlreich nach Straubing kam, von dem Betreten der Geschäfte abgehalten. Einschreiten der Polizei hatte keinen dauerhaften Erfolg. Es soll auch eine größere Anzahl jüdischer Händler an diesem Tag nach Straubing gekommen sein in der Erwartung, dass die Bauern aus dem Hochwassergebiet Vieh abstoßen würden, worüber sich die Bevölkerung erregt haben soll. Der Kreisleiter wies in einer von ihm einberufenen Bürgermeisterversammlung die Bürgermeister darauf hin, dass sie dafür zu sorgen hätten, dass die ländliche Bevölkerung in Straubing nicht bei Juden einkaufen darf. Zu größeren Ausschreitungen kam es nicht.“

Am 7.7.36 beziehen sich die Berichte auch auf den Grenzraum: „Am 9.6.36 landete südlich der Straße Weiden – Etzenricht ein tschechoslowakisches Militärflugzeug. Der Weiterflug wurde gestattet.“ – „Nach einem Bericht des BezA Wolfstein sollen über dem Dreissesselberg hetzerische Flugschriften und auch Devisen geschmuggelt werden. Bei den hohen Preisen für Pferde und Vieh wird namentlich aus dem Bezirk Kötzing hierfür eine starke Schmuggler-tätigkeit gemeldet.“ – „Nach Nachrichten aus der Tschechoslowakei wurde in Klattau am 21.6.36 ein Flugplatz eröffnet. Bei Böhmisches-Eisenstein werden Betonbauten für Unterstände und eine Drahtseilbahn ausgeführt. Auf der Straße von Rittsteig nach St. Katharina werden

Sprenggruben eingebaut. Verschiedene Glasschleifereien zwischen Eisenstein und Neuern wurden von den Skodawerken angekauft und werden für die Herstellung von Heeresgut eingerichtet.“

Ebenso beziehen sich die Berichte vom 6.8.36 auch auf den Grenzraum: „Am 15.7.36 sind zehn Heidelbeersammler bei Rittsteig über die tschechoslowakische Grenze und trotz Verwarnung durch den Grundbesitzer, der seine Beerenernte verpachtet hatte, nicht zurückgegangen. Sie wurden dann durch Gendarmerie festgenommen und wegen Passvergehens neun Tage im Gefängnis Neuern behalten.“ – „Am 17.7.36 überflog ein tschechoslowakisches Militärflugzeug die Bezirke Neustadt a.d. Waldnaab und Tirschenreuth; es handelte sich hier um eine besonders schwere Grenzverletzung zum Zwecke der militärischen Erkundung.“ – „Am 6.6.36 fand im Stadttheater Franzensbad eine Theateraufführung des Arbeiterturn- und Sportvereins (ATUS) Franzensbad statt, bei der in gehässiger und übler Weise der Führer und Reichskanzler beleidigt wurde. Einzelheiten über den Fall sowie über die Stimmung der anständigen Bevölkerung des Egerlandes enthalten die anliegenden zwei Zeitungen.“

Der Bericht vom 7.9.36 beginnt mit einer Einschätzung der aktuellen Lage: „Die Vorgänge in Spanien finden starke Beachtung und werden ja nach Einstellung gedeutet. Der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung – auch viele bisher Kleingläubige – erkennt dankbar die vom Führer geschaffene Sicherheit und Ordnung an. Die Anhänger des Marxismus (*Anm.: =Sozialdemokraten*) wittern wieder einmal Morgenluft; mehrere wurden in Schutzhaft genommen, die ihren Gefühlen allzu stürmisch Ausdruck verliehen haben, z.B. durch Äußerungen: „Ihr braunen Hunde, unsere Zeit kommt schon noch, wir schneiden Euch die Krägen durch“. – „Die Fleischknappheit hält an. Klagen kommen insbesondere aus einzelnen Industrieorten, z.B. Teisnach, BezA Viechtach, und aus den Grenzbezirken. In Plößberg, BezA Tirschenreuth, war z.B. tagelang kein Fleisch zu bekommen. Der Bürgermeister der Grenzgemeinde Waidhaus, BezA Vohenstrauß, (1660 Einwohner) berichtet, dass nur selten Schweinefleisch zu haben sei. Ein Grenzamt berichtet: „Tatsache ist, dass die amtlich festgesetzten Preise für Schlachtvieh nicht eingehalten werden und nur auf dem Papier stehen. Die Metzger aber sind nur zu leicht geneigt, über die Höchstpreise zu zahlen, weil sie sich gegenseitig das Vieh wegschnappen. Dabei zeigt kein Metzger einen Bauern an, weil er fürchten muss, dass er boykottiert wird und überhaupt kein Vieh mehr erhält. Andererseits klagen die Metzger, dass sie mit den Fleischpreisen nicht mehr auskommen. Dies führt dazu, dass die Metzger mehr und mehr versuchen, sich an den von der Preisfestsetzung nicht erfassten besseren Stücken schadlos zu halten und möglichst viel Fleisch in die besseren Stücke einzureihen. Auf diese Weise entsteht eine schleichende Preissteigerung, die polizeilich nur schwer zu fassen ist.“ – „Das BezA Cham berichtet am 31.8.36 an die Landespreisstelle: „Seit Anfang August wird von fast allen Metzgern übereinstimmend erklärt, dass die amtlich festgesetzten Kleinhandelspreise nicht mehr gehalten werden können. Es wird darüber Klage geführt, dass die Bauern zum festgesetzten Erzeugerpreis Schweine unter keinen Umständen abgeben. Es handelt sich hier nicht um einzelne Erzeuger, sondern um die Bauern fast in ihrer Gesamtheit weigern sich zum amtlichen Höchstpreis zu verkaufen. Der Preis von 0.90 RM für das ½ kg (bisher 80 Rpf) wird fast überall im Amtsbezirk verlangt, vor allem in Cham und Furth im Wald. Es wird nur so wenig Schweinefleisch auf den Markt gebracht, dass nur der notwendigste Bedarf gedeckt werden kann. Die Bevölkerung ist froh, wenn sie das Schweinefleisch zu 0.90 RM je ½ kg bekommt. Die Preisbildung wird überwacht; ein polizeiliches Einschreiten erscheint jedoch bei den jetzigen Verhältnissen nicht tunlich.“

Doch auch am 7.9.36 wird von jenseits der Grenze berichtet. „In der Tschechoslowakei haben in letzter Zeit Haussuchungen und Verhaftungen bei Amtswaltern der Sudetendeutschen Heimatpartei stattgefunden.“ – „Die Rüstungen in der Tschechoslowakei und die Zusammenarbeit mit Russland haben namentlich in den Grenzbezirken Befürchtungen vor einem baldi-

gen Krieg geweckt; die Einführung der zweijährigen Militärdienstzeit wurde daher verstanden und als notwendige Maßnahme aufgenommen.“

Auch der Bericht vom 9.10.36 bezieht sich in Teilen mit den Vorgängen in der Tschechoslowakei und Österreich: „Im Bezirk Landau a.d.Isar wurde am 1.9.36 von einem tschechoslowakischen Personenkraftwagen die Nr. 200 der kommunistischen Schweizer Zeitung „vorwärts“ auf die Straße geworfen; das polizeiliche Kennzeichen konnte nicht festgestellt werden.“ – „Beim Fußball-Länderspiel Deutschland-Tschechoslowakei in Prag am 27.9.36 wurden den deutschen Besuchern deutschfeindliche Hetzblätter zugesteckt.“ (*Anm.: Freundschaftsspiel unter Trainer Sepp Herberger und mit Hans Jakob (Jahn Regensburg) vor 42.000 Zuschauern, Deutschland gewann 2:1*) – „Der Schmuggel mit Butterschmalz nimmt wieder größeren Umfang an. Am 23.9.36 wurden in Passau 11 Schmuggler aus Riedel, Gemeinde Gottsdorf, BezA Wegscheid, darunter sechs Frauenspersonen, zu 11.300 RM Zollgeldstrafe, 3200 RM Devisengeldstrafe und 45 Monate Gefängnisstrafe verurteilt.“ (*Anm.: heute: bayerisch-österreichischer Schmugglerweg*)

Der Bericht vom 7.11.36 befasst sich wiederum mit Preistreiberei und Schmuggel: „Gegen Preistreiberei wurde rücksichtslos eingeschritten. So wurde im Bezirk Kelheim ein Bauer und ein Metzger wegen Preisüberschreitung in Schutzhaft genommen, im Bezirk Landau a.d.Isar zwei Metzger (Brüder). Im Bezirk Passau wurde ein Metzger und Bürgermeister verhaftet, der seines Amtes sofort enthoben wurde; er hat in der Zeit vom 14.10.-22.10.36 acht Stück Schweine geschlachtet, während im Fleischbeschaubuch wöchentlich nur ein Schwein als der Fleischschau unterstellt eingetragen worden war. Das schwarzgeschlachtete Fleisch wurde nach auswärts zu höheren Preisen verkauft.“ – „In einem Schmalzschmuggelprozess, an dem elf Personen – Landwirtsöhne und Töchter, Knechte und Mägde - aus dem Bezirk Wegscheid (Ö) beteiligt waren, wurden insgesamt ausgesprochen: 11.500 RM Zollgeldstrafen, 3200 RM Devisengeldstrafen, 45 Monate Gefängnis, 7300 RM Wertersatz. Der große Preisunterschied, etwa die Hälfte des Inlandspreises, gibt Anlass zur Ausübung unsauberen Handwerks“.

Am 8.12.36 meldet der Regierungspräsident Niederbayern/Oberpfalz nach München: Wegen Vorbereitung zum Hochverrat wurden durch die Staatspolizeistelle Regensburg vier Personen aus dem Bezirk Burglengenfeld festgenommen. In Leonberg, Maxhütte und auch im Braunkohlenbergwerk Ponholz verraten des öfteren staatsfeindliche Anschriften an Wänden die kommunistische Gesinnung von Arbeitern. Sogar in der Schule Leonberg fand sich kürzlich im Knabenabort die Aufschrift: „Rot Front! Heil!“ – „In einem Wagen eines KdF-Zuges wurden über 100 marxistische (*Anm.: =sozialdemokratische*) Hetzschriften hinter einer Heizung versteckt vorgefunden; die Blätter waren zweifellos aus tschechischem Gebiet, woher die Wagen stammten, eingeschmuggelt worden.“ – „In der Nacht vom 9.-10.11.36 wurden auf einer vor dem Stadttheater in Regensburg stehenden Opferbrandsäule und an die Mauer einer benachbarten Wirtschaft geschrieben: „Die Hitlerbande lebt nur von Bettel und Betrug.“ – „Am 18.11.36 wurde ebenfalls eine Schmiererei „Heil Moskau!“ und „Rot Front!“ in einer Abortanlage des Umschlaghafens in Regensburg festgestellt. Die Täter konnten nicht ermittelt werden.“ – „Gegen eine Reihe von Personen musste wegen kommunistischer Hetzreden eingeschritten werden. Bemerkenswert ist die Äußerung eines Metzgermeisters aus dem Bezirk Vilsbiburg: „Heute wanns los ging, schießet ich nicht gegen den Feind, sondern ich drehte mein Gewehr um und schießet hinter.“

Und am 7.1.37 meldet der Regierungspräsident: „Die Entwicklung in Spanien wird in der Region lebhaft verfolgt. Dabei greift aber namentlich in den Grenzbezirken die Besorgnis vor kriegerischen Verwicklungen um sich.“ – „Die marxistischen (*Anm.: =sozialdemokratischen*)

Kreise glauben sich der Verwirklichung ihrer Ziele näher. Wegen kommunistischer Betätigung und Vorbereitung zum Hochverrat (gemeinsames Abhören des Moskauer Senders und sonstiger illegaler Zusammenkünfte) wurden durch die Staatspolizeistelle Regensburg im Bereich der Bezirksämter Grafenau und Passau in der Zeit vom 16./21.12.36 insgesamt 20 Personen festgenommen und der Staatsanwaltschaft überstellt; zwei von ihnen haben sich im Anschluss an die Vernehmung im Gerichtsgefängnis erhängt.“ – „Am 2.12.36 wurden durch einen sudetendeutschen tschechoslowakischen Staatsangehörigen unmittelbar über der Grenze in Deutschland etwa 50 Flugblätter kommunistischen Inhalts auf dem Boden verstreut aufgefunden. Ein tschechoslowakischer Staatsbürger ist beobachtet worden, wie er den Pack Zettel über die Grenze geworfen hat.“ – „Ein Arbeiter Josef Strebl von Tann, BezA Pfarrkirchen, der in den Heraklithwerken in Simbach am Inn gearbeitet hatte, ist nach Moskau geflüchtet. Kürzlich brachte der Moskauer Sender die Nachricht, dass Strebl in Moskau in Sicherheit sei, die Deutschen möchten sich keine Mühe mehr geben; die Russen wüssten, dass die Heraklithwerke kein kriegswichtiger Betrieb seien. Dagegen würden sie bei der Einweihung der Neubauten der Wackerwerke (Rüstungsbetrieb) in Burghausen persönlich zugegen sein.“

---

### **Die Juden: Aus Bürgern wurden „NichtBürger“**

Mehr und mehr quälten auch in der Region Antisemiten sowohl mit Hilfe von Reichs-Verordnungen als auch mit Hilfe von paramilitärischen Einheiten und Pöbelgruppen und öffentlichen Exekutivorganen und Journalisten ihre jüdischen Mitbürger sehr. Dabei kamen infolge des Boykotts nicht wenige von jüdischen Geschäften in Schwierigkeiten. Manche siedelten in andere Städte über, viele von ihnen wanderten aus. Dass diese Nicht-Mehr-Bürger noch weiter zu „Nicht-Menschen“ abgestuft werden, war für Nazis nur noch eine Frage der Zeit.

---

Der Bericht vom 7.1.37 enthält erneute Anfeindungen gegen Juden: „Am 20.12.36 kam es auf dem Weihnachtsmarkt in Cham zu Kundgebungen gegen die Juden, die unter den Rufen „Juda verrecke“ usw. zur Schließung der Läden gezwungen wurden. Die Erhebungen werden durch die Staatspolizeistelle München geführt.“ *(Anm.: Bereits ab Mitte der 1920er Jahre mussten sich die Angehörigen der jüdischen Gemeinde gegen die antisemitische Propaganda zur Wehr setzen, die von der 1922 gegründeten NSDAP-Ortsgruppe Cham in Szene gesetzt wurde. Mit Beginn der NS-Zeit verließen die ersten jüdischen Familien Cham in Richtung Tschechoslowakei, nachdem der Boykott vom 1.4.1933 zu weiterer Verunsicherung der jüdischen Geschäftsleute geführt hatte. Zu obigem Vorfall gibt es auch einen Bericht der Stapoleitstelle München vom 1.1.1937: Am 23.12.1936 kam es in Cham zu Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte. In Cham fand der herkömmliche Weihnachtsmarkt statt, der von der Landbevölkerung sehr stark besucht war. Die Landbevölkerung kaufte sehr viel in jüdischen Geschäften. Bereits in den Vormittagsstunden wurden Personen, die im jüdischen Schuhgeschäft Eisfeld kauften, fotografiert. In den Nachmittagsstunden gegen 14 Uhr rottete sich vor dem Geschäft alsbald eine große Menschenmenge zusammen, die sich zum Teil feindselig gegen das jüdische Geschäft verhielt, zum Teil teilnahmslos dastand. Vereinzelt wurden auch zu Gunsten der Juden Stellung genommen. ... Die Menge erging sich in Rufen wie ‘Juda verrecke’, ‘Kauft nicht bei Juden’ usw. Schließlich hat der Jude Eisfeld freiwillig das Geschäft geschlossen. Anschließend bildete sich ein ungeordneter Zug, der durch die Straßen von Cham zog und Sprechchöre ... verlauten ließ. Bei allen jüdischen Geschäften wurde Halt gemacht und die Schließung der Geschäfte verlangt. ... Die Urheber dieser Aktion konnten bis jetzt nicht festgestellt werden. ... Die jüdischen Geschäfte blieben weiterhin geschlossen ... ”)*

Im Folgebericht heißt es: „Aus manchen Bezirken wird über örtliche judenfeindliche Vorkommnisse berichtet. In Zwiesel und Bodenmais mussten sich die Wirte verpflichten, an Juden keine Speisen und Getränke zu verabreichen und sie nicht zu beherbergen. Der Bürger-

meister der Gemeinde Bodenmais hat am 8.1.37 eine Bekanntmachung erlassen, in der es u.a. heißt: 'Ich verbiete hiemit ausdrücklich die Beherbergung von Juden in Bodenmais. Die Nürnberger Gesetze und die Auslegungen des Führers am Parteitag 1936 dürfen auch den letzten Volksgenossen belehrt haben, wie wichtig die Behandlung der Juden ist.'“

Am 7.1.37 gibt es wieder Berichte zu Veruntreuungen durch von den neuen Nazibürgermeistern eingesetzte Gemeindediener. Das Bezirksamt bemerkt dazu: „Es ist geradezu erschreckend, in welcher unerhörten Weise gegenwärtig diese schweren Verbrechen im Amte um sich greifen. Schuld daran ist hauptsächlich die Leichtfertigkeit, mit welcher unerfahrene Bürgermeister ihre gemeindlichen Arbeitskräfte auswählen, aufstellen und wirtschaften lassen: „Der verh. Mauerer und Gemeindediener Ludwig Heller von Sarching hat vom Frühjahr 1935 bis Mai 1936 insgesamt 376,33 RM einkassierte Gemeindeumlagen, Hochwassergelder, Fleischbeschaugebühren und Kriegervereinsbeiträge unterschlagen. Heller wurde seines Postens als Gemeindediener enthoben. – Der verh. Gemeindediener und Hilfskassier Josef Meindl von Irl, Gemeinde Barbing, hat amtlich einkassierte Gelder im Gesamtbetrag von 1496,85 RM unterschlagen, er wurde am 10.12.36 festgenommen und gestand unter dem Druck des Beweismaterials seine Tat ein. – Der gemeindliche Amtsgehilfe Ludwig Dietl von Wörth a.D. hat vom 27.11. bis 29.12.36 beim Kassieren gemeindlicher Gelder wissentlich höhere, als die geschuldeten Beträge eingehoben und sich auf diese Weise etwa 30 RM unrechtmäßigerweise verschafft.“ – Im Folgebericht heißt es: „Nach einem Bericht des Bezirksamts Regensburg musste in 12 Gemeinden das Kassen- und Rechnungswesen unter besondere staatsaufsichtliche Kontrolle gestellt werden, weil die finanziellen Verhältnisse dermaßen ungünstig und verworren sind, dass andernfalls ein völliger Zusammenbruch zu befürchten wäre. Das Bezirksamt bemerkt dazu: „Einen großen Teil der Schuld an den misslichen Finanzverhältnissen der Gemeinden tragen die in zahlreichen Gemeinden im Jahre 1933 aufgestellten neuen Gemeindeschreiber, die zu diesem Dienste nicht nur unfähig, sondern auch teilweise wegen moralischer Haltlosigkeit durchaus ungeeignet waren. Sie können die Gemeinden nicht nur keine Ratschläge und Hilfen in finanziellen Dingen leisten, sondern bilden nicht selten nur eine an und für sich vermeidbare finanzielle Belastung der Gemeinden; ja in 12 bereits strafrechtlich festgestellten Fällen wurden sogar Gemeinden von ihren Gemeindeschreibern in schamloser Weise bestohlen.“ – (5.2.37) Der Oberstaatsanwalt beim Landgericht Regensburg hat gegen den Gemeindeschreiber Michael Zapf Anklage wegen Betrugs u.a. erhoben. Zapf, Truppführer der SA ist Gemeindeschreiber in 5 Gemeinden des Bezirks Regensburg. - In Niedertraubling hat der Führer eines Jungvolks-Fähnleins rund 360 RM aus der Fähnleinskasse unterschlagen“.

Immer wieder richtet sich die Wut der noch verbliebenen Aktivisten, oft aus den Kreisen der SPD und des katholischen Jungvolks, gegen die sogenannten „Stürmerkästen“ (*Anm.: Im ganzen Deutschen Reich waren Tausende der Stürmer-Kästen an stark frequentierten Orten aufgestellt, z.B. an Straßenbahn- und Bushaltestellen, öffentlichen Plätzen, Fabrikantinen, in der Nähe von Krankenhäusern und Kirchen und trotz ihres teils pornographischen Inhalts mitunter sogar in Schulen. Die Schaukästen waren mit antisemitischen Parolen beworbene öffentliche Schaukästen, in denen die aktuelle Ausgabe des „Stürmer“ kostenlos zu lesen war.*): „(7.1.37) In Buch a.E., BezA Landshut, wurde ein Stürmerkasten beseitigt, der dann in beschädigtem Zustand in einem Walde aufgefunden wurde. Der Täter ist noch nicht ermittelt.“ – „(8.2.38) In Altdorf bei Landshut, wo bereits früher der Stürmerkasten abgerissen wurde, wiederholte sich dieser Unfug in der Nacht vom 28. auf 29.1.38. Der Kasten wurde in den Mühlbach geworfen. Der Täter konnte noch nicht mit Sicherheit ermittelt werden.“

Am 5.2.37 muss der Regierungspräsident nach München folgendes nach München berichten: „Nach Bericht des Oberbürgermeisters der Stadt Straubing ist die Mehlbelieferung der Mehlhandelsgesellschaft so spärlich, dass die Kunden nicht befriedigt werden können. Von

den Verbrauchern werde die Tatsache, da Straubing in der Kornkammer Bayerns liegt, nicht verstanden.“ – Die Handlungsmühlen konnten den dringenden Mehlbedarf ihrer Abnehmer infolge der unzureichenden Vermahlungskontingente bei weitem nicht befriedigen. Die Industrie- und Handelskammer Passau bemerkt hierzu: „Die Schwierigkeiten in der Mahlgutversorgung als Folge der heurigen geringen Getreideernte in Bayern werden nur durch Brotgetreidezuweisungen seitens der Reichsstelle für Getreide zu überwinden sein.“

Am 5.2.37 meldete der Regierungspräsident aus Niederbayern/Oberpfalz: „Durch die Staatspolizeistelle Regensburg wurden mehrere Personen in Regensburg und aus dem Bezirk Passau wegen Vorbereitung zum Hochverrat festgenommen; auch wegen staatsfeindlicher Äußerungen musste mehrfach eingeschritten werden. Im Hafen von Passau wurden kommunistische Schmierereien festgestellt, ähnlich wie vor einiger Zeit im Regensburger Hafen. Als Täter kommen vermutlich ausländische Schiffer in Frage. In Kelheim wurde in eine Sammelbüchse des WHW (*Anm.: durch das Winterhilfswerk konnte das NS-Regime die materielle Not von Teilen der Bevölkerung lindern und zur inneren Stabilisierung beitragen*) ein Zettel eingelegt mit der Aufschrift: „Das Dritte Reich ist dem Untergang geweiht.“ Und „Adolf Hitler, der Volksbetäuber“. Ein der Tat verdächtiger lediger Metzger aus Kelheim wurde festgenommen“.

Neben Flugzetteln und Zeitschriften agierte die Opposition aus dem Nachbarland auch via Radio. So der Bericht vom 7.4.37: „Der Bezirksvorstand von Tirschenreuth berichtet: „In letzter Zeit war um 22 Uhr immer ein kommunistischer Kurzwellensender zu hören, der meist in wüster Weise gegen Deutschland hetzte. Soviel ich höre, pflegte sich der Sprecher mit folgenden Worten einzuführen: „Hier spricht der Kurzwellensender der KPD trotz Gestapo“. Am Schluss pflegte der Sprecher zu sagen: „Wir kommen morgen Abend um 10 Uhr wieder auf Welle soundso, trotz Gestapo“. Dieser Schwarzsender soll bereits von deutscher Seite angepeilt worden sein, Eine Peillinie soll nach Franzensbad, eine andere auf den Oberkunreuther Berg in Böhmen verwiesen haben. Es wird vermutet, dass es sich um mehrere Sender handelt. Die Wellenlänge des Senders soll 29 oder 29,8 sein.“ - Ähnlich berichtet das Bezirksamt Reggen mit dem bemerken: „Der Sender soll in einen Kraftwagen eingebaut sein, der ständig seinen Standort wechselt.“ (*Anm.: Es handelte sich um den Amateur- Kurzwellensender der KPD, welcher seit Wochen, trotz Gestapo, allabendlich auf Welle 29,8 seine Sendungen in den Äther ausstrahlte*) – (7.5.37) In Passau meldete ein Rundfunkhörer der Polizei: „Am 12.4.37 um 22.30 Uhr hörte ich in meinem Radio: „Hier spricht Deutschland, hier ist der Kurzwellensender der KPD auf Welle... Wir sprechen heute von Berlin aus. Wir verlesen heute einen Brief zum 51. Geburtstag des früheren Kommunistenführers Thälmann .... Wir kommen alle Tage, aber etwas früher, auch wenn wir verfolgt werden, wir kommen bestimmt.“

Weiter war im Bericht vom 7.4.37 zu lesen: „Die Lederfabriken in Furth i. Wald klagen darüber, dass ihnen nur die Hälfte des normalen Rohwarenkontingents zugeteilt wird und bitten, dass ihnen als notleidende Grenzbetriebe und zur Ermöglichung der Beschäftigung arbeitsloser Volksgenossen der Grenzstadt Furth i. Wald das volle Kontingent eingeräumt wird. Auf der Leipziger Frühjahrmesse war der Ledermarkt sehr aufnahmefähig, es war insbesondere viel Auslandskundschaft vertreten. Den unbeschränkten Verkaufsmöglichkeiten stand aber der Mangel an Ware gegenüber. Diese Unmöglichkeit, sich am Auslandsgeschäft zu beteiligen, hat den Nachteil, dass die Further Ledergeschäfte nicht in den Genuss der höheren Auslandspreise kommen können und von vorzugsweiser Belieferung von Maschinen für ihr Betriebe, die den Exporteuren zu kommt, ausgeschlossen sind.

Seit Beginn des Jahres häufen sich die Berichte über sittliche Vergehen vor allem innerhalb der NSDAP: „(5.2.37) Einige bedauerliche Vorkommnisse werden aus dem Bezirk Regensburg gemeldet. In Etterzhausen wurden ein lediger Landwirt, Scharführer und stellv. Trupp-

fürher der SA verhaftet, weil er in letzter Zeit wiederholt mit noch volksschulpflichtigen Arbeiterkindern geschlechtlich verkehrt hat.“ – „(7.4.37) In Straubing wurden drei HJ-Führer wegen Vergehens nach §174 verhaftet und nach München verbracht.“ – „In Regen wurde der Geschäftsführer der Kreisleitung wegen Verdachts von Verfehlungen gegen §175 verhaftet.“ – „(7.5.37) Große Erregung löste in Schwandorf die am 27.4.37 erfolgte Verhaftung eines II. Staatsanwalts, des Leiters der NS-Kulturgemeinde Schwandorf, und eines Polizeihauptwachtmeisters aus, beide wegen Verdachts der widernatürlichen Unzucht. Der Polizeihauptwachtmeister wurde am 29.4. wieder entlassen, da Verdunkelungsgefahr nicht mehr bestehe und ihm eine strafbare Handlung nicht nachgewiesen werden könne. Er wurde vorläufig seines Dienstes enthoben. In die Angelegenheit ist auch eine Reihe HJ-Anhänger verwickelt.“  
*(Anm.: Der frühere II. Staatsanwalt Ziegler in Schwandorf ist wegen eines fortgesetzten Verbrechens der erschwerten Unzucht zwischen Männern in Tatmehrheit mit einem Verbrechen des Versuchs zu einem solchen Verbrechen sowie wegen dreier Vergehen der Unzucht mit Männern zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt worden. Dieses Urteil hat große Befriedigung ausgelöst und den Nörglern auf kirchlicher Seite hinsichtlich der klösterlichen Sittlichkeitsprozesse viel Wind aus den Segeln genommen.)*

Am 7.5.37 meldete der Regierungspräsident aus Niederbayern/Oberpfalz: Dass weite Kreise der Arbeiterschaft noch nicht für das neue Reich gewonnen sind, ergibt folgendes: In Amberg wurde im Laufe des April die antibolschewistische Schau „Ein Blick ins Sowjetparadies“ gezeigt. Auf Anregung der Kreisleitung der NSDAP haben die meisten Betriebe ihrer Belegschaft den unentgeltlichen Besuch der Ausstellung durch Abgabe von Freikarten ermöglicht. Es musste festgestellt werden, dass diese Freikarten zum größten Teil nicht benutzt, sondern zerrissen und weggeworfen wurden. Ein Bergmann äußerte zu einem Betriebsobmann anlässlich der Aufforderung zum Besuch der Ausstellung: „Da brauchen wir nicht hineingehen, das Sowjetparadies haben wir selber da.“ Ein anderer Bergmann bemerkte: „Gebt’s uns zuerst, was ihr uns versprochen habt; der Dr. Ley, der vollgefressene Sausack fährt in Italien rum und uns geben sie nichts.“ Strafanzeige ist erstattet.“ – „Die massiven antisemitischen Diffamierungen der „Großen antibolschewistischen Ausstellung“ registrierte beispielsweise die tschechische Tageszeitung „Národní Politika“ in der Ausgabe vom 30.12.37 mit: „Aber im heutigen Berlin hat man solche Scheuklappen, dass man folgerichtig vom jüdischen Bolschewismus spricht.“

In den Berichten vom 7.5.37 wird wieder deutlich, dass die Stimmung im Volk nicht so ist, wie die Nationalsozialisten sie gerne hätten: „Im Bezirk Burglengenfeld wurden zwei Arbeiter des Eisenwerks Maxhütte-Haidhof verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau überstellt; einer hievon, der zu den bestbezahlten Arbeitern des Werkes zählt, ist als Hetzer bekannt.“ – „Ein Schlosser aus Ettmannsdorf, BezA Burglengenfeld, wurde in Schutzhaft genommen, er hatte unter seinen Arbeitskameraden im Aluminiumwerk Dachelhofen das Gerücht verbreitet, dass er als Fürsorgehäftling des Konzentrationslagers Dachau wegen ungenügender Arbeitsleistung nackt hinter einem Wachmann her durch ein Brennesselgestrüpp habe kriechen müssen.“ – „In Landshut wurden drei Personen wegen gemeinsamen Abhörens des Moskauer Senders in Untersuchungshaft genommen.“ – „In Schwandorf fanden sich am 24.4.37 nachts auf einer Fahrbahn Schriftzeichen, die vermutlich dem kommunistischen Kurierdienst dienen.“ – „Wegen staatsabträglicher Äußerungen über die NSDAP, ihre Gliederungen und führende Persönlichkeiten wurden in Cham am 19.4.37 drei Personen – ein Gutsbesitzer, ein Metzgermeister und ein Möbelfabrikant – vorübergehend in Schutzhaft genommen.“ – „Das Bezirksamt Kötzing weist in diesem Zusammenhang eindringlich auf die Notwendigkeit von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für die Grenzbezirke hin, die aus eigener Kraft die Arbeitslosigkeit nicht beheben können und begründet es mit folgenden Vorkommnissen: „In Kötzing wurden am 27.4.37 in eine Gastwirtschaft in der eine Versammlung der politischen Leiter der NSDAP-Ortsgruppe Kötzing stattfand, zwei faustgroße Steine gewor-

fen. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen, die aber nicht aufrecht erhalten werden konnten. Bisher konnte nicht geklärt werden, wer der Täter war und ob diese Buberei einen politischen oder einen persönlichen Hintergrund hat.“ – „In Kötzing haben sich kürzlich zwei Burschen auf der Straße wechselnd zugerufen:

Der Eine:	Der Andere:
„Hoch mein Führer!“	„Das Volk wird immer dürrer!“
„Gebt uns Arbeit und Brot!“	„Sonst werden wir wieder rot!“
„Und schlagen euch tot!“	

Am 5.6.37 meldete der Regierungspräsident aus Niederbayern/Oberpfalz nach München: „Bei besonderen politischen Ereignissen können ehemalige Angehörige der KPD ihre wahre Gesinnung nicht verbergen. So z.B. hat ein Mechaniker im Bezirk Mainburg die Beschießung von Almeria als Feigheit bezeichnet und sich über die dummen Deutschen, die ihre Köpfe hinhalten, verächtlich geäußert; er wurde verhaftet.“ – „Ein Kommunist im Bezirk Passau erklärte: „Der Russe hat viele Anhänger bei uns; in der Umgebung von Neukirchen, Tittling, Polling, Fürstenstein und Preying sind mindestens 600 Kommunisten... Im Herbst oder im Winter wird geplündert und geraubt. Die Kirchen werden zerschossen und die Kaufhäuser ausgeraubt und angezündet.“ Er wurde in Haft genommen.“ – „Richterlicher Haftbefehl wurde erlassen gegen einen Maurer im Bezirk Passau, der am 23.5.37 vor etwa 40 Leuten einen rein kommunistischen Vortrag gehalten hat. Da offenbar nichts so dumm ist, dass es nicht Glauben findet, sagte er u.a.: „Die Maurer, die heute auf dem Obersalzberg arbeiten müssen, werden hernach alle eingekastelt, es kommt keiner mehr zurück, damit sie nicht ausreden können..... Jetzt haben sie gar die Reichskanzlei von Berlin nach Obersalzberg verlegt, weil sie sich in Berlin nicht mehr halten können...(Anm.: Die Reichskanzlei Dienststelle Berchtesgaden (auch Kleine Reichskanzlei) bei Berchtesgaden, war eine offizielle Außenstelle der Reichskanzlei. Sie diente als zweiter Regierungssitz des NS-Staates während der Anwesenheit Hitlers im Führersperrgebiet Obersalzberg).“ – „Im Bezirk Eggenfelden musste ein Erbhofbauer in Schutzhaft genommen werden, der gegenüber dem Kreisbauernführer geäußert hatte: „Was wollt denn Ihr, Ihr redet immer vom Bolschewismus und das, was wir heute durch den Nationalsozialismus haben, ist der größte Kommunismus und Bolschewismus.“ Der Erbhofbauer hatte sich schon wiederholt staatlichen Anordnungen hartnäckig widersetzt.“ – „In Osterhofen wurde ein Gastwirtschaftspächter wegen beleidigender Äußerungen über den Führer und Reichskanzler zu einer Gefängnisstrafe von fünf Monaten rechtskräftig verurteilt.

### **Mehr Sittlichkeitsvergehen - NSDAP-Mitglieder oder Geistliche?**

Fast zeitgleich zu den Berichten über sittliche Vergehen der NSDAP-Mitglieder mehren sich auch die gegenüber katholischen Geistlichen.

---

Dazu aus dem Bericht vom 9.7.37: „Trotzdem kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, dass die Veröffentlichungen über Teilausschnitte der Sittlichkeitsprozesse in der Presse ihren Zweck nicht erreichten. Die katholische Kirche verfolgt die Taktik, die Richtigkeit der in den Prozessen festgestellten Tatsachen und der Zeitungsberichterstattungen anzuzweifeln und entgegenzuhalten, dass auch in den Reihen der Bewegung (SA und HJ) solche Dinge vorgekommen seien. Es besteht kein Zweifel, dass überall dort, wo diese Verteidigung geschickt gemacht wird, die Wirkung auf das gläubige Volk nicht ausbleibt, so z.B. in einem Hirtenbrief von Passau vom 3.6.37.“ Dazu auch der Bericht vom 5.6.37: „Pfarrer Rieger von Illkofen, BezA Regensburg, bezeichnete in einer Predigt die Veröffentlichungen über die Prozesse als Schmutzpropaganda und Schmutzbomber gegen die katholische Kirche. „Er wisse, dass sogar

in höheren Kreisen in Regensburg und Straubing Personen seien, die sich Sittlichkeitsverbrechen und Unterschlagungen zuschulden kommen ließen und dass, wenn dies alles aufkäme, die verurteilten Geistlichen und Klosterbrüder gegen diese Verbrecher als Unschuldengel dastehen würden.“ Die Staatspolizeileitstelle München ist unterrichtet.“ – Und weiter am 9.7.37: „Festgenommen wurden: Die vormalige Mällersdorfer Schwester Antonie Ostler, früher Kinderheim St. Anna Regensburg wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen an einem 15jährigen Jungen. - Der vormalige Küchenangestellte Johann Eichenseer im Lehrlingsheim der Salesianer in Regensburg wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen an Zöglingen des Heims. - Der Laienbruder Heinrich Huber, ebenfalls in diesem Heim, wegen ähnlicher Vergehen, dem Geheimen Staatspolizeiamt Berlin ist eingehender Bericht vorgelegt. – „In der Strafsache gegen den Kooperator Härtl in Rottenburg a.d. Laaber haben Leute an die Staatsanwaltschaft ein Bittgesuch um Haftaufhebung gerichtet, das sogar von einigen Bürgermeistern unterschrieben worden ist.“

Drei weitere Berichte vom 5.6.37 zur allgemeinen Stimmungslage: „In welchem Fanatismus sich manche Leute hineingelebt haben, zeigt folgender Vorfall: Eine Studienassessorin in Deggendorf hat die Buchsbepflanzung auf dem Grab eines alten Kämpfers in Form eines Hakenkreuzes dadurch vorsätzlich beschädigt, dass sie die Haken des Kreuzes ausriss und so aus dem Hakenkreuz ein einfaches Kreuz machte. Strafanzeige wurde erstattet. Die Erteilung von Unterrichtsstunden im Institut der Englischen Fräulein in Deggendorf, wo sie bisweilen Privatstunden gab, wurde untersagt.“ – „Vielleicht spielt auch der Schulstreik in Püchersreuth, BezA Neustadt a.d. Waldnaab, eine Rolle, namentlich die Tatsache, dass ein gegen die Frau des Lehrers und Stützpunktleiters eingeleitetes Strafverfahren wegen fahrlässiger Tötung und Sittlichkeitsvergehen vom Gericht mit der ausdrücklichen Begründung eingestellt worden ist, sie sei geistig zu beschränkt, um verantwortlich gemacht werden zu können, dass sie aber nach wie vor BDM-Führerin bleiben könne. Nach Mitteilung der Gauleitung Bayerische Ostmark vom 2.6.37 ist die Abberufung dieser BDM-Führerin erfolgt.“ – „Dem Benefiziaten Geiger in Schmidmühlen, BezA Burglengenfeld, wurden Ende März 1937 mehrere Fenster eingeworfen. Der Gasthofbesitzerssohn und Ortsbauernführer R. in Schmidmühlen wurde als Täter ermittelt. Das Strafverfahren gegen R. wurde von der Staatsanwaltschaft Regensburg mangels öffentlichem Interesse eingestellt. Nach Bericht des Bezirksamtes hat sich die Bevölkerung über den Einstellungsbeschluss entrüstet.“

Doch auch an der tschechischen Grenze tat sich einiges: „Am 21.5.37 umkreiste ein auffallend niedrig fliegendes Flugzeug mit den tschechischen Abzeichen weiß-blau-rot die Stadt Grafenau und ging namentlich über dem Bahnhof Grafenau und dem Reichsarbeitsdienstlager sehr tief herunter. Das Luftamt Nürnberg wurde sofort fernmündlich verständigt.“ – „Am 4.5.37 flogen zwei tschechoslowakische Flugzeuge über der Ortschaft Eslarn, BezA Vohenstrauß, am 25.5.37 zwei tschechoslowakische Doppeldecker über Waldthurn, Vohenstrauß und Eslarn. Sofortige Verständigung des Luftamts Nürnberg ist erfolgt.“ – „Am 11. Mai 1933 waren von Zollaufsichtsbeamten bei Gaishof, BezA Kötzing, vier geschmuggelte Pferde aufgegriffen worden. Die Täter sind damals entkommen und flüchtig gegangen. Inzwischen hat ein Mittäter ein Geständnis abgelegt und angegeben, dass auch der tschechoslowakische Staatsangehörige, der ledige Landwirtssohn Franz Loritz in Schneiderhof, ČSR, etwa zehn Minuten von der Reichsgrenze entfernt gelegen, an diesem Schmuggel beteiligt war. Die Zollfahndungsstelle Nürnberg hatte deshalb Auftrag gegeben, Loritz bei Gelegenheit festzunehmen und einzuliefern. Als Loritz am 4.5.1937 Dünger auf eine diesseits der Grenze liegende Wiese seines Vaters fuhr, wurde er von zwei deutschen Zollbeamten verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis Neukirchen b.Hl.Blut eingeliefert, wo er sich heute noch befindet. Das Prager Tagblatt vom 9.5.37 Nr. 109 berichtet über den Fall folgendes: „An der Grenze verschleppt. Wegen Schmuggelns. - Pilsen: Wie erst jetzt bekannt wird, haben Dienstag (4.5.37) in den Abendstunden zwei SS-Leute den 28jährigen Landwirtssohn, der in der Einöde Klein-

myslin bei Neumarkt hart an der bayerischen Grenze mit seinen Eltern lebte, und von der Arbeit auf einem Kartoffelfeld heimkehrte, verschleppt. Der junge Loritz musste am Heimweg ein Stück über bayerisches Gebiet fahren, der Weg ist von beiden Seiten von Wald gesäumt. Plötzlich stürzten sich 2 SS-Männer auf ihn und schleppten in tiefer in den Wald. Dies geschah so, dass sein Vater und seine Schwester, die 70 m entfernt arbeiteten, keine Ahnung hatten, was geschah. Die Schwester musste auf Weisung der beiden Männer dem Bruder Kleidung und Wäsche bringen, worauf Loritz fortgeschafft wurde. Sein Aufenthalt ist unbekannt. Auf eine behördliche Anfrage wurde mitgeteilt, dass er Schmuggel mit Pferden betrieben haben soll.“ – „Inzwischen ist wiederholt beobachtet worden, wie tschechoslowakische Gendarmen vom tschechischen Boden aus den Platz der Festnahme auf deutschem Boden besichtigten und Aufzeichnungen machten.“ – „Am 21. und 22. Mai 1937 wurden auf tschechoslowakischem Boden in der Nähe der Grenze sämtliche Wege, Brücken und Bäche durch drei Männer, die mit Autos bis zur Grenze führen, abgemessen. Eines der Autos hatte Prager Auto-Kennzeichen. Da die Kraftwagenführer uniformiert waren, hat es sich jedenfalls um tschechoslowakische Offiziere gehandelt. Zu einem Bauer haben sie geäußert, dass in Zukunft keine Wege mehr zur Grenze führen werden und Brücken mit mehr als 30 Ztr. Tragkraft in der Nähe der Grenze verschwinden müssten.“

Während der Führer am 6.6.37 zur feierlichen Aufnahme der Büste Bruckners in der Walhalla und zum Gauparteitag in Regensburg weilte, wurde die Stimmung im Land immer gereizter, nicht nur, weil die Restriktionen der NSDAP-Führung gegen die Kirche weiter zunahmen: „(9.7.37) Immer wieder muss gegen Nörgler und Stänkerer eingeschritten werden, die, durch Alkoholgenuss oder Widerrede gereizt, ihre wahre Gesinnung nicht mehr verbergen können. Als solche Unruhestifter, gegen die strafrechtliche Verfahren wegen Zuwiderhandlung gegen das Heimtückegesetz eingeleitet worden sind, sind bekannt geworden: u.a. der verheiratete Arbeiter Johann Schmidkonz in Ahornberg, BezA Tirschenreuth, der am 13.6.37 geäußert haben soll: „Wir gehen zu den Tschechen hinüber und dann werden wir die deutschen gehörig aufs Dach hauen.“ – „Der verheiratete Schmied Ludwig Bielmeier in Solla, BezA Grafenau, der am 4.6.37 in einer Wirtschaft mit „Schädelabschneiden“ gedroht hat.“ – „Der verheiratete Bauer Josef Reitmeier in Landau a.d.Isar, der am 13.6. in einer Wirtschaft den früheren Reichskanzler Brüning gelobt, über die Zeitung geschimpft, die Kreisleitung und die Partei als überflüssig bezeichnet und in ähnlicher Weise weiter genörgelt hat und dem zwei Gesinnungsgenossen beigepflichtet haben.“ - In Bodenmais, BezA Regen, hat der Ortsgruppenleiter verboten, die Häuser bei der Anwesenheit des Bischofs anlässlich der Firmung zu beflaggen. Dies hat bei der Bevölkerung Verstimmung ausgelöst.“ – „Das Bezirksamt Rottenburg a.d. Laaber hat es als verfehlt bezeichnet, dass bei der Feier des 100jährigen Bestehens der Kriegerkameradschaft Rottenburg eine Feldmesse gelesen wurde, bei der Professor Prechtel, ein früherer bekannter Vorkämpfer der Bayer. Volkspartei (*Anm.: und späterer Landrat*), die Festpredigt gehalten hat. Kreisleitung und Gliederungen der Partei haben an der Feier nicht teilgenommen.“ – „In Vilsbiburg wurde in der Nacht vom 27./28.5. von dem Haus in dem der weibliche Arbeitsdienst untergebracht ist, eine dort angebrachte Marienstatue im Wert von rd. 150 RM heruntergeworfen und beschädigt. Die Täter sind Angehörige der SA, einer davon ist Obertruppführer.“

Außerdem bot der Bericht vom 9.7.37 wieder tiefe Einblicke ins Grenzgebiet: „Am 7.6.37 früh gegen 3 Uhr wurde die Stadt Furth i.Wald, BezA Cham, von einem Flugzeug überflogen, das von der Tschechoslowakei aus der Richtung der Schwarzkoppe her kam und in Richtung nach Süden zum Hohen Bogen weiterflog. Gesehen wurde das Flugzeug von niemand, da es zu dieser Zeit noch dunkel war.“ – „Am 10. 7.37 wurde die deutsch-tschechische Grenze zwischen Jägershof und Vorderbuchberg im Bezirk Kötzing auf eine kurze Zeit und Strecke überflogen. Vermutlich war es ein tschechisches Flugzeug; die Kennzeichen waren nicht zu erkennen.“ – „Vom Bezirksamt Wolfstein ist folgende Mitteilung eines Vertrauensmannes

vorgelegt worden: Mitte Juni haben sich zwölf tschechische Soldaten, wahrscheinlich Offiziere, die mit Motorrädern und einem Messgerätewagen ankamen, einen Tag lang in Eleonorenrain aufgehalten und von einem erhöhten Punkt, von dem aus das Gelände bis nach Bischofsreuth eingesehen werden kann, Messungen vorgenommen.“ – „Zur Zeit sind die tschechischen Gendarmeriestationen an der Grenze entlang des Bezirksamts Wolfstein in folgender Weise besetzt:

Glöcklberg:	1 Inspektor und 7 Gendarmen,
Sallnau:	4 Gendarmen
Neuthal:	5 Gendarmen
<hr/>	
zusammen:	1 Inspektor und 16 Gendarmen

Auf tschechischer Seite kommen aber außerdem noch folgende Stärken überwiegend uniformierter Staatspolizei in den nachgenannten Orten hinzu:

Krumau	45	Hohenfurt	5
Kablitz	15	Oberplan	17
Rosenberg	8	Gratzen	8
Friedberg	5		
<hr/>		<hr/>	
	73		30

Zu dem einen Inspektor und den 16 Gendarmen kommen also noch 103 Staatspolizeibeamte hinzu.

Auf deutscher Seite stehen gegenüber:

Mauth	2 Gendarmen
Bischofsreut	1 Gendarm
Haidmühle	3 Gendarmen
Neureichenau	3 Gendarmen
Herzogsreut	2 Gendarmen
<hr/>	
	11 Gendarmen

Während also auf tschechischer Seite insgesamt 120 Polizeibeamte bereitstehen, sind in dem gleichen Grenzabschnitt auf deutscher Seite nur 11 Gendarmen eingesetzt.“ – „In der Nacht vom 31.5.37 auf den 1.6.37 und vom 12./13.6.37 fanden in den tschechischen Gemeinden Landstraßen und Kuschwarda Verdunkelungsübungen statt.“ – „Jenseits der Grenze wächst sich das Bettlerunwesen zu einer Landplage aus. Über die Grenze herüber getrauen sich die Zigeuner und Bettler nicht.“

Auch im Bericht vom 9.7.37 ging die Aufrechnung von Sittlichkeitsvergehen von NSDAP-Mitgliedern und der Geistlichkeit weiter: „Wegen Verfehlungen ebenfalls nach §175 sind festgenommen worden ein früherer Franziskanerbruder Lorenz Henkel, geboren in Rüsselsheim, zuletzt wohnhaft in Regensburg, dann der ledige Hausdiener im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Regensburg Felix Schrafel und der Hausangestellte im städt. Schülerheim Cham, Josef Hintereder.“ – „Gegen den verheirateten Arbeiter Max Lasser in Cham, der Mitglied der NSDAP und der SA ist, wurde wegen fortgesetzter widernatürlicher Unzucht Anzeige erstattet.“ – „Über den Jungvolkführer Neuenhammer, BezA Vohenstrauß, sind Klagen eingegangen wegen unzulässiger Züchtigung und wegen Duldens sittlicher Missstände. Die zuständige Gebietsführung der HJ und die Geheime Staatspolizei sind verständigt.“

Weiter ging es im Bericht vom 9.8.37 mit Zuwiderhandlung gegen das Heimtückegesetz. Verfahren wurden eingeleitet u.a. gegen: „Den Bauer Georg Groll in Hacklöd, BezA Landau

a.d. Isar, der am 7.7.37 anlässlich einer Pfändung über die Regierung geschimpft hat, dass lauter Lumpen drin seien, dass sie ihn um sein Anwesen bringen wollten und dass das Dritte Reich die Juden ausgehauen hat, aber dafür die Lumpen laufen lässt.“ – „Den Bauer Sebastian Kaiser in Töding, BezA Dingolfing, der als Propagandawart der Soldatenkameradschaft Großköllnbach bei einer Jahresversammlung am 4.7.37 das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in unsäglicher Weise behandelt hat.“ – „Den Landwirt und Viehhändler Peter Feldmeier in Haselbach, BezA Bogen, der am 15.7.37 in einer Wirtschaft den Reichsnährstand eine Lumperei genannt hat.“ – „Einen Bauer aus dem Bezirk Vilshofen, der behauptet hat, in Deutschland habe man den Staatskommunismus, und außerdem aus dem Bezirk Griesbach zwei Stänkerer und aus dem Bezirk Mainburg drei Nörgler.“ – „Am 5.7.37 ist der Bahnarbeiter Johann Blohmeier in Sternberg, BezA Beilngries, wegen Verdachts des Verrats militärischer Geheimnisse in Untersuchungshaft genommen worden.“ – „Am 8.7.37 ist der Schlosser Josef Christl, beschäftigt bei der Papierfabrik Teisnach, BezA Viechtach, wegen kommunistischer Propaganda – Verbreitung von Nachrichten des Moskauer Senders – verhaftet worden.“ - In Schutzhaft genommen wurden u.a.: „Der Dienstknecht Michael Müller in Unterrehmbach, BezA Eggenfelden, wegen grundlosen Verlassens des Dienstplatzes.“ – „Der Kaufmann Evaristus Staudinger in Landau a.d. Isar wegen Verbreitung teils völlig unwahrer, teils gröblich entstellter Behauptungen, die in hohem Maße geeignet sind, das Ansehen der Reichsregierung und der NSDAP schwer zu schädigen.“ - Verurteilt wurden: „Wegen Beleidigung des Kreisleiters Krenn in Hauzenberg, dem vorgeworfen worden ist, dass er das Kreuz aus der Schule entfernt habe, sind verurteilt worden Aloisia Holzer in Germansdorf zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat und deren Onkel Josef Öller von Duschlberg zu einer Woche Gefängnis.“ – „Wegen Beleidigung der Wehrmacht ist der Maurer Josef Weiß in Hohengebraching, BezA Regensburg, zu einer Geldstrafe von 40 RM verurteilt worden.“

Doch musste der Regierungspräsident immer wieder über Einstellungen der Verfahren oder gar Freisprüche berichten u.a.: „Eingestellt wurde das Strafverfahren wegen Vergehens gegen das HeimtGes gegen die Inwohnersfrau Karolin Fisch in Jahrdorf, BezA Wegscheid, die behauptet hatte, dass ein Schutzhaftgefangener bei einem Fluchtversuch erschossen worden sei, die Einstellung wurde damit begründet, dass eine derartige Behauptung nicht geeignet sei, das Ansehen der Regierung oder der NSDAP zu schädigen, zumal in letzter Zeit tatsächlich Gefangene bei Fluchtversuchen aus dem Konzentrationslager Dachau erschossen worden seien.“ – „Auch das Verfahren gegen den Tagelöhner Johann Fröhler in Tittling, BezA Passau, wegen Vorbereitung zum Hochverrat – Fröhler war beschuldigt, kommunistische Mundpropaganda getrieben zu haben – ist eingestellt worden.“ – „(8.9.37) Den Kriegsrentner Heinrich Prüfinger, geb. 21.3.1899 in Kirchheim, und den Pensionisten Josef Braun, geb. 24.10.1899 in Regensburg, die zwar wegen Vorbereitung zum Hochverrat – gemeinsames Abhören des Moskauer Senders – freigesprochen worden sind, die aber trotzdem einer eingehender Schulung bedürfen.“ - Auch gegen verschiedene Geistliche wurde vorgegangen: „Franziskaner Pater Klenk in Landshut wegen Verstoßes gegen das Heimtückegesetz, weil er in einer Predigt am 18.7.37 in Au behauptet hat, dass das Kreuz aus den Schulen entfernt worden und dass es nicht wahr sei, dass die sittlichen Verfehlungen der Klosterinsassen vertuscht worden seien.“ – „Pfarrer Michael Endl in Emmersdorf, BezA Eggenfelden, wegen Kanzelmissbrauchs, weil er die Verhaftung des Jesuitenpaters Meyer in München als zu Unrecht erfolgt hingestellt und den größten Teil der Verhandlungen wegen Verfehlungen in den Klöstern als Verleumdung bezeichnet hat.“ – „Der Pfarrer Frammelsberger in Oberglaim, BezA Landshut, der gehässige und hetzerische Äußerungen über die Presse und staatliche Anordnungen gemacht hat. (Anm.: Dieser war ab 1927 in Oberglaim tätig und zugleich Funktionär der BVP. Deshalb wurde er bereits 1933 von den Nationalsozialisten im KZ Dachau in „Schutzhaft“ genommen. Nach seiner Entlassung wurde er von der Gestapo bespitzelt und im Januar 1938 erneut inhaftiert. Aufgrund der allgemeinen Amnestie vom 30. April 1938 wurde das Verfahren gegen ihn jedoch eingestellt. Im November 1943 wurde er allerdings erneut verhaftet und

*ins Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit verbracht, wo er menschenunwürdigen Verhören unterzogen wurde und katastrophalen Haftbedingungen ausgesetzt war. Am 16. Januar 1944 verstarb er aufgrund völliger Erschöpfung. Später wurde Frammelsberger von Papst Johannes Paul II. in die Liste der Märtyrer des 20. Jahrhunderts aufgenommen.)*

Auch am 9.8.37 bezogen sich einige Berichte auf die Vorkommnisse an der tschechischen Grenze: „Das Bezirksamt Wolfstein berichtet, dass die zahlreichen deutschen Wanderer es mit Erstaunen und Missfallen vermerken, dass die Grenzhöheitszeichen des Deutschen Reiches, die voriges Jahr, weil veraltet, entfernt worden sind, noch nicht durch neue ersetzt wurden, während auf tschechischer Seite überall sehr sorgfältig ausgeführte und unterhaltene Hoheitszeichen vorhanden sind.“ – „Ausflügler, die ohne Grenzpasspapiere vom Dreisessel über Dreiecksmark (Dreiländereck) zum Plöckensteinsee wandern, werden jetzt von tschechischen Grenzbeamten angehalten und mit zwei RM gebührenpflichtig verwahrt, während diese Wanderung, die nur kurze Strecken über tschechisches Gebiet führen, früher anstandslos unternommen werden konnten.“ – „Aus dem Bezirk Kötzing wird berichtet, dass die tschechische Gendarmerie jetzt sehr oft mit verstärkten Patrouillen den Osser besucht, hiebei aber das Osserschutzhaus meidet.“ – „Der Schriftführer der Gendarmeriestation Eschlkam, BeZA Kötzing, mit dem tschechischen Gendarmerieposten Neumark hat aufgehört. Die Gendarmerie in Neumark hat schon vor längerer Zeit schriftlich mitgeteilt, dass nur noch Dienstschriften in tschechischer Sprache beantwortet werden.“ – „Der Reichsdeutsche Josef Singer von Furth i. Wald – Daberg, BeZA Cham, ist vom Senat für Militärverratsachen beim Kreisstrafgericht in Prag wegen Verbrechens des Militärverrats zu zehn Jahren schweren Kerkers verurteilt worden. (Anm.: Singer kam im Austausch am 14.5.38 wieder in seine Heimat zurück.) Mit ihm sind weitere neun Angeklagte abgeurteilt worden. Die Leute scheinen von einem tschechoslowakischen Installateur in Neumark, der öfters in Furth im Wald aufgetreten ist und überwacht wurde, unter Ausnützung einer dritten Person verraten worden sein. Dieser Installateur ist am 2.7.37 in Furth i. Wald verhaftet worden.“

Der Einsatz von sudetendeutschen Erntearbeitern im Reich verlief nicht immer ohne Komplikationen, wie der Bericht vom 9.8.37 darstellt: „Der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern fordert zunehmend den Einsatz von Erntehelfern. Über die Verwendung ausländischer Erntehelfer berichtet das Bezirksamt Eschenbach folgenden Fall: Am 23.7.37 brachte das Arbeitsamt Weiden 14 sudetendeutsche Erntearbeiter der Betreuungsstelle Wöllershof nach Kirchenthumbach, wo der Bürgermeister von Neuzirkendorf sie für die Bauern der Umgegend abholen wollte. Die Arbeiter verlangten einen Tagelohn von 2 RM und sonst alles frei. Die Bauern wollten aber nur 1 RM für den Tag geben, erklärten sich aber dann auch mit 1,50 RM einverstanden. Die Arbeiter ließen sich aber von dem Tagelohn von 2 RM nicht abbringen und lehn-ten weitere Verhandlungen rundweg ab. Dem Bezirksamt gelang es, wenigstens einige Bauern in Kirchenthumbach dazu zu bewegen, eine Frau und vier Mann gegen 2 RM Tageslohn und freie Station einzustellen. Die übrigen zwei Frauen und sieben Männer, die gegen diese Entschädigung nicht untergebracht werden konnten, blieben auf ihrer Ablehnung bestehen mit der Erklärung, bei der Anwerbung durch ihren Vormann sei ihnen ausdrücklich zugesichert worden, dass sie 30 RM wöchentlich und alles frei bekämen. In Niederbayern würden diese Löhne auch bezahlt. Sie seien nur in die falsche Marschrichtung gesetzt worden. Auf die Einwendung des Bezirksamtsvorstandes, dass eine solche Zusicherung unmöglich gegeben werden sein könne, erklärten die Ausländer, ihrem Obmann sei diese Zusicherung bei der Kreisleitung in Waldmünchen gegeben worden und erst daraufhin hätten sie sich anwerben lassen. Nun seien sie schon acht Tage umsonst in Deutschland, hätten nichts verdient und sollen auch den zugesagten Lohn nicht bekommen. Sie wollten sofort wieder nach Hause zurück. Es blieb nichts anderes übrig, als diese neun Mann zunächst mit Schub nach Eschenbach zu bringen und im Gefängnis über Mittag verpflegen zu lassen. Um einen weiteren Schub zu vermeiden, legten die Ausländer ihr Taschengeld mit etwa 23 RM zusammen, das benötigte Restgeld von

12 RM wurde aus der Bezirkskasse bezahlt und dann führen die Ausländer mit einer Gesellschaftskarte nach Waldmünchen, um von da in ihre Heimat zurückzukehren.“  
Im Bericht vom 9.8.37 ist auch etwas über den Ablauf und die wirtschaftliche Dimension der im Bayerischen Wald/ Böhmerwald üblichen die Beerenernte zu erfahren: „Sehr reichlich ist die Heidelbeerernte, die vielen bedürftigen Volksgenossen eine erwünschte Einnahmequelle bietet. Nach Bericht des Bezirksamts Wolfstein wurden auf den Bahnhöfen Altreichenau und Neureichenau bisher über 51.000kg Heidelbeeren verfrachtet, was einer Einnahme der dortigen Bevölkerung von etwa 12.000 RM entspricht. In der Bahnstation Schöllnach, BezA Degendorf, wurden 70 Eisenbahnwaggon mit je ca. 2000 kg Beeren verladen, was den Pflückerlohn von rd. 33.000 RM ausmacht. Das Bezirksamt Grafenau schätzt den bisher erzielten Umsatz sogar auf 150.000 bis 200.000 RM.

Die Anordnung, die mit der früheren Übung völlig gebrochen und die Verwendung von Kämmen allgemein zugelassen hat, hat sich nach den bisher gemachten Erfahrungen bewährt. Es wird besonders hervorgehoben, dass der Ertrag und die Qualität der Ware durch das Kämmen wesentlich gehoben worden sei. Dagegen haben sich, wie übrigens auch schon in früheren Jahren, bei der Beerenernte im Bayerischen Wald andere Schwierigkeiten ergeben. Mit dem Reifen der Himbeeren haben sich die Pflücker auf die bequemere und einträglichere Arbeit des Himbeerpflückens geworfen. Es bestand die Gefahr, dass die Heidelbeeren, die noch in großen Mengen auf den Sträuchern stehen, nicht mehr rechtzeitig geerntet werden und verderben. Das zu verhindern, wäre an sich Sache der Marktregelung. Die Versuche, die zu diesem Zweck unternommen wurden, sind aber gescheitert. Das BezA Grafenau hat deshalb im Einvernehmen mit dem Gartenbauwirtschaftsverband das Pflücken der Himbeeren in dem nördlichen Gebietsteil vorübergehend verboten. Diese Maßnahme stützt sich nur auf das allgemeine Polizeirecht. Es wäre wünschenswert, dass die Bezirkspolizeibehörden durch eine mit Strafdrohung bewehrte Anordnung ermächtigt werden, im Bedarfsfalle Pflücktermine für die Waldfrüchteernte festzusetzen.

Das Bezirksamt Eschenbach muss gegen den Unfug, die Preiselbeeren jetzt schon in grünem Zustand zu pflücken und im Keller notreifen zu lassen, rücksichtslos vorgehen. Strafanzeigen wurden bereits erstattet; 4 Ztr. unreife Beeren wurden beschlagnahmt; sie wurden im Einvernehmen mit dem Gartenwirtschaftsverband der Obstkonservenfabrik Örtl in Grafenwöhr überlassen, die die Sachen lagert, verwertet und den Erlös an die NSV abgibt.

Ebenfalls am 9.8.37 ist das Ende des „Oberpfälzer Kurier“ in Weiden dokumentiert: „Der „Oberpfälzer Kurier“ in Weiden ist ab 1. August mit der gauamtlichen Heimatzeitung „Bayerische Ostmark“, Ausgabe Weiden, vereinigt worden. Die „Bayerische Ostmark“ wird nunmehr in der früheren Druckerei des „Oberpfälzischen Kurier“ hergestellt.“

Am 8.9.37 meldete der Regierungspräsident aus Niederbayern/Oberpfalz von der tschechischen Grenze nach München: „Das Bezirksamt Kötzing bestätigt die schon früher gebrachte Meldung, dass die Kontrollen der tschechischen Grenzbeamten sehr scharf durchgeführt werden. Am 13.8.37 überschritten Beerensammler, Erwachsene und Kinder, nördlich des Osser die Reichsgrenze. Da auf Anruf durch die tschechoslowakische Grenzbeamte einige Kinder flüchteten, gaben die Beamten Schreckschüsse ab. Die stehen gebliebenen Beerensammler wurden eingehend verhört und dann über die Grenze zurückgeschickt.“ – „Das Bezirksamt Wolfstein berichtet, dass auf tschechischer Seite offenbar planmäßig danach betrachtet wird, den Sudetendeutschen die Grenz- und Ausflugscheine zu entziehen.“ – „Am 13.8.37 wurden in Neudorf, BezA Vohenstrauß, das Richtfest des Schulhauses des NS-Lehrerbundes und die Inbetriebnahme der gemeindlichen Wasserleitung gefeiert. Diese Feier ist von etwa 20 Mann tschechischer Gendarmerie und Staatspolizei jenseits der Grenze beobachtet und abgehört worden.“ – „Der tschechische Lehrer Ladislav Spěvák aus Pilsen wurde am 23.8.37 im Schutzbereichsgebiet bei Grabitz, BezA Cham, festgenommen, weil er außerhalb des öffentlichen Weges und an einer militärischen Anlage unter verdächtigen Umständen betroffen wur-

de. (Anm.: *Spěváček ist zu einer Geldstrafe von 60 RM verurteilt und dann wieder freigelassen worden*)“ – „Der Sudetendeutsche Heimatbund (SHB – selbsternannte sudetendeutsche Auslandsrepräsentanz, gegründet 1925 aus mehreren sudetendeutscher Emigrantenvereinigungen, der sich für die Interessen der aus Böhmen und Mähren ins Deutsche Reich abgewanderten Deutschstämmigen einsetzte, mit finanziellen Zuwendungen von amtlichen Stellen der Weimarer Republik) hat am 14. und 15.8.37 in Kelheim sein Reichstreffen abgehalten. Angehörige des Bundes in Stärke von rund 3000 waren nicht bloß aus der Ostmark, sondern besonders zahlreich auch aus Sachsen und dem Rheinland erschienen, die Mitglieder des Sudetendeutschen Ordnungsdienstes fast vollständig.

Am 8.9.37 stellte der Regierungspräsident wieder fest, dass die Meldungen über Sittlichkeitsverbrechen wieder sehr zahlreich waren: „Sie sind von insgesamt zehn Bezirksverwaltungsbehörden berichtet worden. Unter den Beschuldigten ist der frühere langjährige dritte Bürgermeister der Stadt Schwandorf, der pensionierte Lokomotivführer Fritz Geißler, ehemals Ortsgruppen- und Fraktionsführer der SPD. Auch ein HJ-Führer (Bezirk Regensburg) und eine BDM-Führerin aus dem Bezirk Vilsbiburg, wegen Abtreibungsversuch, sind unter den Angeklagten.“ – „In Plankstetten, BezA Beilngries, wurde nachts der neben dem Schulhaus angebrachte Stürmerkasten entfernt und zertrümmert. Der Täter ist noch unermittelt.“ - „(9.8.37) Im Schülerheim der Aufbauschule Amberg sind Verfehlungen nach §175 festgestellt worden. Beteiligt sind Schüler der 3.,4. und 5. Klasse, darunter der Stammführer der HJ Josef Wurm. Ein Schüler wurde von der Anstalt verwiesen, die übrigen wurden aus dem Schülerheim entlassen.“ - "Der Kreisinspektor der DAF (Anm.: *Deutsche Arbeitsfront - war in der NS-Zeit der Einheitsverband der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die DAF wurde am 10. Mai 1933 nach Zerschlagung der Freien Gewerkschaften gegründet*) Andreas Seidl in Ettmannsdorf, zu-gleich stellv. Kreisleiter und Kreisredner, hat sich in Schwandorf eines Notzuchtversuchs schuldig gemacht.“ – „(7.10.37) Wegen Verübung von Sittlichkeitsverbrechen wurden festgenommen: u.a. Moser Johann, Postassistent in Schwandorf, seit 20 Jahren einer der rührigsten Führer der kath. Jugendbewegung in Schwandorf, wegen gleichgeschlechtlichen Verkehrs, und Niessl Johann Baptist, Geistlicher, der als Chorregent in Furth i. Wald, BezA Cham, an Mädchen unter 14 Jahren unzüchtige Handlungen vorgenommen hat. Dem Niessl war zwar vom Ordinariat Regensburg die Ausübung seelsorgerischer Tätigkeiten mit Ausnahme der Zelebration verboten und nach der Tat Zwangsaufenthalt im Korrektionshaus Ensdorf, BezA Amberg, vorgeschrieben worden, er ist aber dem letzteren Auftrag nicht nachgekommen. (Anm.: *Korrektionshaus oder Priestergefängnis war in der katholischen Kirche eine Disziplinarstrafanstalt für straffällige, verurteilte Geistliche, oder ein Gefängnis für diejenigen, die wegen eines Verstoßes gegen kirchliche Gesetze zur Haft und zur Buße verurteilt worden waren.*)

Am 7.10.37 bezog sich der Regierungspräsident auf die vielen Niederschlagungen oder Freisprüche – da viele Anzeigen von Denunzianten rein persönliche Hintergründe oder Übereifer hatten: „Es wäre zu wünschen, dass seitens der Polizeibehörden tatsächlich nur solche Fälle an die Strafverfolgungsbehörden weitergegeben werden, die auch wirklich Aussicht auf eine Ahndung durch die Gerichte haben. Viele Freisprüche schädigen die Autorität der Polizeibehörden.“ – „Von 10 Verfahren wegen Vergehens nach dem Heimtücke-gesetz, die der Regierung zur Kenntnis gekommen sind, wurden vier Verfahren eingestellt. Es ist klar, dass solche Einstellungsbeschlüsse den Angeklagten (meist Arbeiter oder Pfarrer) nur Wasser auf ihre Mühlen geben. Der Grundsatz, nur solche Vergehen den Strafgerichten zu übergeben, die unter allen Umständen zu einer Verurteilung führen müssen, soll im Interesse der Staatsautorität Richtschnur sein.“

Denn auch am 7.10.37 rissen die Berichte über Anzeigen und Maßnahmen gegen sogenannte Staatsfeinde nicht ab: „Neu angezeigt wegen Verstoßes gegen das Heimtückegesetz

---

wurden: u.a. der Zimmermann Karl Sturm in Landshut, beschäftigt bei dem Flugplatzbau in Obertraubling, der während der Rede des Führers auf dem Reichsparteitag diese Ausführungen lächerlich machen wollte.“ – „Der Maschinist Ludwig Hartl in Passau, der auf der Donaulände in Passau in der ungarischen Güterabfertigungsstelle sich mit folgenden Worten als Juden- und Kommunistenfreund verraten hat: „Jetzt fressen wir halt doch dös, was uns die Juden übrig lassen, so oder so. Da schreien sie dauernd vom Frieden, Frieden wird aber nur, wenn die am Ruder sind, die wirklich Frieden wollen und nicht die, die dauernd vom Frieden reden, aber den Krieg in die Welt raus schreien. Dass sieht man wieder mit dem Dreck, den sie in Spanien angezettelt haben. Hoffentlich wird aber nicht Franco, sondern wir (das sind die Kommunisten) gewinnen.“ – „Der Arbeiter Karl Gloning in Regensburg, der Gräuelnachrichten über das Konzentrationslager Dachau verbreitet hat.“ – „Der Lagerarbeiter Franz Wagner in Weiden, der die heutigen Arbeitsverdienste als Hungerlöhne bezeichnet hat.“ – „Der Dipl.Ing Max Jakobs in Weiden, der behauptet hat, Reichsminister Dr. Goebbels und seine Ehefrau seien jüdischer Abstammung.“ – „Der Schlossermeister Karl Beer in Weiden, der bei einem Gespräch über die derzeitigen Kleiderstoffe folgendes gesagt hat: „Die neue Stoff-Faser besteht aus dem Hitler seinem Hirngespinnst, aus den Lumpen der Partei und aus der Geduldsfaser des Volkes.“ – In Schutzhaft genommen wurde u.a.: „Köhler Otto, Bauunternehmer in Eichstätt, zu seiner eigenen Sicherheit, da er den von ihm beim Flugplatzbau in Mitterharthausen, BezA Straubing, beschäftigten Arbeitern die Löhne trotz wiederholter Bemühungen der Bauleitung, Kreisleitung und DAF ständig vorenthalten hat.“ – „Fischer Josef, Händler in Au, BezA Mainburg, ebenfalls ein fleißiger Wirtshausbesucher, der den deutschen Gruß mit den Worten: „Scheiss Hitler“ erwidert und außerdem folgendes gesagt hat: Früher hatten wir ein König- und ein Kaiserreich und jetzt haben wir nichts. Wenn auch die Regierung von oben herab stimmt, aber von unten herauf sind lauter Lumpen und Bazi dort, die noch nie etwas getaugt haben. Wenn einer 5 Pfennig in die Hand bekommt, dann unterschlägt er sie.“

---

## Schikanen an der deutsch-tschechischen Grenze

---

Am 7.10.37 meldete der Regierungspräsident aus Niederbayern/Oberpfalz von der tschechischen Grenze nach München: „Am 6.9.37 sind zwei sudetendeutsche Arbeiter aus Böhmischdorf von tschechischen Gendarmen festgenommen worden, als sie auf einem Weg entlang der Grenze von ihrer Arbeitsstelle im Bezirk Vohenstrauß. Auf Fahrrädern nach Hause fuhren. Gegen Bezahlung einer Zollstrafe wurden sie wieder freigelassen.“ – „Dem Bezirksamt Kötzing ist ein Anwachsen der tschechischen Propaganda gegen Deutschland gemeldet worden. Der sudetendeutschen Bevölkerung jenseits der Grenze wird vorgemacht, dass es um Deutschland sehr schlecht stünde und verschiedene Umstände auf einen Verfall hinweisen, um dadurch einen Stimmungsumschwung zu Gunsten der Tschechoslowakei hervorzurufen.“ – „Die Tschechoslowakei errichtet bei Freyung, wie das BezA Wolfstein berichtet, Befestigungsanlagen. (Anm.: *Der tschechische Festungsgürtel: auf tschechischer Seite wurden bis zum Herbst 1938 aufgrund eines Gesetzes zum Schutz der Republik und der Bildung eines obersten Verteidigungsrates 10 000 leichte und 229 schwere Anlagen einsatzfähig errichtet wurden*) Die Arbeitsstellen sind militärisch abgesperrt. Außerdem sind die Tschechen in den letzten Tagen dazu übergegangen, Fahrwege, die deutsches und tschechisches Gebiet verbinden, auf tschechischer Seite kurz hinter der Grenze zu sperren. So wurde unmittelbar jenseits des sogenannten Grenzbaches (Kohlauerbaches) der Fahrweg Haidmühle – Brand – Schönberg unter Aufsicht eines tschechischen Gendarmen in einer Breite von etwa 1 m und ebenso tief aufgegraben und dadurch unbrauchbar gemacht. Weiter nördlich wurde in gleicher Weise quer durch den von Marchhäuser über den Harlandbach in Richtung Böhmisch-Röhren ziehenden Fahrweg 25m jenseits der Grenze ein Graben gezogen. Beim Grenzübergang am

Grenzstein 19 wurde am Weg Hinterfirmiansreut – Unterlichtbucht ein Schlagbaum errichtet, der nur 2-3 mal wöchentlich für Fuhrwerke geöffnet wird.“ – „In Buchwald, Fürstenhut, Scheuereck und anderen tschechischen Gemeinden wurde für die Errichtung einer tschechischen Schule geworben. Ein Führer der sudetendeutschen Partei erreichte durch sein Bemühen, dass Leute, die sich bereits in die Liste hatten eintragen lassen, ihre Ja-Stimme wieder zurückzogen.“

Wie im Bericht vom 7.10.37 wurden weitere Zeitschriften gleichgeschaltet: „Die bisher in Mainburg erschienenen Zeitungen „Hopfenbauer“ und „Hollertauer Berichterstatter“ haben Ende September ihr Erscheinen eingestellt. An ihre Stelle tritt die „Bayerische Ostmark“. *(Anm.: Der Verleger des „Hollerdauer Berichterstatters“, der Buchdruckereibesitzer Weinmayer in Mainburg, wurde in Schutzhaft genommen, weil die letzte Nummer des Hollerdauer Berichterstatters ein Inserat der Angestellten und Arbeiter der Firma brachte, in dem diese die Volksgemeinschaft um Arbeit und Verdienst bitten. Durch die Veröffentlichung sollte der Eindruck erweckt werden, als ob im Dritten Reich Angestellte und Arbeiter kurzerhand auf die Straße gesetzt werden, ohne dass für ihren Unterhalt und ihre anderweitige Unterbringung gesorgt worden wäre.)“*

Auch am 7.10.37 äußert sich der Regierungspräsident zu den bereits mehrfach aufgefallenen Unzulänglichkeiten der von der NSDAP eingesetzten Gemeindebeamten: „Das Bezirksamt Regensburg beschwert sich über die Unbrauchbarkeit vieler Gemeindeschreiber, die im Jahre 1933 angestellt wurden. Bisher mussten von 139 Gemeinden des Bezirks nicht weniger als 80 diese Gemeindeschreiber durch andere ersetzen. Ursache der Entlassung war in den meisten Fällen Unfähigkeit, mangelndes Interesse für das Wohl der Gemeinde, teilweise auch moralische Minderwertigkeit. Veranlassung zu dieser Berichterstattung gab die Aufdeckung von Amtsunterschlagungen durch den früheren Gemeindeschreiber Michael Blomberger der Gemeinden Hungersacker, Oberachdorf, Weihern und Wörth a.d.D. in den Jahren 1935 und 1936.“

Der Bericht vom 7.11.37 beschreibt den Einfallsreichtum der „Staatsfeinde“ um ihren Widerstand zu zeigen: „Im Reichsbahnausbesserungswerk Weiden wurde der Reichsbahnsekretär Pg. Gspahn am 23.10.37 über das bahneigene Telefon angerufen und gefragt, ob dort ein Julius Blödl beschäftigt sei. Nach Beantwortung der Anfrage hat der unbekannte Anrufer mit „Rot Front“ begrüßt und eingehängt. Täter bisher noch nicht ermittelt.“ – „In Altreichenau, BezA Wolfstein wurde die neben dem Schulhaus gepflanzte Hitler-Eiche durch Messerschnitte rings um den Stamm herum so beschädigt, dass sie verdorrt. Auch hier hat die Fahndung nach dem Täter noch zu keinem Ergebnis geführt.“

Der Regierungspräsident nutzte seine Berichte aber auch um eigene Forderungen (u.a. nach höheren Strafen) nach München zu transportieren: „Der Gemischtwarenhändler Hällmayer in Mainburg ist vom Finanzamt Neustadt a.d.D. wegen Steuerhinterziehung mit Geldstrafen zu rd. 11.000 RM belegt worden. Diese Art der Erledigung hat bei der Bevölkerung Empörung und Verbitterung ausgelöst. Die Volksgenossen verlangen, dass solche Volksschädlinge auch mit einer Freiheitsstrafe belegt werden.“

Er erlaubte sich aber auch Kritik (zwar in bescheidenem Maße) zu äußern: „Im Bezirk Degendorf feierten die Veteranen- und Kriegerkameradschaft Hengersberg am 10.10.37 das 120. Jahresfest. Die Kameradschaft wollte wie alljährlich mit ihren Fahnen zur Kirche und dann zu dem auf dem Marktplatz errichteten Kriegerdenkmal ziehen. Der Bürgermeister des Marktes Hengersberg verbot jedoch in seiner Eigenschaft als Ortsgruppenleiter den Kirchzug und die Mitnahme der Fahnen. Dies erregte den lebhaften Unwillen der Kameradschaftsmitglieder, da

sie sich noch nie staatsfeindlich gezeigt hätten und der Meinung wären, dass ein solcher Umzug besonders auf dem flachen Lande den Wehrgedanken sehr gefördert hätte.“

Am 7.11.37 meldete der Regierungspräsident aus Niederbayern/Oberpfalz von der tschechischen Grenze nach München: „In der Tschechoslowakei entlang der Grenze herrscht eine nicht geringe Aufregung. Es ist dort die Ansicht verbreitet, der Führer wolle das deutschsprachige Gebiet der Tschechoslowakei erobern und dem Reich einverleiben. Die Folge dieser Angstpsychose ist eine sehr scharfe Überwachung der Grenze. Nachrichten von drüben sind daher fast gar nicht mehr zu erhalten. Von einigen Vertrauensleuten jenseits der Grenze fehlt schon seit Monaten jede Spur. Man vermutet, dass sie verhaftet worden sind. Die tschechische Staatspolizei macht auch bei der Ausstellung von Grenzscheinen große Schwierigkeiten. Angehörige der Sudetendeutschen Partei erhalten Grenzscheine fast überhaupt nicht mehr.“ – „Der Kundschafterdienst durch tschechoslowakische Flugzeuge ist sehr lebhaft. Das Bezirksamt Neustadt a.d. Waldnaab meldet die Landung eines tschechischen Militärflugzeuges auf dem Notlandeplatz südöstlich von Mallersricht, nachdem es vorher mehrmals über dem Bahnhofgebäude gekreist hatte. Der Abflug gleich nach der Landung konnte nicht mehr verhindert werden. Das Bezirksamt Tirschenreuth berichtet das Überfliegen der Grenze durch tschechische Flugzeuge bei Haizenreuth, Schloppach, Mammersreuth, Hundsbach und Egerteich. Da sich im Bereich dieser Ortschaften verschiedene Sicherungsanlagen befinden, dürfte anzunehmen sein, dass die Flugzeuginsassen von diesen Anlagen Lichtbildaufnahmen gemacht haben, insbesondere auch deswegen, weil an einigen dieser Stellen zur fraglichen Zeit gearbeitet wurde. Das gleiche Bezirksamt und die Bezirksämter Grafenau und Wolfstein melden den Einbau von Sperren in die an die Grenze führenden Wege auf tschechischer Seite. Meistens werden starke Betonmauern quer über den Fahrweg geführt, die in der Mitte eine Lücke freilassen, die jederzeit durch eiserne Schienen abgesperrt werden kann.“ – „Am 15./16.10.37 fand bei Neuthal eine Übung statt, an der außer 40 Mann vom 1. Inf.Rgt. in Budweis auch die Gendarmerie und die Finanzwache Neuthal beteiligt waren und wobei die Gendarmerie zum ersten Mal öffentlich mit leichtem MG auftrat.“

Der Bericht vom 7.11.37 legt aber auch die reichseigenen Aktivitäten dar, die für die Anlieger nicht immer ungefährlich waren: „Die Bevölkerung in der Nähe des Bombenabwurfplatzes Siegenburg bei Kelheim ist in große Aufregung versetzt worden durch den fehlerhaften Abwurf von Bomben kurz hintereinander am 22. und 23.10.37. Im ersteren Falle fiel eine etwa 50kg schwere Bombe ungefähr 200m außerhalb der Ortschaft Mühlhausen 15 m vom Gemeindeverbindungsweg Mühlhausen – Geibenstetten entfernt nieder. Durch die Splitter wurden die Drähte des Hopfengartens des Bauern Johann Ferstl von Mühlhausen beschädigt. Personen wurden nicht verletzt, obwohl in einer Entfernung von etwa 50 m von der Einschlagstelle mehrere Leute mit Feldarbeit beschäftigt waren. Im zweiten Falle wurde eine etwa 12 kg schwere Bombe ungefähr 80 m von dem oben erwähnten Gemeindeverbindungsweg und dem Forsthaus Geibenstetten entfernt auf dem Maisacker der Bauerswitwe Islinger von Geibenstetten abgeworfen. Personen- oder Sachschaden wurde nicht angerichtet. Die beiden Einschlagstellen sind etwa zwei km vom Bombenabwurfplatz entfernt.“

Auch die Kritik an den Verfehlungen von Parteimitgliedern wird deutlicher: „Von strafbaren Handlungen, unter denen auch eine Messerstecherei mit tödlichem Ausgang im Bezirk Neunburg v.W. ist, sind besonders diejenigen bedauerlich, die von Amtsträgern der Partei und ihrer Gliederungen begangen worden sind, weil solche Fälle auf die Stimmung der Bevölkerung den denkbar schlechtesten Eindruck machen und den Nörglern reichlich Wasser auch ihren Mühlen gießen. Der Kapseldreher Hermann Bauer in Windischeschenbach, BezA Neustadt a.d. Waldnaab, hat als Kassenverwalter der DAF fast 800 RM Kassenvermögen unterschlagen und sich dann erschossen. Besonders peinlich ist, dass auch sein Amtsvorgänger Schandri wegen Veruntreuung u.a. zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr und zu einer Geldstrafe von 400

RM verurteilt worden war.“ – „Gegen einen Jungsvolk-Fähnleinführer in Theresienthal, BezA Regen, ist ein Strafverfahren wegen Unterschlagung zum Schaden der Kreisleitung und das Jungvolk anhängig. Der Adjutant des Reichsluftschutzbundes Alfons Braun, zugleich Ortskreisgruppe Rottenburg a.d.L., musste seines Dienstes enthoben werden, weil er betrügerischer Weise Schulden gemacht hat und ist jetzt flüchtig gegangen.“ – „Der Stützpunktleiter in Lutzmannstein, BezA Parsberg, wurde wegen Unregelmäßigkeiten seines Dienstes enthoben.“ – „Schließlich ist in diesem Zusammenhang noch zu erwähnen, dass der Bürgermeister Ludwig Dallmeier in Allersdorf, BezA Rottenburg a.d.L., in ein Strafverfahren wegen Beihilfe zur gewerbsmäßigen Abtreibung verwickelt ist und deshalb sein Amt niederlegen musste.

Am 8.12.37 meldete der Regierungspräsident aus Niederbayern/Oberpfalz: „Eine seit Juli 1936 gegen frühere Angehörige der KPD in Straubing eingeleitetes Strafverfahren wegen Hochverrats hat endlich zu einem befriedigenden Ergebnis geführt: *(Anm.: Im Bericht der Bayerischen Politischen Polizei für Oktober 1936 heißt es: Nach Abschluss der staatspolizeilichen Ermittlungen seien insgesamt 27 Personen aus Straubing wegen Vorbereitung zum Hochverrat dem Gericht überstellt worden; unter ihnen hätten sich nicht weniger als zehn ehemalige Schutzhaftgefangene befunden)* Der 44-jährige verheiratete Hilfsarbeiter Johann Loichinger ist zu einer Zuchthausstrafe von sieben Jahren verurteilt worden. Ebenfalls scharf zugegriffen wurde bei folgenden Verurteilungen durch das Sondergericht Nürnberg wegen Vergehens nach dem Heimtückegesetz: Steindl Georg, Rohrleger in Neumarkt i.d.Opf., zu ein Jahr Gefängnis wegen Äußerung „Man hat es ja 1914 gesehen, Dr. Goebbels war seiner Zeit auch zu feige, an die Front zu gehen und hat sich die Fußverletzung selbst beigebracht. Zwei, Sternecker Friedrich in Auerbach, BezA Eschenbach, zu einer Gefängnisstrafe von zehn Monaten wegen Verleumdung führender Männer des Dritten Reiches, Weig Josef in Plankenhämmer, BezA Neustadt a.d.WN., zu einer Gefängnisstrafe von acht Monaten wegen Störung einer Rundfunkübertragung in einer Wirtschaft durch unflätige Zwischenrufe und Beleidigung des Führers. Schutzhaft wurde verhängt über zwei Arbeiter in Ergoldsbach, BezA Mallersdorf, wegen asozialem Verhalten und heimtückischer Angriffe auf Partei und Staat, über den Rechtsanwalt Dr. Blaß in Amberg, ebenfalls wegen stark abträglichen Verhaltens und über die beiden oben erwähnten katholischen Geistlichen Babl und Schabl in Pilsting, BezA Landau a.d.Isar.“

Auch die Situation an der Grenze zur Tschechoslowakei nimmt breiten Raum ein: „Die in meinem letzten Monatsbericht wiedergegebenen Meldungen der Bezirksamter Tirschenreuth, Grafenau und Wolfstein über den Einbau von Sperren in die an die Grenze führenden Wege auf tschechischer Seite sind jetzt auch aus den Bezirken Kötzing und Waldmünchen eingegangen. Das Bezirksamt Wolfstein ergänzt seinen Bericht dahin, dass der von Haidmühle nach Neuthal führende Weg völlig gesperrt worden ist durch das Einlassen eines Betonpflockes, in dem 17 eiserne Schienen befestigt sind, die über 1 m herausragen. Das Bezirksamt Kötzing berichtet, dass die reichsdeutschen Besitzer von Waldgrundstücken in der Tschechoslowakei aufgefordert worden sind, ihr Holz bis 23.11.37 abzufahren, da hernach die Grenzwege abgegraben und gesperrt werden würden.“ - „In die Bauhütten für die Zollneubauten an der Grenze ist wiederholt eingebrochen oder einzubrechen versucht worden. Da nichts gestohlen wurde, hatten es die Täter zweifellos nur auf die Baupläne abgesehen, die ihnen aber nicht in die Hände fielen.“ - „In der optischen Fabrik Neuern (Optische Fabrik W. Eckstein & Co ?) sind in den letzten Wochen ungefähr 40 sudetendeutsche Arbeiter unter irgendeinem Vorwand entlassen worden.“ - „Anfang November war in der Tschechoslowakei eine Pferdembilmachung. Die als tauglich befundenen Pferde wurden zu einer 14tägigen Übung nach Klattau eingezogen.“ - „Der neueste Schmuggel aus der Tschechoslowakei in das Reich ist der mit Autoreifen. Vorher wird der Firmenaufdruck abgeschliffen.“ - „In dem Bezirk Tirschenreuth sind in den letzten Wochen wieder Leute aus der Tschechoslowakei eingewandert, die sich als politische Flüchtlinge ausgaben, die aber zurücküberstellt werden mussten, weil

sich die Angaben nicht bewahrheitet haben.“ - „Die Besetzung der Beamtenstellen an der Grenze besonders für Lehrer und Gendarmeriebeamte bereitet immer mehr Schwierigkeiten. Der Vorstand des Bezirksamts Tirschenreuth erhofft sich bei Besetzung der Schulstellen eine Besserung, wenn diese nicht mehr zur Bewerbung ausgeschrieben, sondern genau so wie die übrigen Beamtenstellen von Amts wegen besetzt werden. Der Grund für das Ausschreiben dieser Stellen, die früher unterschiedliche Besoldung der Lehrer durch die einzelnen Gemeinden, ist seit langem weggefallen.

Bei den Gendarmeriebeamten kommt hinzu, dass deren Wohnungen im Grenzgebiet zum Teil äußerst schlecht und ebenfalls von jeder Verkehrsmöglichkeit, von Arzt und Apotheker weit entfernt sind. Die Kinder müssen zur Ausbildung auswärts geschickt werden. Es ist den Gendarmeriebeamten nicht zu verargen, wenn sie unter diesen Umständen die Bevorzugung ihrer Kameraden bei der Zollverwaltung nicht verstehen können, die nicht bloß größtenteils in neuerbauten und gesunden reichseigenen Wohnungen untergebracht sind, sondern noch dazu eine besondere Grenzzulage erhalten. Eine Gleichstellung der Gendarmeriebeamten mit den Zollbeamten in dieser Beziehung halte ich für unerlässlich.“ - Dazu passt auch der Bericht vom 8.2.38: „Noch dringendere Klagen gehen ein von der Stadt Waldsassen, BezA Tirschenreuth, die ohnehin schon unter Abwanderung leidet. Seit der letzten Volkszählung bis zur Personenaufnahme im Dezember 1937 ist die Bevölkerung von 5533 auf 5320 herabgesunken. Hauptursache ist die Abdrosselung der wirtschaftlichen Entwicklung durch die nahe Grenze. Ein großer Teil der Arbeitskräfte muss im Sommer auswärts Beschäftigung suchen mit der Wirkung, dass dann die Familien nachgeholt werden. Das gleiche ist festzustellen bei den Soldaten, die ihre Dienstzeit abgeleistet haben. Die größte Bestürzung aber haben die Gerüchte hervorgerufen, wonach Finanzamt, Amtsgericht und Hauptzollamt aus dem Schussbereich der tschechischen Geschütze herausgezogen und weiter in das Innere verlegt werden sollen. Durch solche Maßnahmen würde der Grenzstreifen von Waldsassen volks- und wirtschaftspolitisch geschwächt.“

Weiter war zu lesen: „In der Bevölkerung herrscht eine große Erregung darüber, dass der unmittelbare Bezug von Butter und Butterschmalz nicht mehr möglich ist und der Weg über die Sammelstelle und den Handel eine Verteuerung bedeutet genau wie beim Eierhandel. In Straubing wurde der Wochenmarkt in den Jahren 1934, 1935 und 1936 jeweils mit 5-8 Ztr. Landbutter und Butterschmalz beschickt, dazu kam noch die allgemeine Belieferung der Einzelhandelsgeschäfte und der Verbraucherschaft durch die Erzeuger. Die Verbraucherschaft führt Klage über das Fehlen von Landbutter und Butterschmalz, weil sie die teure Molkereibutter kaufen müsse. In Schwandorf stellte sich früher der Preis für Landbutter für ½ kg auf höchstens 1,20 RM und für Butterschmalz auf höchstens 1,50 RM. Seitdem der Wochenmarkt mit dieser Ware nicht mehr beliefert wird, ist die Versorgung der Bevölkerung mit Butter und Butterschmalz arg ins Stocken geraten. In den einschlägigen Geschäften in Schwandorf ist seit September 1936 nur ein einziges Mal Butterschmalz zu haben gewesen.“ – „Die gleichen Klagen über die Butterpreise kommen aus dem Industriebezirk Sulzbach-Rosenberg. Das Bezirksamt berichtet hierzu: „Am meisten sind durch die Neuregelung die Arbeiter und kleineren Angestellten, sowie die Handwerkskreise – etwa 2/3 der Bevölkerung des Bezirks Sulzbach-Rosenberg – betroffen, die bei dem billigen unmittelbaren Butterbezug vom Land (Verwandte) Butter kaufen könnten, nunmehr aber bei gleichen Löhnen die Mehrpreise bis zu 0,20 RM nicht mehr tragen können. Diese Kreise müssen zwangsläufig auf die Butterverwendung verzichten und zu anderen Fetten übergehen.“

Auch am 7.1.38 gab es Berichte aus dem Grenzgebiet: „Gerüchte über die Einführung einer Hühnersteuer, über Erhöhung der Schlachtsteuer für Hausschlachtungen und über die Einführung einer Ablieferungspflicht bei Hausschlachtungen gegen Eintausch von 30 Pfd Fischfleisch sind in unmittelbarer Nähe der tschechoslowakischen Grenze aufgetaucht und vermutlich über diese eingeschleppt worden.“ - „Die Grenzbewohner im Bezirk Waldmünchen, die

in der Tschechoslowakei Wald besitzen, müssen seit einiger Zeit neben den bisherigen Gebühren für jeden Festmeter Holz, den sie aus ihrem Wald holen, eine weitere Gebühr von 16 Tschechenkronen an die tschechoslowakischen Zollbehörden entrichten.“

Unter den strafbaren Handlungen nehmen wiederum die Sittlichkeitsverbrechen den ersten Platz ein – aber auch die Verfehlungen der Gemeindebeamten wurde aufgegriffen: „In nicht weniger als 13 Bezirksverwaltungsbezirken sind solche Zuwiderhandlungen, zum Teil sogar mehrfach, vorgekommen.“ - „Unter den Angeschuldigten ist auch der Bürgermeister Griesbeck der Gemeinde Raindorf, BezA Cham. Im Bezirk Regensburg-Land ist wiederum ein Gemeindeschreiber wegen Amtsunterschlagung und Untreue verurteilt worden und zwar zu vier Monaten Gefängnis.“ - „Das bestätigt die Richtigkeit der schon im Monatsbericht vom 7.10. 37 wiedergegebenen Feststellung, dass in diesem Bezirk im Jahre 1933 bei der Besetzung der Gemeindeschreiberstellen nicht mit der nötigen Umsicht vorgegangen worden ist.“ - Dazu auch der Bericht vom 8.2.38: „Öffentliches Aufsehen erregte die Entlassung des Gemeindesekretärs Deyerling der Marktgemeinde Freyung, BezA Wolfstein, im Anschluss an die Aufdeckung eines Fehlbetrages von 2500 RM in der Gemeindekasse.“

Am 8.2.38 meldete der Regierungspräsident aus Niederbayern/Oberpfalz: „Die Anzeigen wegen Verfehlungen nach dem Heimtückegesetz haben sich sehr verringert. Allerdings löst hie und da Alkohol einem Staatsgegner noch die Zunge. Zu solchen Leuten gehört der Gastwirt Xaver Sigl in Schönberg, BezA Grafenau, der in der Gastwirtschaft seines Bruders Josef in Schönberg seiner Unzufriedenheit mit Regierungsmaßnahmen durch Schimpfwörter wie „Bagage“, „Lumpen“ Ausdruck verlieh, und der Landwirt Alois Steinkirchner in Osbühl, Gemeinde Sattelpleinsteinst, BezA Cham, der in einer Gastwirtschaft in Treibersdorf, die Partei eine „Schwindelbande“ nannte. Auch gegen den Wirtschaftsführer Anton Seidenader in Cham, einen unverbesserlichen Kommunisten, ist Strafanzeige erstattet worden, weil er den Bolschewismus verherrlicht hat. Wegen ähnlicher Zuwiderhandlungen ist auch ein Arbeiterhepaar aus dem Bezirk Burglengenfeld unter Anklage gestellt worden, das außerdem die NSDAP als Kapitalistenpartei beschimpft hat.“ - „Der Bauarbeiter Konrad Paulus in Sulzbach-Rosenberg, der schon zweimal im Konzentrationslager Dachau untergebracht war, hat sich wiederum als unverbesserlicher verbissener Kommunist verraten, sodass er abermals in Schutzhaft genommen werden musste. Das gleiche Schicksal teilten Johann Mittermeier aus Pfarrkirchen, ein arbeitsscheuer, im Land umherstreunender Kommunist, und der Hilfsarbeiter Josef Bauer in Grafenried, BezA Viechtach, ebenfalls ehemaliger Lagerinsasse von Dachau, der neuerdings seine kommunistischen Ideen an den Mann bringen und Hoffnung auf eine Ergreifung der Macht in Deutschland durch die Kommunisten erwecken wollte.“

Weiter wurde berichtet: „Einige Innungsobermeister in Amberg haben Briefe aus der Tschechoslowakei erhalten, in denen gleichlautend Mitleid für die politische Gefangene Liselotte Hermann und andere Gesinnungsgenossen „in Zuchthäusern, Gefängnissen und Konzentrationslagern“ zu erwecken versucht wird unter gleichzeitiger Schmähung der Friedensversicherungen des Führers. (Anm.: *Liselotte (Lilo) Hermann wurde in Berlin am 23. Juni 1909 geboren und wuchs in einer humanistischen bürgerlichen Familie auf. Unmittelbar nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten 1933 wurde Lilo Herrmann gezwungen, aus politischen Gründen ihr Studium zu beenden. In Stuttgart fand sie Kontakt zur illegalen KPD. Sie beschaffte über ihre Kampfgefährten Unterlagen über die Aufrüstung des NS-Regimes, die in der Schweiz publiziert werden konnten. Fieberhaft suchte die Gestapo nach den Illegalen, die die geheimen Kriegsvorbereitungen entlarvten und die Menschheit vor den Absichten Hitlerdeutschlands warnten. Am 7. Dezember 1935 verhaftete die Gestapo Lilo Herrmann. Die Nazijustiz benötigte eineinhalb Jahre, um den Prozess gegen Lilo Herrmann und vier weitere Angeklagte vorzubereiten. Der beabsichtigte Justizmord löste eine breite internationale Pro-*

*testwelle aus. Am 20. Juni 1938, drei Tage vor dem 29. Geburtstag Liselotte Hermanns, wurde das am 12. Juni 1937 gefällte Todesurteil an der jungen Mutter vollstreckt.)*

Aus dem Grenzgebiet war zu erfahren: „Der Fremdenverkehr im Bezirk Kötzing ist erheblich behindert durch die Scharfschießübungen des 20. Inf.Rgts. Regensburg am Nordhang des Arber. Diese Übungen sollen im Gegensatz zu früher nicht nur an einigen Tagen, sondern über zwei Monate ohne Unterbrechung stattfinden. Eine weitere Behinderung wird befürchtet durch die von den Zollbehörden angekündigte Sperre des Grenzübergangs über den Osser. Dadurch würde der Besuch und der Wirtschaftsbetrieb auf dem Osser mit seinem Schutzhaus noch mehr eingeschränkt und geschädigt werden. Da der Ossergipfel ohnehin mit einer Zollwache belegt ist, Schmuggler und Devisenschieber aber sicherlich nicht den beschwerlichen Weg über den Osser wählen, sondern lieber Schleichwege in den ausgedehnten Grenzwäldern benützen, kann diese Maßnahme vom wirtschaftlichen Standpunkt aus nicht recht verstanden werden.“ - „Die Glasindustrie rechnet mit einer Verknappung in der Versorgung mit böhmischer Braunkohle; außerdem hat sie ähnlich wie die Porzellanindustrie Schwierigkeiten in der Versorgung mit Verpackungsgegenständen wie Papier, Kisten, Kartonagen, Holzwolle, Nägeln usw.“ - „Aus dem Bezirk Wegscheid kommen von der Weberei und der Graphitindustrie immer wieder die gleichen Klagen. Der ersteren mangelt es an feineren Garnen, die letztere ist unbedingt auf die Einfuhr von Rohgraphit aus Österreich und der Tschechoslowakei angewiesen, außerdem hat sie Schwierigkeiten in der Beschaffung von Betriebsmaterial, namentlich Eisen und Stahl, elektrotechnischem Material, Kabel und Grubenholz.“

Im Bericht vom 8.2.38 wurde die weitere Zerschlagung einer Zeitung dokumentiert: „In der Zusammenfassung der Presse ist ab 1.1.1938 ein neuer Fortschritt zu verzeichnen dadurch, dass die bisher neben der „Bayerischen Ostmark“ noch selbständig erschienene „Donau-Zeitung“ in Passau von dem Gauverlag Bayerische Ostmark übernommen worden ist.“

Einen tiefen Einblick in die moralische Ausgestaltung der NSDAP bietet der folgende Bericht, der deutlich den Unmut des Regierungspräsidenten erregte: Das Bezirksamt Regen berichtet: „Bei einer im November vorigen Jahres vorgenommenen Revision der Kasse der Kreisleitung der NSDAP wurde durch den Revisor der Gauleitung ein Kassenfehlbetrag von 8000,- RM festgestellt. Dem Kreisleiter wurde ein kurzer Termin zur Abdeckung des Fehlbetrages gesetzt. In einer geheimen Sitzung der Ortsgruppenleiter wurde beschlossen, den Betrag auf die Gemeinden umzulegen. ... Auf Grund der hier vorhandenen mündlichen Informationen muss angenommen werden, dass die Aktion des Kreisleiters an dem Widerstand des größten Teiles der Bürgermeister gescheitert ist.

Nunmehr wurden in Eisenstein und Zwiesel Versammlungen von besonders ausgesuchten Parteigenossen, denen der Zweck der Zusammenkunft vorher nicht mitgeteilt worden war, und deren Anzahl etwa die Hälfte der Parteigenossen der betreffenden Ortsgruppe ausmachte, einberufen. In diesen Versammlungen machte der Kreisleiter in längeren Ausführungen ohne Nennung eines konkreten Grundes die Leistung weiterer Opfer begreiflich und veranlasste die Parteigenossen zur Unterschrift unter einen Revers, worin sie sich zur freiwilligen dauernden Erhöhung ihrer Parteibeiträge um einen bestimmten Betrag verpflichteten. Als Gegenleistung sollten die Parteigenossen vor weiteren Sammlungen verschont bleiben. Die Versammlungen in Eisenstein und Zwiesel zeitigten unter dem Gewicht der Person des Kreisleiters einen guten Erfolg. Am kommenden Sonntag soll die Versammlung in Regen stattfinden.

Das Bezirksamt fürchtet – abgesehen von der Tatsache, dass eine derartige Beitragserhöhung nicht mit den Vorschriften des Reichsschatzmeisters übereinstimmt – nicht nur eine von den Parteigenossen ausgehende merkliche Verbitterung, sondern vor allem eine empfindliche Beeinträchtigung der Reichsstraßen- und Eintopfensammlungen sowie der weiteren vom Reichsinnenminister genehmigten Sammlungen.“



plan“ angewandt, d.h. in den höheren Lagen erfolgten die Botenfahrten nicht mit Kraftwagen, sondern mit Schlitten; auch Skiläufer wurden eingesetzt. Der VGAD (115 Mann) ist vollzählig angetreten, der Grenzschutz nahezu vollständig.“ - „In Mauth, BezA Wolfstein, wurde am 9. Februar der militärische Grenzschutz zu einer Einsatzübung zusammengezogen. Die Übung, zu der sich auch der kommandierende General des XIII. A.K. eingefunden hatte, wurde von Oberstleutnant Hörl geleitet. Sie dauerte von 7 Uhr bis gegen Mittag und war durch Schneesturm beeinträchtigt. Der Übungsplan sah vor: Abwehr des Gegners bei dessen Versuch, die Reichsgrenze zwischen Landstraßen – Hinterfirmiansreut – Finsterau – Lusen mit schwächeren Kräften zu überschreiten, Sperrung der Übergangsstellen bei Hinterfirmiansreut, Hammerklause (Teufelsbachstr. ), Reichsstraße von Buchwald her. Abwehrstellung für den Fall des Zurückweichens der Fuchsberg (Höhe 942) bei Mauth, Verteidigungslinie die Höhen bei Kreuzberg.“ - „An der Grenze insbesondere in den Bezirken Cham, Vohenstrauß und Wegscheid wurde der Verkehr für einige Tage durch Schneeverwehungen erheblich gestört.“

---

### **Der Anschluss Österreichs**

Nach dem Anschluss Österreichs traten die traditionellen bürgerlichen deutschen Parteien in der CSR aus der Regierung aus und schlossen sich der SdP an, so am 22. März 1938 der »Deutsche Bund der Landwirte« und am 24. März 1938 die »Christlich-Soziale Volkspartei“. Die meisten deutschen Organisationen und Verbände »schalteten sich gleich«, indem sie sich der Führung der SdP unterstellten“.

---

Am 8.4.38 meldete der Regierungspräsident aus Niederbayern/Oberpfalz nach München: „Die Eingliederung des Landes Österreich in das Reich hat unbeschreibliche Begeisterung ausgelöst. Der Jubel war überall ungekünstelt und kam aus innerstem Herzen. Die Probemobilmachung hat geklappt. In den Familien, deren Oberhaupt eingezogen worden ist, wollte man es allerdings zunächst nicht verstehen, warum nicht auf junge ledige Leute, die leichter entbehrlich gewesen wären, zurückgegriffen worden ist. Durch die baldige Rückkehr der Einberufenen sind aber auch diese Sorgen wieder vergessen worden.“ – „Durch den Anschluss des Landes Österreich haben sich auch die Verhältnisse an der tschechoslowakischen Grenze grundlegend geändert. Bei den Tschechen hat sich das schlechte Gewissen gewaltig zu regen begonnen und man versucht jetzt mit allen Kräften, das seitherige Unrecht wieder gut zu machen. Die sämtlichen Bezirksämter entlang der tschechoslowakischen Grenze berichten von einer ganz überraschenden Freundlichkeit, Dienstgefälligkeit und Liebenswürdigkeit der tschechoslowakischen Beamten, die in ihrer Übertriebenheit manchmal geradezu lächerlich wirkt und den Eindruck erweckt, dass hier die Angst vor einem drohenden Einmarsch spricht. Tschechoslowakische Beamte trachten danach, in rein tschechisches Gebiet zurück versetzt zu werden. Die abgegrabenen Wirtschaftswege werden wieder eingeebnet, die Überfahrt wird wieder gestattet. Die Sudetendeutschen wurden in der Abhaltung politischer Versammlungen zur Feier des Anschlusses Österreichs in keiner Weise gehindert. Trotz vorgebrachter Angriffe auf die tschechische Regierung und trotz der Forderung von Selbstverwaltung usw. löste der anwesende Regierungsvertreter Versammlungen nicht auf. Dass die Bevölkerung Deutschböhmens mit einer baldigen Rückkehr in das Reich rechnet, ist ein offenes Geheimnis. In aller Öffentlichkeit, besonders in den Wirtschaften wird der Anschluss an Deutschland erörtert, begrüßt und gefordert. Hievon lassen sich die Deutschen auch nicht abhalten durch die Anwesenheit tschechischer Beamter. Letztere haben dafür nur ein betretenes Schweigen im Gegensatz zu früher, wo der Deutsche Freiheit und Vermögen aufs Spiel setzen konnte. Die Vorbereitungen der Deutschen in Eger gehen sogar so weit, dass sie schon Hakenkreuzfahnen in Waldsassen bestellt haben.“

Auch sonst gab es Berichte aus dem Grenzland: „Der freiwillige Zustrom ausländischer Arbeitskräfte flaute ab und zwar auch aus der Tschechoslowakei, da dort ebenfalls Dienstbotenmangel eingetreten ist. „ – „Im Bayerischen Wald nimmt der schon einmal erwähnte Missstand der Abwanderung tüchtiger Arbeitskräfte immer bedenklichere Ausmaße an. Für die Aufrechterhaltung der Steinindustrie des Bayerischen Waldes bestehen die ernstesten Sorgen, wenn es nicht gelingt, der Abwanderung durch geeignete Mittel entgegenzusteuern. Diese Angelegenheit ist Gegenstand eines eingehenden Berichts der Industrie- und Handelskammer Passau vom 23.2.38 an das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft. Der Vorstand des Bezirksamts Wolfstein befürchtet für den ganzen Bezirk eine Stockung in der ordnungsgemäßen Durchführung der notwendigsten Bauarbeiten wie Straßen-, Siedlungs-, Schulhaus- und sonstiger Bauten, Melioration usw., wenn das Arbeitsamt in den kommenden Wochen alle nur einigermaßen brauchbaren Arbeitskräfte aus dem Bezirk herauszieht und nach auswärts abstellt. Denn dann bleibt nur ein sowohl zahlenmäßig, wie auch in der Güte recht bescheidener Rest zurück. Aus dem Bezirk Vilshofen wurden bisher 303 Baufach- und Hilfsarbeiter zu den Bauarbeiten auf den Obersalzberg und zu den Baustellen der Reichsautobahn abgestellt.“

Außerdem wird am 8.4.38 über eine rege stattliche Bautätigkeit in der Region berichtet: „Im Bezirk Landau a.d.I. werden die Arbeitslosen durch die Bauten des Flugplatzes in Mitterhartshausen bei Straubing aufgesaugt, wo etwa 1300 Arbeiter beschäftigt sind, und der Donauhochwasserschutzdämme bei Straubing mit rd. 300 Beschäftigten. Beim Bahnbau Wallersdorf – Ganacker sind zurzeit 2 angestellte und 50 Arbeiter beschäftigt, beim Flugplatzbau in Ganacker insgesamt 135 Arbeiter. Die Arbeitslosen des Bezirks Kötzing sind zum größten Teil bei den Bauten der Ostmarkstraße bei Miltach und der Regentalstraße bei Kreuzbach untergebracht.“

Auch die Wahl zum Großdeutschen Reichstag vom 10. April 1938 (fand zugleich mit der nachträglichen Volksabstimmung über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich statt) wirft seine Schatten voraus: „Von den Wahlkundgebungen im Regierungsbezirk war die bedeutendste die am 31.3.1938 vor der Stadthalle in Regensburg, bei der Reichsleiter Rosenberg vor etwa 50.000 Volksgenossen sprach, die seinen Ausführungen mit Beifallsstürmen dankten. Auch die Dietrich Eckart-Gedenkfeier in Neumark i.d.Opf. am 27.3.38, deren Höhepunkt ebenfalls eine Rede des Reichsleiters Rosenberg war, gestaltete sich zu einer nationalsozialistischen Willenskundgebung voll Wucht und Geschlossenheit. An den beiden Feiern habe ich teilgenommen.“ – „Die Kundgebung mit Reichsernährungsminister Barré am 4.4.38 in Straubing hatte etwa 20.000 Volksgenossen vereinigt.“

Am 6.5.38 meldete der Regierungspräsident aus Niederbayern/Oberpfalz nach München: „Noch voll unter dem gewaltigen Eindruck der Wiedervereinigung mit Österreich stehend schritt die Bevölkerung nach der Proklamation des großdeutschen Reiches am 10.4.38 zur Wahlurne. Bei der ehrlichen Freude aller Volksgenossen über die Rückkehr des Brudervolkes und aus der Erkenntnis heraus, dass durch das Handeln des Führers Österreich der Bürgerkrieg erspart, für Europa aber eine stets drohende Gefahr beseitigt worden ist, stand das überwältigende Abstimmungsergebnis stimmungsgemäß von vorne herein fest. Das Ergebnis der Abstimmung im Regierungsbezirk betrug 98,23% Jastimmen bei einer Wahlbeteiligung von 99,77%.“ – „Die meisten Nein-Stimmen wurden – außer in ehemaligen Hochburgen des Kommunismus – in Stimmbezirken gezählt, die früher besondere Stützpunkte des politischen Katholizismus waren; in reinen Arbeitergemeinden wurde mit „Ja“ gestimmt.“ – „Über Verletzungen des Wahlheimnisses beim Wahlvorgang selbst ist nichts bekannt geworden. Dagegen hat in Regensburg und vor allem im Bezirk Mainburg eine breite Öffentlichkeit Kenntnis bekommen von nachträglichen Abänderungen von ungültigen und Nein-Stimmen. Die Vorkommnisse sind umso bedauerlicher, als durch solche in der Öffentlichkeit bekannt

gewordene Fälle – die das Gesamtergebnis so gut wie nicht beeinflussen können – das Vertrauen zur Wahlhandlung beträchtlich geschädigt wird. Der Oberbürgermeister Regensburg – Kreiswahlleiter für Niederbayern/Oberpfalz – bemerkt hiezu, dass das Wahlergebnis durch die Kurzsichtigkeit einzelner Wahlleiter und politischer Stellen beeinflusst und dadurch der Glaube an die Richtigkeit der Wahl bei vielen erschüttert worden sei. Die fälschlich in „ja“ oder „ungültig“ umgewandelten Nein-Stimmen würden nunmehr von den ewigen Nörglern auf das vielfache multipliziert.“ – „In einer Reihe von Orten kam es anlässlich der Wahlhandlung zu Zwischenfällen: Dem früheren Abgeordneten der BVP in Kelheim, der am Wahltag nicht beflaggt hatte und in dem man einen der zwei Nein-Sager der Stadt vermutete, wurden am Abend des 10.4.38 die Fenster seines Hauses mit Pflastersteinen eingeworfen. Im weiteren Verlauf und nach folgenloser Schießereien wurde Ott, durch Misshandlungen nicht unerheblich verletzt, zu seinem Schutz ins Gefängnis gebracht.“ – „Dem Apotheker Stöber in Regen wurden am 13.4.38 von einer hundertköpfigen Menschenmenge Fenster eingeworfen und die Haustüre eingedrückt. Auch er musste in Schutzhaft genommen werden.“ – „In Köfering, BezA Regensburg, wurden bei 467 Stimmberechtigten 22 Nein-Stimmen abgegeben. Dem dafür verantwortlich gemachten Pfarrer Alois Krön, einem bekannten Hetzer, wurden noch am 10. abends Steine und ein Papierböllchen, der einen unbedeutenden Brand verursachte, ins Haus geworfen.“ – „In Reisbach, BezA Dingolfing, war der Ortspfarrer Maximilian Stangl beobachtet worden, wie er mit „Nein“ stimmte. In der Nacht vom 12. auf 13.4.38 wurde auf dem Marktplatz ein Galgen errichtet, an dem eine einen Geistlichen darstellende Puppe hing. Gleichzeitig erschienen an verschiedenen Stellen des Dorfes Plakate, auf denen Stangl und seine Haushälterin als Volksverräter gebrandmarkt wurden.“ – „In Grafenau haben die zwei Kooperatoren Martin Götz und Friedrich Fürst trotz wiederholter Aufforderung durch den Stützpunktleiter als die einzigen von 1049 Stimmberechtigten nicht abgestimmt. Noch am gleichen Abend demonstrierte eine darüber erboste Menge vor der Wohnung der beiden. Der Bezirksamtsvorstand konnte Tätlichkeiten verhindern.“ – „Auch der Kooperator Eichinger in Oberkreuzberg, BezA Grafenau, erregte den Unwillen der Bevölkerung durch sein Fernbleiben als einziger von der Abstimmung. Daraufhin kam es am 11.4. zwischen den Lehrern und Eichinger zu schweren Auseinandersetzungen, bei denen auch die Schuljugend gegen Eichinger Stellung nahm.“ – „Auch dem Pfarrer Hirmer in Pullenried, BezA Oberviechtach, wurden am 10.4. abends 2 Fenster eingeworfen.“

Auch im Sudetenland blieb der Anschluss Österreichs nicht ohne Folgen: „Die sudetendeutsche Frage wird, namentlich in den Grenzgebieten, vielfach erörtert. Das im letzten Monatsbericht gemeldete auffallende Entgegenkommen der tschechischen Behörden entlang der Grenze ist nach den inzwischen gepflogenen Verhandlungen Prag – Paris einer abermaligen starken Unfreundlichkeit gewichen.“ – „An den großen Ereignissen der letzten Woche nahm das Deutschtum jenseits der tschechischen Grenze lebendigsten Anteil. Am 10.4. wurde über der Grenze bei Oberviechtach auf einer hohen Fichte eine Hakenkreuzfahne gehisst, die dann von tschechischer Feuerwehr heruntergeholt wurde. Es wird von zahlreichen heimlichen Versammlungen der Deutschen, denen die Polizei eifrig nachspüre, berichtet.“ – „Jenseits der Grenze bei Neustadt a.d. Waldnaab sollen am 22.4.38 alle Grenzübergänge durch Polizei und Gendarmerie besetzt gewesen sein; alle Grenzgänger wurden namentlich festgestellt. Die Ämter Vohenstrauß und Grafenau berichten ebenfalls über erhöhte Tätigkeiten der Sicherheitsorgane jenseits der Grenze. Das Bezirksamt Vohenstrauß meldet außerdem den Bau einer Kaserne in Pfraumberg, die angeblich für die „Rote Wehr“ bestimmt sein soll, von der ein grösserer Trupp dort bereits übe; die Abwehrstelle Nürnberg ist unterrichtet.“ – „Der Zulauf von Desertern hat zugenommen. Auf der Gendarmeriestation Stadlern meldete sich am 18.4.38 ein sudetendeutscher Fahnenflüchtiger aus Pilsen; im Bezirk Tirschenreuth sind am 29.4. vier Deserteure eingetroffen, die erklärten, von ihrem Truppenteil kämen noch zwölf andere nach. Das Bezirksamt berichtet weiter: „Die ganze Aufmerksamkeit der Bevölkerung ist jetzt auf die Verhältnisse in Böhmen gerichtet. Überall sind Gerüchte im Umlauf, dass eine militäri-

sche Unternehmung von unserer Seite gegen die Tschechoslowakei unmittelbar bevorsteht. Für den 1. Mai soll eine große Kundgebung der Bauern des Egerlandes in Eger geplant sein. An diese Kundgebung werden allerlei Erwartungen im Sinne des baldigen Anschlusses der von den Sudetendeutschen bewohnten Gebiete an Deutschland geknüpft. Die tschechischen Truppen in Eger sollen in das Landesinnere zurückgeführt worden sein. Es heißt, dass die Kasernen in Eger geräumt seien. Sogar die Fenster und die Fußböden sollen herausgerissen worden sein.“

Der Sicherheitszustand im Regierungsbezirk ist im allgemeinen zufriedenstellend, nur einige Bezirke melden geringe Zunahme der schwereren Straftaten: „So Vilsbiburg alleine 14 Sittlichkeitsdelikte; zwei Mädchen begaben sich zwecks Vornahme der Abtreibung in die Tschechoslowakei.“

Zur Erweiterung des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr wird berichtet: „Bei Schmidmühlen wurde mit der Ablösung der Bauernanwesen bereits begonnen; trotz der Ärmlichkeit der Böden trennen sich die Bauern nur schwer von ihrer Scholle. Die erste Zone des Erweiterungsgebietes des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr ist nunmehr völlig geräumt.“

Am 8.6.38 meldete der Regierungspräsident aus dem Nachbarland nach München: „Das Hauptinteresse der Bevölkerung war im Berichtsmonat auf die Vorgänge in der Tschechoslowakei gerichtet. Es ist selbstverständlich, dass die inzwischen auch durch die Presse bekannt gewordenen Vorgänge gerade unter der Grenzbevölkerung lebhafteste Beunruhigung mit sich brachte.“ – „Dass die um den 20./21.5.38 wahrgenommene Teilmobilisierung der Tschechoslowakei nur wegen der bevorstehenden Gemeindewahlen erfolgte, wurde von Anfang an nicht recht geglaubt; denn auch diesseits der Grenze hatte man zunächst mit einer Lösung der sudetendeutschen Frage durch ein Eingreifen des Reiches in irgendeiner Form gerechnet. Die hier eingegangenen Meldungen der Ämter und Gendarmeriestationen über die von tschechischer Seite durchgeführten Sperrmaßnahmen an oder nahe hinter der Grenze – Verbarrikadierungen von Straßen durch requirierte Bauernwagen oder gefällte Bäume, Unterminierung von Brücken und Stegen, Ausheben von Schützengräben, Aufstellung von Maschinengewehren und Militärposten, Verhinderung des Personenverkehrs über die Grenze – hatten zunächst fühlbare Beunruhigung geschaffen. Zu einer regelrechten Kriegspsychose mit Folgeerscheinungen ist es aber nirgends gekommen. Die Beunruhigung hat sich rasch gelegt; besonders trug dazu bei, dass der Führer am 22.5.38 programmgemäß bei der Feier des ersten Spatenstichs zur Untergrundbahn München in aller Ruhe die Eröffnungsrede hielt.“ – „Konnte daher durch die Vorgänge in der Tschechoslowakei die Stimmung im deutschen Grenzbezirk nur vorübergehend ungünstig beeinflusst werden, so wird sie heute von allen Seiten wieder als gut bezeichnet. Anders in der Tschechoslowakei: Ein erst heute aus Furth i. Wald eingegangener Bericht vom 8.6.38 besagt: „Die tschechischen Grenzsicherungen sind noch nicht eingestellt, sondern werden ununterbrochen weiter betrieben. Zum Abend des 6.6.38 sollen wieder größere Verstärkungen vom Inf.Rgt.35 Pilsen und 6er Grenzjägern Taus in die Umgebung von Prennet, Naxberg und Kohlsetten gekommen sein, die in den umliegenden Waldungen lagern, dort Maschinengewehre aufstellen und den Bau von Schützengräben und Unterständen überwachen.“ – „Zum Bau von Schützengräben und dgl. Werden in der Hauptsache die Mitglieder der Sudetendeutschen Partei und namentlich die Führer dieser Partei herangezogen, letztere werden fast täglich für die Arbeit verpflichtet. Auf die bebauten Felder wird bei den Grabungsarbeiten keine Rücksicht genommen. Auch die Drahthindernisse müssen fast ausschließlich von Sudetendeutschen geflochten werden. Nebenbei werden die Sudetendeutschen während ihrer Arbeit und auch bei jeder sonstigen Gelegenheit in der gemeinsten Weise beleidigt und beschimpft. Es wird ihnen gesagt, dass allen Deutschen der Schädel abgeschnitten werde, wenn der Hitler kommen sollte und dass man alles in Brand stecken werden wird. Von dem sudetendeutschen Gut und den sudetendeutschen Menschen soll nicht mehr das geringste vorhan-

den bleiben“. – „Dank der Disziplin der deutschen Grenzbevölkerung kam es zu keinerlei Zwischenfällen. Anschließend an die Nacht des 20./21.5.38 und als Folge der Mobilmachung in der Tschechoslowakei erfolgten in der Zeit bis zum 26.5. zahlreiche Übertritte von Sudetendeutschen über die Grenze. Die Zahl der Flüchtlinge, unter denen sich im Bezirk Tirschenreuth auch ein Pole und ein Nationaltscheche befand, betrug im ganzen rd. 300, etwa die Hälfte von ihnen ist inzwischen wieder zurückgekehrt; viele waren auch gleich an der Grenze entsprechend belehrt und zur Rückkehr veranlasst worden. Die im Reich verbliebenen wurden durch die Arbeitsämter in Arbeit gebracht und bilden nun willkommene Helfer für die Landwirte. Die Mehrzahl der Flüchtlinge, die zum Teil Hals über Kopf Hof und Familie verlassen hatten, bestand aus gestellungspflichtigen, die ihre Einberufung entweder schon hatten oder erwarteten; im Bezirksamt Tirschenreuth fiel auf, dass die meisten aus der Gegend von Marienbad und Karlsbad kamen, während aus anderen Teilen Böhmens, insbesondere aus dem Bezirk Eger, fast keiner erschien. Unter ihnen war auch die Meinung verbreitet, in Deutschland würde aus den Flüchtlingen – nach dem Beispiel österreichischer Flüchtlinge – eine Legion gebildet, in die sie eintreten wollten.“ – „Schon einige Tage vor dem 21.5.38 waren die tschechischen Grenzfinanzwachen ganz erheblich verstärkt gewesen. Die Verwendung von Kommunisten im Bewachungsdienst an der Grenze wird bestätigt.“ – „Nach einem Freundschaftsspiel zwischen der Fußballabteilung Cham und dem Deutschen Fußballclub in Ronsperg, ČSR, das am 15.5.38 unter lebhafter Anteilnahme der Bevölkerung in Ronsperg stattfand, wurden drei der deutschen Teilnehmer aus geringfügigem Anlass von der tschechischen Gendarmerie zurückbehalten. Zwei von ihnen konnten nach längerer Vernehmung am nächsten Tag, der dritte, der eine kurze Strafe wegen Passvergehen erhalten hatte, - wenige Tage später zurückkehren.“ - Ein Grenzbezirksamt berichtet, dass dem Vernehmen nach tschechoslowakische Juden, die nahe der Grenze wohnen, bereits in das Landesinnere zu flüchten begonnen hätten.“ - Der Feldwebel Obermeister vom Wehrmeldeamt Eggenfelden, der sich Anfang Mai unter verdächtigen Umständen in die Tschechoslowakei begeben hatte, konnte schon am 9.5.38 dingfest gemacht und nach München überstellt werden.“ – „Im Bezirk Wolfstein wurde ein tschechischer Gärtner wegen Verdachts der Spionage zu Gunsten der Tschechoslowakei festgenommen.“

Im Nachgang zur erfolgten Volksabstimmung wurde berichtet: „Der Oberbürgermeister von Amberg berichtet, dass vor der Volksabstimmung des 10. April 38 unter der Gefolgschaft der Luitpoldhütte Gespräche geführt worden seien, die ein Schlaglicht auf die Stimmung mancher Arbeiterkreise werfen; ein Vorarbeiter habe geäußert, dass man bei „Ja“-Abstimmung sein eigenes Todesurteil unterschreibe; ein anderer äußerte mit Bezug auf den Anschluss Österreichs, dass man durch ihn nur Schulden zu übernehmen habe. In Teublitz haben verschiedene Arbeiter nur sehr widerwillig an der Maifeier teilgenommen: in Sünching, BezA Regensburg, hat eine Dienstmagd während des Maitanzes den Gruß: „Heil Moskau“ gebraucht ....Eine besondere Bedeutung kommt solchen vereinzelt staatsfeindlichen Äußerungen nicht zu.“

Gegen sogenannte Volksverräter wurde weiter hart durchgegriffen: „Von 16 Ende 1936 zur Anzeige gebrachten Kommunisten aus dem Bezirken Passau und Grafenau wurden vom Oberlandesgericht München (Hauptverhandlung vom 7.2.38) fünf wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens zu Zuchthaus- bzw. Gefängnisstrafen zwischen zwei Jahren und 15 Monaten verurteilt: ein Angeklagter erhielt auf Grund der Notverordnung vom 28.2.1933 sechs Monate Gefängnis; drei wurden freigesprochen. Gegen die übrigen war das Verfahren schon früher eingestellt worden. Die Angeklagten hatten den Moskauer Sender abgehört und sich zu Gesprächen über deutsche und russische Verhältnisse zusammengefunden. Einer von ihnen hatte sich im Gefängnis erhängt.“ – „Aus dem Regierungsbezirk befinden sich z.Z. 70 Personen in Schutzhaft, davon 62 im Lager Dachau, vier (Arbeitsscheue) in Buchenwald, drei in Regensburg, einer in Mallersdorf.“

Nur am Rande bemerkt: „In Landau a.d.I. hat sich ein jüdischer ehemaliger Bankdirektor das Leben genommen.“

Auch sonst verlief der Mai im Regierungsbezirk nicht ruhig: „Bei drei Raufereien in den Bezirken Eggenfelden, Vilshofen und Mallersdorf wurde ein Dienstknecht erstochen, drei Beteiligte wurden z.T. lebensgefährlich durch Stiche verletzt; es handelt sich nach vieljähriger Pause wieder um die ersten, früher in Niederbayern besonders häufigen Messerstechereien.“ – „Aus Neunburg v. Wald wird über einen tätlichen Angriff eines Sozialrentners auf den Vertreter des Bürgermeisters in seinem Amtszimmer berichtet.“

Die Berichte vom 7.7.38 handeln wiederum ausführlich von der Lage im Grenzgebiet: „Das Interesse der Bevölkerung an der Außenpolitik richtet sich besonders auf die Vorgänge in der Tschechoslowakei und die Entwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungen.“ – „Es wurde der seit langem gesuchte tschechische Kommunist und Funktionär Ludwig Melzer von Bischofteinitz, Führer in der „Roten Wehr“, wegen Einschmuggelns kommunistischer Zeitungen festgenommen. Melzer hatte auch schon geäußert, er werde den Führer erschießen. Der Tscheche Josef Spörl, früher russischer Kriegsgefangener, hatte im Mai in einem Wirtshaus erklärt, in Rußland sei es besser als hier, sonst hätten die Russen ihr Regime längst beseitigt. Wenn der deutsche Arbeiter Waffen hätte, würde Hitler „schon schauen, wie es wäre“. – „Die Mobilisierungsmaßnahmen der Tschechoslowakei (seit 21.5.) bestehen im wesentlichen noch fort. Die Maschinengewehrmuster jenseits der Grenze werden noch als besetzt gemeldet. Die Wegsperrungen sind nur zum Teil beseitigt. An die Stelle der zunächst Einberufenen sind neue Reservisten getreten. Auch die Zollstationen und Gendarmerieposten sind immer noch verstärkt, die Frauen und Kinder der tschechischen Zollbeamten, die am 20.5.38 ins Innere des Landes geflüchtet waren, sind in den letzten Tagen zurückgekehrt. Der tschechische Nachrichtendienst soll mit Hochdruck arbeiten.“ – „Den Grenzgängern werden keine Schwierigkeiten mehr bereitet. Fast täglich treffen auch noch Flüchtlinge über die Grenze ein, darunter auch durchaus unerwünschte.“ – „Das Bezirksamt Kötzing berichtet, die Grenze sei wieder vollkommen offen und der Grenzverkehr nicht behindert. Die tschechischen Behörden ließen sogar einen Wallfahrerszug mit 400 Personen mit Sammelpass nach Bayern, was in den letzten Jahren nie der Fall war.“ – „Ein der Spionage zu Gunsten der Tschechoslowakei verdächtigter deutscher Landwirt, der sich vor einigen Wochen der Festnahme durch die deutsche Polizei durch Flucht über die Grenze entzogen hatte, wurde am 18.6.38 von Sudetendeutschen überwältigt und den deutschen Behörden überliefert; er starb an den beim Überfall erlittenen Verletzungen im Krankenhaus.“ – „Über die mehrfachen Grenzverletzungen durch tschechische Militärflieger längs der Grenze um die Mitte des Monats hat die Presse bereits ausführlich berichtet.“ – „In den Grenzbezirken läßt der touristische Verkehr wegen der Zeitungsmeldungen über die Vorgänge in der Tschechoslowakei zu wünschen übrig. Ein Grenzbezirksamt bittet um Aufklärung durch Presse und Rundfunk darüber, dass kein Grund bestehe, dieses Gebiet zu meiden.“ – „In Viechtach weilten 750 SA-Männer der Standarte 9 Berlin für zwei Tage; im Bezirk Kötzing haben 1000 Hitlerjungen aus Berlin für zehn Tage Lager bezogen.“

Weiter berichtete der Regierungspräsident aus Niederbayern/Oberpfalz: „Die Festnahmen und Anzeigen wegen staatsfeindlicher Handlungen und Äußerungen sind zahlenmäßig erheblich zurück gegangen.“ – „Der Sicherheitszustand hat sich gegenüber den Vormonaten leicht verschlechtert; die Zahl der Einbrüche und Sittlichkeitsdelikte ist gestiegen. Bei sechs Raufhändeln in den Bezirken Kötzing, Viechtach, Landshut und Mainburg gab es drei Schwerverletzte und drei durch Messerstiche getötete. Es gab einige Abtreibungsfälle.“ – „Bei der polizeilichen Aktion zur Erfassung asozialer Elemente (13.-18.6.38) wurden im Bereich der Kriminalpolizeistelle Regensburg (die von 50 Verwaltungsbezirken des Regierungsbezirks 31 Bezirke und fünf Stadtbezirke umfasst) 82 Personen, darunter sechs Juden, festgenommen.“

Am 8.8.38 meldete der Regierungspräsident aus dem Nachbarland nach München: „Mit Sorge wird die Entwicklung der sudetendeutschen Frage betrachtet und nicht selten wird die Befürchtung laut, dass eine friedliche Lösung bei dem Verhalten der Tschechen und ihrer Hintermänner schwer möglich sei. Von einer „Kriegspsychose“ kann aber keine Rede sein.“ – „An der Grenze bei Waldsassen fand man ein Stück der in Prag erscheinenden Zeitung „Sozialdemokrat“; offenbar Versuch einer Einschmuggelung.“ – „Die Nachricht der Ämter über die Verhältnisse jenseits der Grenze bestätigen im allgemeinen, dass die von der Tschechoslowakei seit 21.5.38 getroffenen militärischen Maßnahmen fortbestehen, zum Teil erweitert wurden, nur an der Grenze des Bezirks Cham sollen die im Mai angebrachten Verhaue in der Hauptsache beseitigt sein. In den Wäldern jenseits der Grenze sind angeblich Benzindepots (Fässer) errichtet, die bei einem deutschen Einmarsch in Brand gesteckt werden, Waldbrände hervorrufen und durch Übergreifen des Feuers auf deutsches Gebiet wirtschaftlichen Schaden für Deutschland verursachen sollen.“ – „Ungünstig nach der staatspolizeilichen Seite wird in mehreren Berichten das zum Teil schwer kontrollierbare Hereinströmen von Sudetendeutschen beurteilt; es sollen sich unter ihnen in Bezug auf Arbeit „wenig verlässliche“ Leute befinden; auch von „fragwürdigen Elementen“, die hereingefunden hätten, wird gesprochen. Man glaubt, dass unter ihnen mancher kommunistische Sendling und mancher von der Tschechei angesetzter Spitzel ist. Der nach Dienstboten suchende Landwirt nimmt jedoch sich bietenden Grenzgänger unbesehen und ohne lange Prüfung seiner Papiere.“ – „Ein Grenzbezirksamt berichtet: „Viele sudetendeutsche Grenzgänger machen kein Hehl daraus, dass sie den Anschluss an Deutschland wünschen, damit sie in den Genuss von Unterstützungen wie WHW, NSV usw. kommen.“ – „An Einzelheiten ist noch zu berichten: Am 13.7.38 überflog (wie bereits gesondert gemeldet) ein tschechisches Flugzeug sehr niedrig den Bezirk Cham bis über Roding, vermutlich interessierte die Flieger die Arbeiten an Straßen und Bahnhöfen sowie ein Hitlerjugendlager. - Von einem militärischen Grenzwächter wurde am 5.7.38 bei Waldsassen ein zunächst unbekannter Mann erschossen, der sich nachher als staatsanwalt-schaftlich wegen Totschlagversuchs gesuchter Berufsverbrecher tschechischer Nationalität entpuppte.“ – „Am 7. und 8. Juli 38 fanden sich an der Reichsgrenze beim Zollamt Schafberg, Gemeinde Furth i. Wald, tschechische Kindergruppen, offenbar Schulklassen ein. Die eine Gruppe sang, den Blick über die Grenze nach Westen gerichtet, zwei Strophen eines anscheinend chauvinistischen Liedes; der Text konnte nicht verstanden werden. Die andere Gruppe hinterließ einen an einen Baum gehefteten tschechisch beschriebenen Zettel, der vom Zollamt in Verwahrung genommen wurde.“

Die Situation der Juden im Regierungsbezirk wird immer drohender: „In Regensburg fand man in der Frühe des 23. Juli 1938 die Auslagenfenster fast sämtlicher jüdischer Geschäfte und das Straßenpflaster davor mit dicker roter Schrift (Ölfarbe) beschmiert.“ – „Dem Juden Wilmersdorfer, Konfektionsgeschäftsinhaber von Floß, BezA Neustadt a.d. Waldnaab, wurde seitens der Marktgemeindeverwaltung Windischeschenbach vom Besuch des dortigen Standmarkts am 24.7. „abgeraten“, weil sein Erscheinen dort nicht erwünscht und sein bisheriger Stand der SA zu Werbezwecken zur Verfügung gestellt worden sei. Wilmersdorfer blieb daraufhin dem Markt fern.“ – „Ein bisher im Bezirk Viechtach ansässiger tschechischer Jude zog in seine Heimat zurück.“ – „Ein jüdischer Viehhändler in Schwandorf hat sich erhängt.“

Am 8.9.38 meldete der Regierungspräsident aus dem Nachbarland nach München: „Die Ungewissheit über den Ausgang der sudetendeutschen Krise drückt auf die Gesamtheit der Bevölkerung. Auf dem Lande wie besonders in den Städten war zum Monatsende geradezu eine wahre Kriegspsychose vorhanden, die aus der Beobachtung der Maßnahmen der Reichsregierung – fieberhafte Bauarbeiten an der Ost- und Westgrenze, sich häufende Einberufungen zu militärischen Dienstleistungen, die bevorstehenden großen Truppenübungen, Einziehen der Goldmünzen, Erlass des Wehrleistungsgesetzes usw. – herauswuchs und Nahrung fand durch die aus allen möglichen Quellen bezogenen Nachrichten über die zunehmende Spannung in

den internationalen Beziehungen.“ – „Sollte es zum Äußersten kommen, so wird die Bevölkerung ihre Pflicht tun; eine flammende Begeisterung wie 1914 ist allerdings vorerst noch nicht zu bemerken. Erfreulicherweise ist den Berichten zweier Ämter an der Grenze zu entnehmen, dass die Bevölkerung dort noch am ehesten die Nerven behält.“ – „Aber auch unter den sudetendeutschen Arbeitern (in Niederbayern) sind Leute, die es nicht verdienen, auf deutschem Boden ihr Brot zu verdienen. Beispielsweise hat das Bezirksamt Wolfstein zwei solche Arbeiter einliefern lassen, die im Wirtshaus kommunistische Lieder sangen und u.a. erklärten, die im Bau befindlichen Straßen in der Bayerischen Ostmark seien „die Straßen Deutschlands nach Moskau“. Auch die Staatspolizei hatte im abgelaufenen Monat wieder in vermehrtem Umfang wegen Vergehen gegen das Heimtückegesetz, kommunistischer Mundpropaganda u.dgl. einzuschreiten: dabei ist zu bedenken, dass nur ein geringer Prozentsatz von staatsfeindlichen Äußerungen zur Kenntnis der Polizeistellen gelangt. Die Gefahr der Verseuchung auch besserdenkender Teile der an den Straßenbauten Arbeitenden im marxistisch-kommunistischen Sinne ist jedenfalls groß.“

---

### **„Mitbürger! Es geht um alles!“**

Die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik (DSAP) erließ im September 1938, gezeichnet von ihrem Vorsitzenden Wenzel Jaksch, einen Aufruf an ihre Landsleute: „Mitbürger! Es geht um alles! [...] In einer gewaltsamen Entscheidung wird wieder eine waffenstarrende Welt gegen das deutsche Volk aufstehen. Die Sudetendeutschen werden das erste Schlachtopfer sein. Ihre Heimat würde im Zusammenprall der Weltkräfte vernichtet, ihre Zukunft ausgelöscht. [...] Bedenkt es in dieser Schicksalsstunde. [...]“

Die Vorhersage Untergang durch Krieg muss für das Sudetenland im Licht der späteren Ereignisse als prophetisch bezeichnet werden.

---

Weiter hieß es in den Berichten des Regierungspräsidenten: „Als Staatsfeinde müssen auch die unbekanntenen Urheber wilder Gerüchte angesehen werden, wie sie z.Z. namentlich an der Grenze umlaufen; so heißt es im Bezirk Kötzing plötzlich, bis zum 15.9.38 müssten alle Kinder unter 15 Jahren zurückgeschafft sein; in den Bezirken Wegscheid und Passau wurde gewarnt, die Felder wieder zu bestellen, weil durch das Militär der Saatenstand doch vernichtet werde. Hieher einschlägig ist auch, dass (nach Mitteilung eines DAF-Kreisamtswalters) in Amberg Betriebsbelegschaften in ihrer Kriegsfurcht in eine gewisse Gleichgültigkeit verfallen und kein Interesse mehr an der Arbeit zeigen. Natürlich wird solchen Gerüchten und Einstellungen von Polizei und Behörden energisch entgegengetreten.“ – „In der letzten Augustwoche wurde bei den Tschechen eine Verstärkung der militärischen Grenzbesatzung und weiterer Ausbau der Befestigungsanlagen und Stützpunkte wahrgenommen. Im Gegensatz zu diesen Abriegelungsmaßnahmen steht freilich die Tatsache, dass dauernd Tausende von Sudetendeutschen, die auf deutschem Boden friedlicher Arbeit nachgehen, die Grenze täglich überschreiten oder mindestens zum Wochenende wieder in ihr Heimatdorf zurückkehren. Die Tschechen sollen ihnen neuerlich Arbeit in Forsten und auf Baustellen anbieten; die Angebote werden aber, schon im Hinblick auf die höheren Löhne im Reich, abgelehnt.“ – „Die Schwierigkeiten der polizeilichen Kontrolle der – vielfach auch über die grüne Grenze kommenden – sudetendeutschen Arbeiter besteht fort. Ohne Zweifel befinden sich unter ihnen zahlreiche Spione und Agenten; das BezA Kötzing hat wiederholt Erfahrungen gemacht, dass von der SdP ausgestellte Mitgliedsbücher von einer (kommunistischen) Zentrale in Prag gefälscht werden. Die Stapo Regensburg ist unterrichtet.“ – „Der Viehschmuggel über die Grenze hat wieder zugenommen, ein tschechoslowakischer Schmuggler wurde am 25.8.38 an der Grenze des Kötztinger Bezirks von einem deutschen Zollbeamten auf frischer Tat ertappt und erschossen. Der Tote wurde auf tschechoslowakischem Gebiet gefunden.“ – „Am 20.8.38 wur-

den jenseits der Grenze auf deutsches Gebiet vier scharfe Schüsse, wahrscheinlich aus einem MG, abgegeben, die in der Nähe eines auf dem Feld arbeitenden Bauern einschlugen.“  
„Am 28.8.38 meldete sich im Bezirk Oberviechtach ein fahnenflüchtiger tschechischer Soldat aus dem Pilsener Regiment.“

Doch auch aus dem Inland gab es etwas zu vermelden: „Mit dem Bau der Reichsautobahn Regensburg – Passau wurde bei Burgweinting, mit dem Bau der Strecke Regensburg – Ingolstadt bei Saalhaupt begonnen. Die Inangriffnahme weiterer Lose folgt in naher Zeit.“

---

### „Heim ins Reich“

Am 10. September provozierte die SdP auf Kundgebungen und Demonstrationen in Gablonz, Eger, Warnsdorf, Joachimsthal, Friedberg, Prachatitz, Krumau, Winterberg, Reichenberg, Trübau, Bodenbach, Freiwaldau und anderen Orten des Grenzgebietes zahlreiche Zusammenstöße mit der Polizei und der Gendarmerie. Am 11. September gab es in Eger und Reichenberg auf beiden Seiten Verletzte, weitere Zusammenstöße organisierte der Schutzdienst in Aussig, Teplitz-Schönau, Joachimsthal, Rumburg, Konstantinsbad, Klostergrab, Hartmanitz, Müglitz und Benisch.

Hitlers drohende und überaus scharfe Rede vom 12. September auf dem Nürnberger Parteitag, die den Auftakt für eine vor allem auch auf die sudetendeutsche Bevölkerung abzielende öffentliche Aufputschung darstellte, hatte zunächst ganz den erwünschten Erfolg. Die vielfach von der SdP-Anhängerschaft im Sudetenland im „Gemeinschaftsempfang“ angehörte Führer-Rede mündete am 12. und 13. September in umfangreiche Demonstrationen der SdP. Sofort nach der Rundfunkübertragung begannen überall in den Städten des Grenzgebietes der ČSR Massenaufmärsche und Kundgebungen, so in Aussig und Karlsbad mit je 15000 Menschen, in Asch mit 8000 Teilnehmern. In Warnsdorf demonstrierten 6000 SdP-Anhänger, in Sternberg 5000, weitere in Elbogen, Pürstein, Winterberg, Ronsperg, Oberplan, Mies, Plan, Weseritz, Leitmeritz, Kaaden, Kaplitz, Graslitz, Rumburg, Krumau, Lobositz, Trübenwasser und vielen anderen Städten und Dörfern“. Die SdP-Redner verkündeten: „Unser Tag ist gekommen“; „Der Führer ist auf unserer Seite“. Die Massenaufmärsche standen unter Losungen und Sprechchören wie „Heil Hitler!“ Weg mit den Tschechen, weg mit der Polizei!, „Adolf Hitler, mach uns frei von der Tschechoslowakei“, „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“, aber auch „Hängt Benesch!“

Dominierten am 12. September noch Geschrei, Fäuste und Steine, so setzte man nun Pistolen, Maschinengewehre und mancherorts auch Granatwerfer ein. Neben der Zerstörung von Geschäften, Wohnungen und Büros richteten sich die bewaffneten Sabotageakte gegen Telefon- und Telegrafverbindungen, gegen Eisenbahn- und Straßenverkehr.

Die Aktionen der SdP trugen am 13. September allgemein Aufstandscharakter. Die Staatsorgane der Tschechoslowakei sollten eingeschüchtert, gelähmt, verdrängt und nach Möglichkeit durch eigene Machtorgane ersetzt werden. Die Prager Regierung verhängte in den Vormittagsstunden des 13. September das Standrecht über die umkämpften Kreise Falkenau, Eger, Karlsbad, Elbogen, Neudek, Kaaden, Preßnitz und Böhmisches Krumau und dehnte es in den folgenden Tagen auf die Kreise Graslitz, St. Joachimsthal, Bischofteinitz, Warnsdorf und Schluckenau aus. Es schloss ein Versammlungsverbot und eine Beschlagnahme der SdP-Zeitungen ein. Die Regierung entsandte Staatsschutzeinheiten in die Grenzgebiete, die die Widerstandsnester der SdP niederkämpften, die Staatsverwaltung dort wieder einrichteten, wo sie von der SdP an sich gerissen worden war, sowie die Grenzbefestigungen besetzten.

Gleichviel, ob es sich hierbei um spontane Ereignisse auf Grund des weitgehend künstlich geschaffenen Erregungszustandes oder — wie offenbar in einigen Fällen — bereits um bewusste Regie handelte, Aktionen und Reaktionen trieben jetzt innerhalb weniger Tage zu jener Zuspitzung der Krise hin, die Hitler als Voraussetzung für ein militärisches Eingreifen brauchte.

Mit der Durchsetzung des Standrechtes konnte die Prager Regierung die Lage schlagartig verändern und der Gewalt des Schutzdienstes ein Ende machen. Zwar fanden die schwers-

ten Gefechte mit den Aufständischen erst in den nächsten Tagen statt, doch trugen sie nur noch Rückzugscharakter. Gleichzeitig organisierte der Schutzdienst Massengrenzdurchbrüche nach Deutschland.

Henlein veranlasste am 15. 9. den Grenzübertritt der SdP-Führung nach dem bayerischen Grenzort Selb und ließ am Nachmittag des gleichen Tages über den Deutschland-Sender eine Proklamation „an das Sudetendeutschtum, an das deutsche Volk und die gesamte Welt“ verbreiten, welche die tschechischen Unterdrückungsmaßnahmen anprangerte, die Schuld für das Scheitern aller Verhandlungsversuche allein Prag zuschob und mit den Worten schloss: „Wir wollen heim ins Reich!“

Der von Henlein provozierte offene Konflikt zwischen SdP und tschechischer Regierung, die in den Vortagen geschehenen Zwischenfälle und die seit der Verhängung des Standrechts und infolge von Reservisten-Einberufungen im Sudetenland beginnende Flucht von Tausenden Sudetendeutscher (vor allem SdP-Funktionären und männlichen Wehrpflichtigen - Die SdP-Führung hatte die Parteifunktionäre über den Deutschlandsender aufgefordert, sich etwa drohender Verhaftung durch die Flucht zu entziehen) nach Deutschland, begleitet von einer entsprechend dramatischen Aufmachung dieser Ereignisse in der deutschen Presse, gestatteten es Hitler, dem britischen Premier gegenüber in überzeugend gespielter Entrüstung und maßloser Übertreibung (Hitler sprach z. B. von 500 Toten unter den Sudetendeutschen) zu erklären, dass nun die Zeit zum Eingreifen für Deutschland gekommen sei, und dass er (Hitler) für die Rückführung der Sudetendeutschen in das Reich auch das Risiko eines Weltkrieges nicht mehr scheuen würde“.

Doch die Proklamation zeigte nicht die beabsichtigte Wirkung. Der SdP angehörende Bürgermeister in verschiedenen sudetendeutschen Orten riefen statt dessen die Bevölkerung zur Bewahrung von Ruhe und Ordnung auf, was in der Hauptleitung der SdP geradezu als „Auflehnung gegen Henleins Revolutionsaufruf“ angesehen wurde. Auch die Tatsache, dass die jetzt maßlos dramatisierten Meldungen des reichsdeutschen Rundfunks und der deutschen Presse über Zwischenfälle und tschechische Übergriffe, die von der sudetendeutschen Bevölkerung an Ort und Stelle nachprüfbar waren, sich als dramatische Übertreibungen und z. T. freie Erfindungen herausstellten“, bestärkte die in diesen Tagen bemerkbare kritische Haltung der SdP-Anhängerschaft, die sich von Henlein im Stich gelassen fühlte. Man begann zu spüren, dass Henlein und Frank allein Hitlers Spiel betrieben ohne Rücksicht auf die Folgen für ihre Landsleute. Es gelang in diesen Tagen insbesondere auch der sudetendeutschen Sozialdemokratie, welche vor Henleins Politik im Schlepptau Hitlers stets gewarnt hatte, auf die sudetendeutsche Bevölkerung wieder stärkeren Einfluss zu gewinnen.

---

In dieser Situation wurde von Hitler im Einvernehmen mit Henlein am 17.9.38 die Aufstellung eines sogenannten Sudetendeutschen Freikorps beschlossen, um nunmehr von außen her einen Unruhefaktor ins Spiel zu bringen.

Wie der Regierungspräsident am 7.10.38 nach München meldete, „ist das von Konrad Henlein gebildete sudetendeutsche Freikorps auch in seinem Grenzgebiet in Erscheinung getreten. Nach seinem persönlichen Eindruck war Bewaffnung und Ausrüstung teilweise recht mangelhaft. Einzelne kleinere Abteilungen wurden zu örtlichen Unternehmen eingesetzt; so brachten sie eine größere Anzahl tschechischer Kommunisten und Kommunistinnen über die Grenze und übergaben sie der Stapo.“ *(Anm.: Nach dem Bericht der Staatspolizeistelle Regensburg wurden von Freikorps und den Einsatz-Detachements als „Gegner“ rd. 750 Personen festgenommen. Sie mussten wegen Überfüllung der Gefängnisse größtenteils in das Konzentrationslager Dachau verbracht werden. Die Nachprüfung der Stichhaltigkeit der Anzeigen ist im Gange; es hat sich jetzt schon herausgestellt, dass bei sehr vielen, vielleicht der Mehrzahl der Fälle den Anzeigen lediglich persönliche Feindschaft und Gehässigkeit zugrunde lagen. In diesen Fällen erfolgte sofortige Entlassung).*

---

## Das Sudetendeutsche Freikorps

Laut einem Fernschreiben hatte Hitler als Zweck des Freikorps angegeben: „Schutz der Sudetendeutschen und Aufrechterhaltung weiterer Unruhen und Zusammenstöße“. Ferner habe er angeordnet, dass die Aufstellung des Freikorps in Deutschland, seine Bewaffnung (wohl aus Gründen der Tarnung) „nur mit österreichischen Waffen“ zu geschehen habe und es seine Tätigkeit „so schnell wie möglich“ beginnen solle: Dauerndes Beunruhigen längs der gesamten Front durch das Freikorps. Durchführung in Form von kleinen Unternehmungen gegen tschechische Positionierungen, Wachhäuser usw. Auftreten in Form von Terrorgruppen. Dass die gestellte Aufgabe primär politisch-terroristischer, nicht militärischer Natur war, komplizierte sich freilich dadurch, dass die dem Freikorps von Hitler zugedachte Funktion des Unruhestiftens nach außen hin verschwiegen und statt dessen sudetendeutsche Selbstschutzaufgaben vorgeschützt wurden.

Auch ein am 18. 9.1938 vom Rundfunk und am 19. 9. 1938 von der Presse verbreiteter Aufruf der Sudetendeutschen Partei über die Bildung des Sudetendeutschen Freikorps hielt an dieser Fiktion fest. Hitler gab als Datum „Asch, 18. September“ an und verkündete, Henlein habe angeordnet, „dass entlang der Grenze der Heimat das Sudetendeutsche Freikorps aufgestellt wird“. Diese wohlweislich unklare Formulierung ließ unausgesprochen, auf welcher Seite der Grenze das Freikorps aufgestellt wurde, und die Nennung des Ortes Asch im Sudetenland war im Gegenteil geeignet, den Eindruck hervorzurufen, als vollziehe sich die Bildung des Freikorps im Sudetenland. Auch der sonstige Tenor des Aufrufs war ganz darauf abgestellt, die Bildung des Freikorps als eine sudetendeutsche Not- und Selbstschutzmaßnahme gegenüber tschechischer Willkür und Unterdrückung erscheinen zu lassen. Dass das Freikorps jenseits der Grenze auf reichsdeutschem Boden errichtet wurde, ließ sich jedoch bei der Größenordnung dieses Verbandes - nicht wirklich mit Aussicht auf Erfolg verborgen halten, und bald wurde daraus auch in der reichsdeutschen Presse kein Hehl mehr gemacht. Während die reichsdeutsche Presse bereits am 19. 9. von 40 000 Angehörigen des Sudetendeutschen Freikorps sprach, belief sich deren Gesamtzahl in dieser Zeit auf etwa 10.000-15.000 Mann, „die nur zum geringsten Teil bewaffnet waren“. Bis zum 23.9.38, dem Tage der tschechischen Generalmobilmachung, vermehrte sich diese Zahl trotz der täglich bis zur Hysterie gesteigerten Panikmache des reichsdeutschen Rundfunks und der Presse nicht erheblich.

Im Hinblick auf die politische Lage (bevorstehende Godesberger Unterredung mit Chamberlain), hatte Hitler bei der Aufstellung des Freikorps zunächst gefordert, dass dieses möglichst sofort eine intensive Stör- und Kampftätigkeit im Grenzgebiet beginnen solle. Henleins Kommandostab ordnete daraufhin an, jede Gruppe des Freikorps habe in jeder Nacht in ihrem Bezirk mindestens 10 Stoßtruppunternehmungen durchzuführen. Einheiten des Freikorps begannen infolgedessen zahlreiche Überfälle auf tschechische Wachämter, Patrouillen und militärische Einrichtungen, sowie Stoßtruppunternehmen, die zur gewaltsamen Gefangennahme tschechischer Soldaten und Zollbeamten und auch zu größeren Gefechten auf tschechoslowakischem Gebiet führten“. Sowohl auf Seiten des Freikorps (FK) wie auf tschechischer Seite gab es dabei eine ganze Anzahl Tote und Verwundete“. Sudetendeutsche Antifaschisten, hauptsächlich Sozialdemokraten und Kommunisten, in die Auseinandersetzungen mit den FK-Angehörigen ein. Insbesondere die aus sudetendeutschen Sozialdemokraten bestehende paramilitärische Republikanische Wehr leistete gegen die Angriffe des FK Widerstand.

Die Gruppe Bayerische Ostmark (III) umfasste am 27. September 1938 sieben Bataillone mit 28 Kompanien und 5999 Mann. Sie verteilten sich entlang der bayerisch-böhmischen Grenze im Oberpfälzer Wald und im Böhmerwald vom Ascher Zipfel bis Bayrisch Eisenstein. Ihr Gruppenstab saß in Bayreuth. Kommandeur war der FS-Abteilungskommandant Willi Brandner. Nach der Umgruppierung vom 28. September, bei der ein Bataillon der Linzer Gruppe auf bayerischem Gebiet (Zwiesel) disloziert wurde, hatte die Gruppe III am 1. Oktober den Stand von fünf Bataillonen mit 28 Kompanien und 4753 Mann. Auch sie war relativ gering mit Waffen versehen. Die Bataillone befanden sich in Selb, Waldsassen, Tirschenreuth, Vohenstrauß und Furth i.W. Sie hatten vier bis acht Kompanien.

Diese spätere Gruppe II, Linz, operierte im Böhmerwald bis hin zum Weinsberger Wald. Mit einem Bataillon in Zwiesel griff sie weit in bayrisches Gebiet hinüber. Am 1. Oktober 1938 umfasste die Gruppe Linz fünf Bataillone mit 20 Kompanien und 4778 Mann. Die Bataillone waren in Rohrbach, Leonfelden, Freistadt, Aigen und Zwiesel untergebracht, jedes hatte vier Kompanien.

Auch in der Region kam es zu Schießereien, als an der „Deitschbauernreim“ in Haselbach der Finanzbeamte Röhrich von deutschen Freikorps-Partisanen erschossen wurde. Bei der Roidlmühle fiel Josef Paa auf der Rückkehr von einer Parteiveranstaltung der SdP einem Mordanschlag zum Opfer, der wohl von jenseits der Grenze, also von Nationalsozialisten, in Auftrag gegeben worden war, um die Situation weiter anzuheizen.

Am 25. und in der Nacht zum 26. September führten Freikorps-Einheiten Feuergefechte bei Lichtenhain, Eisenstein, in Schattau und Schönau. Sie zerstörten das Zollhaus Zimmerle. Doch so wie ihr Überfall auf das Zollhaus Gerstenfeld erfolglos blieb, so stießen sie bei ihren Überfällen und Anschlägen nunmehr auf entschiedenen Widerstand. Am 26. bzw. in der Nacht zum 27. September führten Freikorps Feuergefechte bei Niesmersberg, Schönborn, Hammer, Furth i. W. Sie überfielen die Zollhäuser bei Wies und Neualbenreuth sowie die Finanzwache bei Zinnwald. Die Einheiten konnten die Orte Neuhof, Kleinaupa und Hartmannsdorf besetzen. Schwere Feuergefechte fanden bei Eisenstein, Wallern, Wies und beim Zollhaus Gugelwald statt. Das Feuergefecht bei Ruhstein am 28. September kostete wiederum fünf Menschenleben auf tschechischer Seite.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit des Freikorps verlagerte sich mehr und mehr darauf, durch Feldwachen, Späh- und Stoßtrupps bewaffnete Aufklärung über die Stellungen und Bewegungen der Streitkräfte der ČSR zu betreiben. Je näher der geplante Tag X rückte, desto umfassender wollten die Wehrmachtdienststellen über die Straßen und Hindernisse, die Positionen und Befestigungen in der Tschechoslowakei Bescheid wissen und beauftragten oft Freikorpseinheiten mit der Erkundung". Selbst nach dem offiziell befohlenen Ende aller Kampfhandlungen des Freikorps für den 30. September, 20 Uhr, sollte es die Erkundung ab 1. Oktober weiterführen".

Eine statistische Gesamtübersicht über die Aktionen des Freikorps bis zum 1.10.38 enthält insgesamt 164 gelungene Einzelunternehmungen, bei denen 52 Angehörige des Freikorps und 110 Tschechen ums Leben kamen und 2029 Tschechen gefangengenommen wurden. Mit dem Aufmarsch der Wehrmacht in den Bereitstellungsräumen — der durch die Freikorps-Gruppen nicht gestört werden sollte — gingen Aktionen und Bedeutung des Freikorps rapide zurück. Schließlich wurde es mit dem unmittelbar bevorstehenden Einmarsch der Wehrmacht in die Tschechoslowakei als Diversionsinstrument funktionslos.

Das Sudetendeutsche Freikorps hatte nach dem Einmarsch auf Antrag Franks von Hitler drei Tage „Jagdfreiheit“ auf die politischen Gegner bekommen. In Reichenberg, Komotau und Holeischen (Holyšov), bei Mies (Stříbro) wurden deutsche Sozialdemokraten durch die Straßen getrieben.

Um die selbstherrliche Amtsanmaßung des „siegreich“ heimgekehrten Freikorps zu unterbinden, ordnete Henlein am 8. Oktober 1938 an, die „Kompanieführer des SFK dürfen keine Aktionen auf eigene Verantwortung unternehmen wie Verhaftungen, Haussuchungen, Beschlagnahmen“.

Bevor Henlein das Freikorps mit einem Appell am 9. Oktober formell auflöste, fiel es bereits zunehmend auseinander. Dazu trugen vor allem folgende Prozesse bei: Führende SdP-Funktionäre, einschließlich Kommandeure des Freikorps, beeilten sich, noch vor dem Einmarsch des Freikorps umgehend in das abgetretene Gebiet zu gelangen, um bei der Besetzung der Machtpositionen nicht zu kurz zu kommen. Viele der Freikorps-Mitglieder wurden in die SS übernommen.

Das Münchner Abkommen wurde in der Nacht vom 29. auf den 30. September 1938 geschlossen. Das Abkommen bestimmte, dass die Tschechoslowakei das Sudetenland an das Deutsche Reich abtreten und binnen zehn Tagen räumen musste. Der Einmarsch der Wehrmacht begann am 1. Oktober 1938.

---

## Sozialdemokraten vor der Wahl: Exil oder KZ

Im Zusammenhang mit der Besetzung der an Bayern angrenzenden sudetendeutschen Gebieten, die unter die Polizei-Zuständigkeit bayerischer Gestapostellen fielen, nahm die Festnahme sudetendeutscher Sozialdemokraten, Kommunisten und sonstiger politischer Gegner im letzten Vierteljahr 1938 zahlenmäßig einen großen Umfang an. Die Monatsberichte des Regierungspräsidenten von Ober- und Mittelfranken wiesen aus: für Oktober 1938 die in Schutzhaftnahme von 223 sudetendeutschen Marxisten (*Anm.:* = *Sozialdemokraten*), für November 1938; von 47 Sudetendeutschen, für Dezember 1938: von weiteren 232 sudetendeutschen Marxisten (für Januar 1939 nochmals 59). Der Regierungspräsident Ndb/Opf. hatte am 7.11.38 rund 750 festgenommene Personen gemeldet.

Dazu ein Zeitzeuge: Walter Kraus (SG Waldkraiburg) kommt aus einer typischen sudetendeutschen Arbeiterfamilie. Der Vater war Hauskassier des Ortsvereins. Als 1938 die Nazis das Sudetenland „heim ins Reich holten“, wie das hieß, wurde er wie viele andere Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschaftler von sogenannten „Freikorps-Leuten“ und Anhängern der Sudetendeutschen Partei festgesetzt. „Ich kann mich noch erinnern, wie mein Vater mit dem Lkw abgeholt wurde.“ Manche kamen ins Gefängnis, sogar ins Konzentrationslager. Das ist dem Vater erspart geblieben, der allerdings beschattet und später in eine Firma nach Berlin versetzt worden sei.

Weiter zu nennen sind die Brüder Franz, Otto und Karl Kuplent aus Winterberg: Franz Kuplent ist die Verkörperung der sozialistischen Arbeiterbewegung im Böhmerwald. Er gründete in Winterberg die erste Ortsgruppe des Zentralverbandes der Glasarbeiter und die erste Parteiorganisation der Sozialdemokratie. Franz Kuplent, der Organisator der Kämpfe der Arbeiterbewegung des Böhmerwaldes, wurde 1914 nach Český Krumlov/ Krummau berufen, um dort als Parteisekretär zu arbeiten. Er hatte einen entscheidenden Anteil an der Neuordnung der Partei (DSAP), den Gewerkschaften und den Kulturorganisationen im Böhmerwald, die in der neuen Landesverfassung eine Notwendigkeit wurden. Er leitete einen sozialrechtlichen Kampf, um die Waldarbeiter von langjährigen Abhängigkeitsverhältnissen zu befreien. So wurde er im November 1919 zum Regionalsekretär für Südböhmen gewählt. 1930 bis 1932 war er Mitglied des Parteivorstands. Im Jahr 1934 wurde er Redakteur des „Freigeist“ in Reichenberg.

Er zog sich 1937 in das Dorf Křešice (Kreschitz) in Litomerice (Leitmeritz) im zukünftigen „Reichsgau Sudetenland“, zurück. Er blieb politisch aktiv, obwohl er im Herbst 1938 von der Gestapo verhaftet und lange Zeit in Gewahrsam gehalten wurde, aus dem er erst nach einem Schlaganfall entlassen wurde.

Der jüngste Bruder Otto Kuplent, geb. 8.3.1895 in Maierhöfen bei Karlsbad, hatte seinen Wirkungsbereich über längere Zeit hinweg in Winterberg. Otto Kuplent stammte, wie seine Brüder, aus einer sozialdemokratischen Familie und schon in seiner Jugend gehörte Otto Kuplent dem Turnverein und der Jungmannschaft an. Nach dem verlorenen Krieg schloss er sich 1919 der Sozialdemokratischen Partei (DSAP) an und trat auch der Gewerkschaft bei. Von 1919 bis 1936 war er Angestellter, später Geschäftsführer bei der Bezirkskrankenkasse in Winterberg. 1920-1923 war er Schriftführer der Bezirksorganisation der DSAP und wurde Vertrauensmann der DSAP für den Bezirk Winterberg-Wallern Prachatiz (1923-1936). Vom 16.7.1936 bis September 1938 war er leitender Beamter der Bezirkskrankenkasse in Graslitz. Otto Kuplent war natürlich als Person und wegen seiner politischen Tätigkeit beim Einmarsch der deutschen Truppen gefährdet. Er blieb auf seinem Posten und wurde am 22. September 1938 wegen seiner politischen Gesinnung durch Angehörige des Freikorps verhaftet und über Klingenthal in des Zuchthaus Zwickau in Sachsen und später als Häftling ins KZ Dachau verbracht. Nach seiner Rückkehr aus dem KZ Dachau in seine Heimatstadt Winterberg, wo sich seine Frau mit den zwei Buben befand, wurde er bei der AOK nicht mehr angestellt. Er musste sich um einen anderen Erwerb umsehen und machte für verschiedene Firmen in Winterberg von 1939 bis 1946 die Buchhaltungs – und Abschlussarbeiten.

Karl Kuplent, der älteste Bruder wurde am 19.5.1887 zu Winterberg geboren, wurde ebenfalls Glasmacher auf der Glashütte Adolf und war in der Arbeiterbewegung des Böhmerwaldes eine markante Persönlichkeit. Er hatte bis 1938 in der Partei verschiedene Funktionen inne; er war allein 20 Jahre lang Kassierer der Lokalorganisation Winterberg. Die DSAP vertrat er auch in der Gemeindevertretung und im Ortsschulrat. Nach dem Anschluss an das Reich kam er in das KZ Dachau.

Weiter zu nennen ist Johann Kraml. Er wurde am 6.4.1887 in Winterberg geboren. Als Glasgraveur arbeitete er in Österreich und in Meisterdorf-Steinschönau bei der Fa. Lobmeier. Im Jahr 1938 emigrierte er nach Norwegen.

Und so könnten noch viele Beispiele angeführt werden.

---

Am 7.10.38 vermeldete der Regierungspräsident nach München: „Die ereignisreichen Wochen in denen sich die endgültige Befreiung des sudetendeutschen Landes vorbereitete, durchlebte die Bevölkerung des Regierungsbezirkes in höchster Spannung. Nun ist der schwere Druck der letzten Wochen gewichen; grenzenloses Vertrauen und Dankbarkeit zum Führer, sowie frohe Zuversicht erfüllte ohne Ausnahme die Bevölkerung.“ – „Die Grenzlage des Regierungsbezirks brachte es mit sich, dass in der Zeit zwischen der Führerrede am Reichsparteitag und der glücklichen Lösung der sudetendeutschen Frage der Ernst der Lage besonders schwer empfunden wurde und sich vielfach in Angst vor kriegerischen Verwicklungen fühlbar machte. Zu der teilweise in Erscheinung tretenden Mutlosigkeit der Bevölkerung trug auch der Umstand bei, dass der deutsche Rundfunk über die weitere Entwicklung so gut wie nichts brachte, sodass die ausländischen Sender mit all ihren üblen Meldungen abgehört wurden, was wiederum zu unsinniger und verwirrender Gerüchtebildung führte. Mehrfach sind Ängstliche aus dem Regierungsbezirk in das Innere des Landes abgereist. Aus einem Grenzbezirksamt wurde berichtet, dass in den Tagen der Spannung sogar verschiedene Zollbeamtenfrauen offenbar aus Angst vor kommenden Ereignissen abgereist seien. Im übrigen hat es wohlthuend berührt, dass gerade die Bevölkerung unmittelbar an der Grenze, wohl infolge besseren Überblicks über den militärischen Schutz, vielfach ihre Nerven mehr in der Gewalt behielt, als es in der Stadt und im Binnenland der Fall war.“ – „Die durchziehenden Truppen wurden überall freudig aufgenommen. Sie haben allenthalben sehr guten Eindruck hinterlassen. Dagegen berichtet das Bezirksamt Waldmünchen: „Die Disziplin der Mannschaften, die zum verstärkten Grenzschutz eingezogen wurden, ist denkbar schlecht. Offiziere wurden in der Wirtschaft angepöbelt; sie überhörten die Pöbeleien der Soldaten und entfernten sich, um nicht zu einem Vorgehen gegen sie gezwungen zu sein, wodurch nur größere Unruhe entstanden wäre.“

Doch so ganz zufrieden zeigte sich der Regierungspräsident mit der Durchführung der militärischen Operation schließlich doch nicht: „Sehr störend und für den Sicherheitszustand nicht unbedenklich war die außerordentlich starke Abkommandierung von Gendarmeriemannschaften für Grenzschutz, Feldgendarmerie, Flüchtlingstransport, Bewachung von Munitionslagern, Abstellen von Verkehrsposten usw. So mussten im Bereich des Inspektors Nord der Ordnungspolizei in Nürnberg (IdO-Nord) – Oberpfalz – rund 300 Gendarmen ihrem eigentlichen Dienst entzogen werden. Im Bezirk – etwa Niederbayern – des Inspektors Süd in München dagegen blieb fast der gesamte Beamtenstand zur Verfügung.“ – „So kam es, dass gerade das Hauptgebiet der militärischen Operation und der Flüchtlingsbewegung, die Oberpfalz, von Gendarmen fast ganz entblößt war, während in dem erheblich weniger betroffenen Niederbayern die Gendarmen auf ihrem Stand verblieb. Hier ist Änderung dringend geboten; es muss dem Gendarmeriekommandeur bei der Regierung im Benehmen mit dem Regierungspräsidenten, die beide die Verhältnisse in ihrem Bezirk am besten kennen, überlassen bleiben, von welchen Stationen des Dienstbereichs notwendige Abstellungen entnommen werden kön-

---

nen. Ein übermäßig starker Abzug von Gendarmen von ihrem eigentlichen Dienst wird sich im Ernstfall bedenklich auswirken, da gerade dann die Gendarmen durch ihre Orts- und Personenkenntnis und ihre Zuverlässigkeit für den Sicherheitsdienst unentbehrlich sind.“

Aus den Berichten geht hervor, dass es sich bei den wegen oppositioneller und „marxistischer“ (*Anm.: = sozialdemokratischen*) Äußerungen aufgefallenen Arbeitern nicht selten um österreichische, sudetendeutsche oder ausländische Arbeiter handelte, die mangels genügender einheimischer Arbeitskräfte 1938 zunehmend angestellt wurden. Der Kontakt mit diesen zum Teil noch in fester sozialistischer politischer Gesinnung verwurzelten Arbeitern scheint nicht ohne Einfluss auf die deutsche Arbeiterschaft gewesen zu sein.

So meldete der Regierungspräsident aus Niederbayern/Oberpfalz: „In der Krisenzeit haben sich die Staatsgegner durch staatsfeindliche Äußerungen und Stimmungsmache in auffallend verstärktem Maße hervorgewagt; leider haben, soviel bekannt geworden, nur in einem Falle die Anwesenden einen solchen im Wirtshaus sofort persönlich und gründlich zur Rechenschaft gezogen.“ – „Von tschechischen KPD-Funktionären wurden in zwei Fällen der Versuch gemacht, wieder illegale Verbindungen im Inland anzuknüpfen und anschließend Organisationen aufzuziehen; sie wurden in Schutzhaft genommen.“ – „Im übrigen handelt es sich bei der verhältnismäßig großen Zahl der von der Stapo durchgeführten Festnahmen und Strafanzeigen um Handlungen und Äußerungen teilweise alter Anhänger marxistischer (*Anm.: = sozialdemokratischer*) Organisationen, teilweise aber auch bäuerlicher und bürgerlicher Elemente. Auch von auswärts zu den Bauarbeiten gekommene Arbeiter befanden sich unter den Festgenommenen und Angezeigten. Das Verhalten dieser Personen zeugt vielfach von fanatischer Gegnerschaft und Verbissenheit: Ein früheres Mitglied der KPD hat für sich und seine Familie hartnäckig einen Pass nach der Tschechoslowakei oder nach Russland verlangt, da er unbedingt auswandern wolle. Ein Schlosser aus der Flugzeugfabrik in Regensburg ließ sich lieber festnehmen, als dass er weiter arbeitete. Unter den Festgenommenen befindet sich ein 75jähriger Oberamtsrichter a.D. aus München, der sich gelegentlich eines Erholungsurlaubs in Furth i. Wald staatsabträglich über Maßnahmen des Reiches und über die deutschen Befestigungsarbeiten an der Grenze ausgelassen hatte.“ – „Eine größere Anzahl von Arbeitern wurde auf grund der Verordnung vom 22.6.38 über Sicherstellung des Kräftebedarfs vorübergehend in Haft genommen, weil sie bei staatswichtigen Bauarbeiten die Weiterarbeit ablehnten und dadurch die Fertigstellung gefährdeten; sie wurden allerdings nach kurzer Haft entsprechend belehrt und verwarnt wieder entlassen, da Sabotage nicht nachgewiesen werden konnte.“

Den Flüchtlingszug aus dem Sudetenland nutzten einige zu ihrem Vorteil: „In Zwiesel, BezA Regen, musste ein Pferdemetzger festgenommen werden, der in schamloser Weise versucht hatte, sudetendeutschen Flüchtlingen Vieh und Pferde, die sie über die Grenze gerettet hatten, zu Spottpreisen abzukaufen unter dem Hinweis, dass das Vieh im bevorstehenden Krieg doch nicht zurückgebracht werden könnte.“

Auch die Juden spürten die NSDAP im Nacken: „In Cham und Tirschenreuth haben unter dem Eindruck der Vorgänge in der Tschechoslowakei jüdische Geschäftsunternehmer begonnen, ihre Geschäfte abzubauen und selbst abzuziehen; in Tirschenreuth wurden die Läden der Juden auf Anordnung des Kreisleiters geschlossen, da zu befürchten war, dass die sudetendeutschen Flüchtlinge in ihrer Erregung die Fensterscheiben einschlagen könnten.“ – „In Eggenfelden wurde in der Nacht vom 30.9./1.10. in das Haus des tschechoslowakischen Juden Faltetscheck, eines kleineren Pantoffelfabrikanten, mehrere Schüsse abgefeuert; der Sachschaden ist unbedeutend.“ – „Aus dem Bezirk Grafenau und aus der Stadt Amberg wird die Arisierung weiterer jüdischer Unternehmungen gemeldet.“ – „Das Geschäft des Juden Leopold Zinner von Landau a.d.I. wurde im Benehmen mit dem Finanzamt wegen Verdachts der Steuerhinterziehung vorerst geschlossen. Der Bürgermeister von Schwandorf berichtet, dass „die Bevölkerung anscheinend beginne, für die Rassenfrage Verständnis aufzubringen;“

---

Schwandorfer Eingesessene kaufen so gut wie nichts mehr in jüdischen Geschäften, meist nur mehr bäuerliche Kreise.“

Über die Flüchtlingsfürsorge meldete der Regierungspräsident am 7.10.38 nach München: „Von den sudetendeutschen Flüchtlingen sind rd. 32.900 (19.880 Männer, 5.495 Frauen, 7.525 Kinder) über die oberpfälzisch-niederbayerische Grenze gekommen. Soweit sie bei den Auffangposten der Bezirke Tirschenreuth, Neustadt a.d.Waldnaab, Vohenstrauß, Oberviechtach, Waldmünchen und Cham eintrafen, wurden sie mit der Bahn nach Durchgangslagern außerhalb des Regierungsbezirks weitergeleitet. Die in den Bezirken Kötzing, Regen, Grafenau, Wolfstein und Wegscheid eingetroffenen Flüchtlinge wurden ebenfalls mit der Bahn in die Durchgangslager Neumarkt i.d.Opf, Freystadt, Riedenburg, Saal, Abensberg und Langquaid befördert: Bergung und Transport haben sich reibungslos vollzogen. Nur in einigen wenigen Fällen war es nötig, bei der augenblicklichen Überfüllung der im voraus bestimmten Zielpunkte Flüchtlinge umzuleiten. An der Gesamtbetreuung der Flüchtlinge haben sich neben den für Unterbringung und Transport verantwortlichen Ämtern und Gendarmeriebeamten die Dienststellen der NSV, die NS-Frauenschaft und das Deutsche Rote Kreuz hervorragend bewährt. Die Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen der Partei und des Staates war durchwegs eine ausgezeichnete. Auch die Bevölkerung des Regierungsbezirks beteiligte sich im weitesten Umfang an den Hilfsmaßnahmen. Ich konnte mich selbst durch Besuch der sämtlichen Auffangposten und Durchgangslager innerhalb meines Regierungsbezirks davon überzeugen, dass die Organisation der Flüchtlingszurückführung i.O. ging.“ – „In verschiedenen Bezirken trägt an einer fühlbaren Verknappung an Fleisch (namentlich an Schweinefleisch) nicht nur die Maul- und Klauenseuche, sondern auch die vorübergehend starke Belegung der Orte durch Militär und Bauarbeitern sowie der jetzt abgeschlossene Zustrom von sudetendeutschen Flüchtlingen Schuld. Nach Berichten der einschlägigen Bezirksämter scheinen aber doch einige Gemeinden unter einer grundsätzlichen zu geringen Fleischkontingentierung zu leiden; so die Gemeinden Flossenbürg und Kaltenbrunn im Bezirk Neustadt a. d. Waldnaab, die beide erhebliche Erhöhung des Fleischkonsums infolge geänderter Verhältnisse aufweisen (starke Belegung des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr); in Flossenbürg (Konzentrationslager der SS mit 5000 Insassen, *Anm.: seit 1.5.38*) gibt es Fleisch nur an den Schlachttagen, Wurstwaren nur dreimal in der Woche. Auch über eine da und dort aufgetretene Verknappung an Butterschmalz, Butter und eiern (besondere Klage auch aus Flossenbürg) wird berichtet.“

Nicht jede Neuerung der NS-Strategen konnte beim Landvolk erfolgreich durchgesetzt werden: „Der von der NSV z.Z. durchgeführte Versuch der Verteilung von sogenanntem Knäcke-brot an die Schulkinder erwies sich, wie das Bezirksamt Parsberg berichtet, als nicht erfolgreich. Das Brot, dem besonderer Nährwert beigegeben wird und mit Hilfe dessen den Kindern gute Kaumethoden beigebracht werden sollen, wurde von den Kindern gerne genommen, solange der Reiz der Neuheit dauerte; dann zogen sie wieder das heimische Misch- und Schwarzbrot vor.“

Erst im Bericht vom 7.11.38 meldete der Regierungspräsident den endgültigen Erfolg des Einmarsches im Sudetenland bremste aber auch die Hoffnung auf Frieden: „Das weltgeschichtliche Münchner Abkommen der vier Großmächte löste mit einem Schlag die alle beherrschende Spannung und erfüllte die Herzen mit aufrichtiger Dankbarkeit gegen den Führer und die beteiligten Staatsmänner, deren Einsicht und Mäßigung in letzter Stunde das Unheil eines Weltkrieges verhütet haben. Mit Bewunderung und Vertrauen blickte das Volk zu seinem Führer auf, der wieder so klar die derzeitige Schwäche der Gegner erkannt und so kühn genutzt hat. Es staunte über die Machtstellung, die durch die zielbewusste Politik des Führers wieder errungen worden war und sah mit freudigem Stolz auf unser Heer, dessen eindruckvoller Aufmarsch in der Tschechoslowakei den Gedanken an einen Widerstand nicht

---

aufkommen und selbst den Großmächten den Austrag des Konflikts mit der Waffe nicht rat-sam erscheinen ließ.

Überall herrschte helle Freude über diesen Sieg ohne Krieg, über den Gewinn von Millionen von deutschen Brüdern ohne Blutvergießen.“ – „Der Jubel, der den Führer bei seiner Fahrt durch die befreiten Gebiete umbrauste, fand auch in der Heimat seinen Widerhall. Und als die Flüchtlinge, die noch vor wenigen Wochen als ein Zug des Elends über die Grenze geströmt waren, jetzt erholt und voll Freude wieder in die Heimat zurückkehrten, als die Truppen wieder in ihre Standorte einrückten, da waren all die mit kriegerischen Ereignissen verbundenen Sorgen, Strömungen und Unbequemlichkeiten vergessen und nur die Freude herrschte und zeigte sich in Flaggenschmuck und in den reichen Spenden bei den ersten Sammlungen des Winterhilfswerks.“ – „Gewiss haben sich die Hoffnungen auf ein besseres Einvernehmen mit den Westmächten, die Optimisten auf die deutsch-englische Erklärung gründen zu dürfen glaubten, als verfrüht erwiesen. Gewiss sagen die Stimmen der Opposition im englischen Parlament, deren „Friedensliebe“ der Führer in seiner Saarbrückener Rede kennzeichnete, und noch mehr die täglichen Presseberichte über die rasche und riesenhafte Aufrüstung unserer Gegner jedem Denkenden, dass die Gefahr des Weltkrieges noch nicht beseitigt ist. Und doch kann man von einer wirklichen Beunruhigung der Bevölkerung bei ihrem unbegrenzten Vertrauen zum Führer nicht sprechen.“

---

### **Niederbayern/Oberpfalz bekommt drei tschechische Bezirke zugeschlagen**

Weitgehend unbekannt ist, dass nach dem Einmarsch der deutschen Truppen im Oktober 1938 Einzelne Bezirke nicht zum neuen Sudetengau kamen, sondern an die umliegenden deutschen Länder angeschlossen wurden: Das Hultschiner Ländchen, das an die preußische Provinz Schlesien kam, die südmährischen (um Znaim) und südböhmischen Teile (um Krumau), die an Nieder- bzw. Oberösterreich (Reichsgau Nieder- bzw. Oberdonau) fielen, und der westböhmische Gebietsstreifen von Prachatitz bis zur Further Senke (die Landkreise Bergreichenstein, Markt Eisenstein und Prachatitz) der dem Land Bayern, genauer zum Regierungsbezirk Niederbayern/Oberpfalz zugeschlagen wurde.

---

Mit Freude und Stolz kommentierte der Regierungspräsident den Zuschlag dreier Bezirke zu seinem Einflussgebiet und genoss die Huldigungen: „ Mit Entschließung des Herrn Reichsministers des Innern vom 13.10.38 wurde dem Regierungspräsidenten von Niederbayern und der Oberpfalz die treuhänderische Auftragsverwaltung des dem Regierungsbezirk angegliederten Teiles des ehemaligen sudetendeutschen Gebietes übertragen.“ – „Auf Grund dieser Bevollmächtigung bereiste ich nach einer grundlegenden und richtunggebenden Besprechung in Passau mit den beteiligten Kreisen in der Zeit vom 24./29.10.38 die Bezirkshauptmannschaften Prachatitz, Bergreichenstein und Markt Eisenstein. Der Empfang durch die Bevölkerung in den festlich geschmückten Hauptorten war sehr herzlich. Mit besonderer Freude begrüßten mich die heimgekehrten Flüchtlinge, die ich in den Flüchtlingslagern besucht hatte.“ – „Die Leiter der Bezirkshauptmannschaften und die Bezirksleiter der sudetendeutschen Partei empfangen mich an der Grenze ihrer Verwaltungsgebiete und erstatteten mir Bericht über die Verhältnisse der Bezirke. Sodann nahm ich in den Rathäusern die Vorstellung der Vertreter der Behörden des Staates und der Gemeinden sowie anderer führender Persönlichkeiten entgegen und ließ mir ihre Wünsche vortragen.“ – „Es wurden viele größere Unternehmen besichtigt, die zum Teil stillstanden und ihrer Maschinen beraubt waren. Mit den Betriebsführern wurden die Mittel und Wege zu einer Wiederaufrichtung der vielfach sehr daniederliegenden Industrie besprochen. Es werden hiefür insbesondere folgende Maßnahmen nötig sein: Kredithilfe, Zoll- und Steuerermäßigungen, Ermäßigung der Reichsbahntarife, Ausfuhrvergütungen usw. Die Verhandlungen zur Erfüllung dieser Wünsche sind eingeleitet.“ – „Die Grenze des Regierungsbezirks wird durch die Angliederung der sudetendeutschen Gebiete

erheblich nach Osten vorgerückt. Das wirtschaftliche Leben der Grenzbezirke wird nach Wegfall der Zollschranken und sonstiger Verkehrshindernisse und mit dem Ausbau der Verkehrswege und der Verbesserung der Verkehrsmittel voraussichtlich sehr gewinnen.“ – „Die Flüchtlinge sind bereits zum größten Teil wieder in die Heimat zurückgekehrt. Sie sind voll Dank über die reiche und warmherzige Fürsorge, die sie im Altreich gefunden haben.“

Doch so ganz glücklich scheint der Regierungspräsident über die aktuelle Situation nicht zu sein: „Die sudetendeutschen Arbeiter sind zum größten Teil wieder in ihre Heimat zurückgekehrt. Ihre Führung befriedigte wesentlich mehr als die der österreichischen Arbeiter. Doch erreichte ihre Leistungsfähigkeit wohl infolge der langen Entwöhnung von schwerer Arbeit und vielleicht auch der ungenügenden Ernährung nicht die der einheimischen Arbeitskräfte.“ Die Angliederung Österreichs hat bisher keine besonderen Wirkungen auf die Wirtschaft des Regierungsbezirks ausgeübt. Nur die Stadt Amberg meldet einige größere Aufträge aus Österreich. Dagegen wird der einheimischen Glas- und wohl auch der Porzellanindustrie durch die Produktion der sudetendeutschen Werke wohl eine erhebliche Konkurrenz erwachsen.“

Die Einverleibung des Sudetengebietes erweckte auch wieder den politischen Widerstand. So meldete der Regierungspräsident aus Niederbayern/Oberpfalz nach München: „Der unleugbare Erfolg der Außenpolitik des Führers hat manchen bisherigen Gegner, der von „Katastrophenpolitik“ zu flüstern pflegte, wenn nicht überzeugt, so doch verstummen lassen. Dass aber die Spannungszeit vor der Lösung der sudetendeutschen Frage von Staatsfeinden aller Schattierungen benutzt werden würde, die an sich bestehende Beunruhigung zu erhöhen, war als selbstverständlich zu erwarten. Die Ziffer der Anzeigen wegen Verfehlung gegen das Heimtückegesetz, die im ersten Halbjahr 1938 immer mehr gesunken war, schnellte beträchtlich in die Höhe. In den meisten Fällen, die rasch zur Kenntnis der Behörden kamen, war es möglich, die böswilligen Gerüchtemacher durch sofortige Verhaftung unschädlich zu machen und hiedurch auch abschreckend auf die sonstige allgemeine Klatschsucht zu wirken.“

Nach der Lösung der sudetendeutschen Frage wandte sich die Aufmerksamkeit wieder den Juden zu: „Die Arisierung der Judengeschäfte macht besonders in den Städten (z.B. Regensburg, Landshut, Schwandorf) gute Fortschritte.“ – „Am 22.10.38 wurden dem jüdischen Geschäftsinhaber Friedmann in Schwandorf die Ladenfenster von bisher nicht ermittelten Tätern eingeworfen. Trotzdem war am folgenden Tage (Jahrmarktsonntag) der Andrang der landwirtschaftlichen Bevölkerung gerade bei den Judengeschäften besonders groß.“ – „Ebenso wurde am 24.10.38 in Vilshofen das jüdische Kaufhaus Finger von den Käufern besonders bevorzugt in der Annahme, dass die Preise wegen Geschäftsauflösung herabgesetzt seien.“ – „Im Vollzug der Anordnung des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei über die Abschiebung polnischer Juden wurden insgesamt 13 Juden abtransportiert, die aber nach neuerlicher Meldung der Polizeidirektion Regensburg an der Grenze nicht übernommen wurden.“

---

## **Reichskristallnacht**

In der Nacht vom 9. auf den 10. November gedenken wir der so genannte Reichskristallnacht 1938. In ganz Deutschland brannten die Synagogen; jüdische Häuser und Geschäfte wurden überfallen und geplündert, zehntausende Juden verhaftet, hunderte ermordet oder in den Tod getrieben. Kaum einen Monat nach der Unterzeichnung des Münchener Abkommens und der Besetzung des Sudetenlandes, einer der größten Triumphe, ereignete sich die „Kristallnacht“ auch im Sudetenland. Ausgrenzung und Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung steigerte sich erstmals offen zu systematischer Gewalt. Und das auch in den Sudetengebieten. Die Kristallnacht lief in den Sudetengebieten nach einem ähnlichen Muster wie in Deutschland ab. Es handelte sich um ein von Staat und der Partei organisiertes Pogrom. Auch im Sudetenland brannten die Synagogen; auch im Sudetenland wurden jüdische Män-

---

ner verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt und jüdische Geschäfte geplündert. Karlsbad (Karlovy Vary), Reichenberg (Liberec), Troppau (Opava), Hartmanitz (Hartmanice), Teplitz-Schönau (Teplice), Böhmisches Leipa (Česká Lípa), Winterberg (Vimperk), Bruch bei Brüx (Lom bei Most) und viele andere Orte – soweit bekannt, ist es in allen Städten zu Pogromen gekommen, in denen es eine größere jüdische Minderheit gab. In den meisten Städten wurden die Synagogen zerstört, in einigen zumindest ausgeplündert oder symbolisch beschädigt.

Wie sich im Bericht vom 8.12.38 zeigte, gipfelte die Maßnahmen gegen die Juden am 8./9.11. in einem neuerlichen Pogrom, das sogar der Regierungspräsident, wenn auch aus eigenem Anlass, verurteilte: „Bei der vom 8./9. 11 38 nachts durchgeführten Aktion wurden die fünf im Regierungsbezirk vorhandenen Synagogen in Regensburg, Amberg, Straubing, Neumarkt und Sulzbürg bei Neumarkt zerstört. Die Regensburger Synagoge wurde in Brand gesteckt; die Archivalien sind gerettet. Der in Geschäften, Läden und Wohnungen angerichtete Sachschaden wird von der Stapo Regensburg für den Regierungsbezirk auf 200.000 RM geschätzt; von Plünderungen wurde nichts bekannt. In Straubing wurde ein Schuhgeschäft ausgeräumt, die Schuhe wurden für das WHW sichergestellt. Die männlichen Juden, teilweise auch weibliche, wurden in der Nacht festgenommen: im ganzen kamen in der Folgezeit 224 Männer aus dem Regierungsbezirk in das Konzentrationslager Dachau. Ein Teil von ihnen ist unterdessen wieder freigelassen worden. In Regensburg wurden alle Männer am Vormittag des 10.11.38 vor dem Abtransport in geschlossenem Zug durch die Stadt geführt. Sie mussten ein großes Plakat „Auszug der Juden“ tragen. In kleineren Orten, in denen nur einzelne Juden oder Judenfamilien ansässig waren, beschränkte sich die Aktion auf Festnahmen; es kam dort zu keinen oder nur geringfügigen Zerstörungen von Vermögenswerten.“ – „Die gegen das Judentum gerichteten gesetzlichen Maßnahmen fanden vollstes Verständnis. Umso weniger Verständnis brachte der Großteil der Bevölkerung für die Art der Durchführung der spontanen Aktion gegen die Juden auf; sie wurden vielmehr bis weit in Parteikreise hinein verurteilt. In der Zerstörung von Schaufenstern, von Ladeninhalten und Wohnungseinrichtungen sah man eine unnötige Vernichtung von Werten, die letzten Endes dem deutschen Volksvermögen verloren gingen, und die in krassm Gegensatz stehe zu den Zielen des Vierjahresplans, insbesondere auch zu den gerade jetzt durchgeführten Altmaterialsammlungen. Auch die Befürchtung wurde laut, dass bei den Massen auf solche Weise der Trieb zum Zerstören wieder geweckt werden könnte. Außerdem ließen die Vorkommnisse unnötiger Weise in Stadt und Land Mitleid mit den Juden aufkommen.“ – „In einigen Fällen richteten sich die Demonstrationen vom 9./10.11.38 auch gegen Nichtjuden. So wurde in Weiden die Wohnung des Rechtsanwalts Justizrat Dr. Pflieger zerstört, der Schaden wird von Pflieger auf 10.000 RM geschätzt. Der Oberbürgermeister berichtet, dass dabei zweifellos auch wertvolles Archiv- und Kulturgut (Altentwürfe) vernichtet wurde. Pflieger war früher Abgeordneter der Bayer. Volkspartei, stets ausgesprochener Gegner des Nationalsozialismus und trat auch bis in die letzte Zeit anwaltschaftlich für Juden ein.“ – „In Landshut musste sich am Nachmittag des 12.11.38 ein Landgerichtsdirektor auf Grund einer nach Wortlaut und Sinn nicht genau feststehenden abfälligen Äußerung über die Judenaktion, die er im Büro eines Justizangestellten gegenüber gemacht hatte, von Demonstranten in geschlossenem Zug durch die Stadt auf das Rathaus führen lassen; er hatte eine Tafel mit der angeblichen Äußerung zu tragen. Der Oberbürgermeister gab nach Rücksprache mit dem Leiter der Stapo Regensburg den Vorgeführten wieder frei, riet ihm aber sofortige Entfernung aus Landshut. Der Fall liegt noch nicht restlos klar; der Angeprangerte hat ein Gesuch um Ruhestandsversetzung eingereicht.“ – „In Schwandorf und Straubing wurden zwei arische Geschäfte beschädigt (in Straubing ein Bankhaus), die offenbar für jüdische gehalten wurden.“ – „Rein krimineller Natur sind folgende Vorfälle: In Regensburg kam am Nachmittag des 10.11.38 ein Mann in SA-Uniform zu einer Jüdin, deren Mann nachts festgenommen worden war, „um nach Waffen zu suchen“; die Jüdin gab im unaufgefordert 1250 RM, mit denen der Mann verschwand unter der Angabe, er

werde sie bei seiner Standarte abgeben. Bis heute ist das Geld bei keiner Behörde oder Parteistelle abgeliefert worden; der Täter ist nicht ermittelt. - In Weiden versuchte ein Arbeiter von der Frau eines festgenommenen Juden 150 RM zu erpressen. Die Festnahme dieses Täters konnte rasch erfolgen, das Schnellgericht verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis.“ – „In welchem Umfang sich nach den geschilderten Vorkommnissen die Zahl der im Regierungsbezirk noch vorhandenen 752 Juden (davon 53 Ausländer; Stand vom 1.10.) in absehbarer Zeit verringern wird, ist abzuwarten; der Wille zur Auswanderung ist jedenfalls allgemein. Eine tschechische jüdische Familie aus Eggenfelden, Besitzer einer kleinen Schuhfabrik, reiste auf eigenen Wunsch nach Verkauf der Fabrik am 11.11.38 in ihre Heimatstadt ab; der erbetene polizeiliche Schutz bis zur Grenze wurde gewährt.“

Doch auch die ersten Auswirkung der Aufhebung der Grenzen wurden im Bericht vom 8.12.38 zusammengefasst – die große Zufriedenheit zeigte sich nicht: „Der Verkehr zwischen den bayerischen Grenzbezirken und den sudetendeutschen Nachbargebieten hat sich rasch eingespült. Über wirtschaftliche Vorteile der Stadt Furth i. Wald berichtet das Bezirksamt Cham, es sei in Furth der Geschäftsumsatz um 100% gestiegen; besonders erfreulich sei, dass die Sudetendeutschen ihre Einkäufe sofort bezahlten. Andere Orte, Waldsassen und Mitterteich, BezA Tirschenreuth, fürchten allerdings die neue Konkurrenz, weil das Kaufinteresse der dortigen Bevölkerung sich ganz auf das nahe und große Eger richte. Das Bezirksamt Wolfstein teilt mit, dass Landwirte und Händler wegen der billigen Preise viel Vieh im sudetendeutschen Gebiet kaufen.“ – „Die Bewohner der sudetendeutschen Orte Vollmau, Prennet, Naxberg und Fichtenbach, sämtliche an der früheren Grenze, klagen nach dem Bericht des Bezirksamts Cham über die weite Entfernung zum Sitz der für sie zuständigen Verwaltungsbehörde Markt Eisenstein (40-50km) und wünschen Eingliederung in den Bezirk Cham. Ein gleiches Verlangen stellen auch die Nachbargemeinden des Bezirkes Waldmünchen. Im Bezirk Tirschenreuth wird immer noch von Abtretung oberpfälzischer Gebietsteile an den Sudetengau gesprochen.“ – „Die von der Reichspostverwaltung neu eingerichteten Kraftfahrlinien in das Sudetengebiet (aus dem Bezirk Cham allein 5 Linien), durch die teilweise bisher verkehrsarmes Gebiet erschlossen wird, erfreuen sich anscheinend z.T. guter Frequenz.“ – „Die sudetendeutschen Arbeitskräfte, insbesondere in der Landwirtschaft, haben ihre Arbeitsplätze im Regierungsbezirk vielfach aufgegeben und sind in die Heimat zurück. Zu Lichtmess wird sich diese Abwanderung voraussichtlich noch verstärken.“ – „Die Landräte der drei künftig an Bayern fallenden sudetendeutschen Bezirke klagen erheblich über Personalmangel an ihren Ämtern.“ – „In den genannten Bezirken besteht die Hauptschwierigkeit in der Angleichung der Preise, der Gehälter und der Löhne an die Verhältnisse in den benachbarten bayerischen Bezirken.“ – „Über wirtschaftliche Beziehung zum früheren Österreich berichtet das BezA Vilshofen: vermehrte Einfuhr von Pferden, demgegenüber erhebliche Lieferungen bayerischer Schotterwerke für Bahnbauzwecke in der Ostmark.“

Hinzu kam die zunehmend schlechtere Versorgung der Bevölkerung: „Der Mangel an Schweinefleisch hält nach allen Berichten an; mehrfach fehlt es auch an Kälbern. An einzelnen Orten mussten die Metzgereien vorübergehend schließen oder konnte Fleisch nur an einzelnen Tagen verkauft werden.“ – „Die Stadt Regensburg berichtet wiederum über die Verschlechterung der Wurstwaren. Die Regierung hat bereits anfangs November die Untersuchung der Wurstwaren einer Anzahl Regensburger Betriebe angeordnet; das Ergebnis steht noch aus. Butter, Schmalz und Eier sind weiterhin teilweise, insbesondere in den Städten, knapp. Ebenso macht sich wieder Mangel an Zwiebeln bemerkbar. Die Versorgung der Bevölkerung ist jedoch nach wie vor, durchaus gesichert.“ – „Unangenehm droht sich der im letzten Monat infolge der Bahntransportschwierigkeiten aufgetretene Mangel an Kohlen (auch an Briketts und Schmiedekohlen) auszuwirken. Dieser Mangel wird besonders im bayerischen Wald empfunden, wo sich auf behördliche Anregung hin manche Haushaltung von Holz- auf Kohlenheizung umgestellt hat.“

Mit dem Bericht vom 9.1.39 schloss die Berichterstattung zum Jahr 1938 ab: Für den Dezember wurde berichtet: „Von den am 9./10.11.38 verhafteten und in das Konzentrationslager Dachau eingewiesenen 224 Juden aus dem Regierungsbezirk sind unterdessen rund 170 wieder entlassen worden. Ein kleiner Teil davon ist bereits ausgewandert; der Rest will Deutschland in absehbarer Frist verlassen. Im ganzen werden nach Schätzung der Stapo Regensburg etwa 2/3 der im Regierungsbezirk ansässig gewesenen Juden auswandern. Ein in Regensburg vorhanden gewesenes jüdisches Umschichtungsheim wird aufgelöst.“ – „Die Überführung der jüdischen Geschäfte in arische Hände bzw. die Auflösung dieser Geschäfte vollzieht sich i.O. und wird bald abgeschlossen sein. Bei der Veräußerung des jüdischen Grundbesitzes stehen sich teilweise mehrere Bewerber gegenüber, die sich erbittert bekämpfen und verdrängen möchten. In der Stadt Straubing wurde am 24.11.38 der jüdische Haus und Grundbesitz arisiert; die Stadt erzielte dadurch einen bedeutenden Vermögenszuwachs; dafür wurde der NSDAP Kreisleitung Straubing zur Erbauung eines Kreishauses ein Betrag von RM 250.000 als Schenkung zugesagt.“

Auch aus dem neu dazu gekommenen Verwaltungsgebiet im Sudetenland gab es etwas zu berichten: „Die völlige Lossagung der neuen Prager Regierung von Moskau, die von der Bevölkerung des Regierungsbezirks freudig begrüßt wurde, hat sich nach dem Bericht der Stapo Regensburg auf die Verhältnisse an der neuen Reichsgrenze im Sudetenland sehr günstig und beruhigend ausgewirkt. Wesentliche Schwierigkeiten innerhalb der Grenzbevölkerung sind auch in den rein tschechischen Gemeinden des Chodenlandes nicht aufgetreten. Nur in einem Einzelfall wurde Mitte Dezember durch einen unbekannt gebliebenen Täter, wahrscheinlich aus Taus, maschinengeschriebene Hetz-Flugblätter gegen die erfolgte Übergabe des Chodenlandes an das Deutsche Reich verstreut.“ – „Auf Grund des glänzenden Wahlergebnisses vom 4. Dezember 1938 (*Anm.: mit der Sudetendeutschen Ergänzungswahl stimmten auch die Einwohner des Sudetenlandes über ihre Reichstagsabgeordneten ab*) wurde auf Befürwortung durch die politischen Leitungen ein großer Teil von politisch belasteten Sudetendeutschen und Tschechen noch vor Weihnachten aus der Haft entlassen, die seinerzeit vom Freikorps und von Sonderdetachements (*Anm.: der Sicherheitspolizei und des SD*) festgenommen worden waren. Von rd. 1100 solchen Häftlingen sind nur etwa 90 gefährlichere Funktionäre und Hetzer dem Geheimen Staatspolizeiamt zur Schutzhaftnahme gemeldet worden; in weiteren 50 Fällen laufen die Erhebungen noch.“ – „Im Böhmerwaldgebiet um Prachatitz und Winterberg ist große Kohlen- und Rohstoffnot; verschiedene Industriebetriebe liegen bereits still. Ich habe den Reichsverkehrsminister telegraphisch gebeten, den Übergangsverkehr aus der Tschechoslowakei nach Neuern, Winterberg und Prachatitz umgehend freizumachen. Es handelt sich hier um die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit wichtiger sudetendeutscher Industrien; während Kohlen und Rohstoffe früher in rd. vier Tagen in die sudetendeutschen Kreise gelangten, sind jetzt Wochen erforderlich. Die großen Umwege, die von den Materialzügen gemacht werden müssen, verursachen außerdem gegen früher stark erhöhte Frachtkosten.“ – „Die Preis- und Lohnangleichung in den sudetendeutschen Gebieten hat anfangs besondere Schwierigkeiten bereitet. Nach Einführung des Marktordnungsrechts des Reichsnährstandes haben die Marktordnungsverbände zunächst Ausfuhrverbote für die wichtigsten Lebensmittel erlassen. In einzelnen Fällen musste gegen überstürzte und übermäßige „Preisangleichungen“ eingeschritten werden. Die Löhne in der Landwirtschaft wurden inzwischen um 50% erhöht. Die Lohnangleichung an die bayerischen Grenzbezirke für Industrie und Gewerbe konnte bis jetzt nur teilweise verwirklicht werden, weil die in der Hauptsache exportabhängige Industrie nur sehr zögernd an die geforderten Lohnerhöhungen herangeht. Tariffestsetzungen sind bis jetzt nicht erfolgt. Die sudetendeutschen Arbeiter kehren zumeist in ihre Heimat zurück.“ – „Die an der früheren Grenze gelegenen Städte und größeren Ortschaften hatten durchgehend, namentlich vor Weihnachten, erhöhten, teilweise gewaltigen Umsatz durch Käufer von jenseits der alten Grenze. Der rege Zuspruch erklärt sich besonders durch die viel-

fach billigeren Preise im Altreich und durch den Warenhunger, der - nach Abschluss der Besetzung – namentlich im Sudetengebiet besteht. Eine ungesunde Erscheinung ist es, dass Vieh, das früher aus der Tschechei ins Altreich geschmuggelt wurde, jetzt ins Sudetenland verkauft wird, weil es dort z.Z. höhere Preise erzielt. Groß ist auch die Nachfrage aus dem Sudetenland nach alkoholischen Getränken; so ist aus Freyung (BezA Wolfstein) schon hektoliterweise Rum ins Sudetengebiet eingeführt worden.“ – „Erfreulich ist, dass für die Heimarbeitergenossenschaft für Spitzenklöppelei im Bezirk Oberviechtach z.Z. 400 sudetendeutsche Frauen arbeiten. Auf verschiedenen Gebieten verhindert der für die Ostmark und für Sudetendeutschland bestehende Industrieschutz die Anbahnung von Geschäftsverbindungen, so für die Graphit-, Kaolin- und Emailindustrie. Die oberpfälzische Glasindustrie befürchtet von den sudetendeutschen Fabriken Absatzschwierigkeiten, hofft aber andererseits sudetendeutsche Facharbeiter zu bekommen. Die Flaschenhütten-AG in Amberg konnte mit der Ostmark Geschäftsverbindungen aufnehmen, die Kühlmaschinenfabrik Amberg hat in Wien eine Vertretung errichtet. Der Güteraustausch wird sich nach Instandsetzung der Eisenbahnverkehrswege im Sudetengebiet unzweifelhaft fruchtbringend entwickeln.“

Folgender Bericht zeigte, dass die Einschätzung der Lebensmittelversorgung nicht nur dem Wohl der Bevölkerung sondern schon 1938 eigener „Lobby“-Aufgaben diene: „Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln war im allgemeinen auch im Monatsbericht durchaus sichergestellt. Der Mangel an Schweinefleisch aber besteht noch fort. Der Landrat von Neustadt a.d. Waldnaab berichtet weiter über Schwierigkeiten in der Versorgung der Gegend um Flossenbürg. Er schreibt: „Die Schwierigkeiten in der Versorgung mit Fleisch, Wurst, Eiern und Butter werden immer größer. Die Hausschlachtungen vor Weihnachten wirken sich nur wenig aus und führen zu keiner nachhaltigen Verbesserung auf dem Fleischmarkt. Auf dem Lande fehlen eben noch vielfach zeitgemäße Kühlanlagen. Es wäre zu erwägen, ob nicht zur vermehrten Einrichtung von Kühlanlagen auf dem Lande Reizzuschüsse gewährt werden können.“ *(Anm.: wie im Absatz vorher zu lesen ist, scheint die Kühlmaschinenfabrik in Amberg dem Landrat sehr am Herzen zu liegen!)*

---

Fortsetzung der geheimen Monatsberichte des Regierungspräsidenten Niederbayern/  
Oberpfalz 1939 –1945 unter dem Titel „Spurensuche II: Das Bayerische Sudetenland“

Notizen:



